Donnerstag, 24. Mai 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 121 - 21.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

„Berlin ist für die Deutschen in Ost und West Ausdruck der Hoffnung"

Interview der WELT mit dem künftigen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker

DW. Bonn

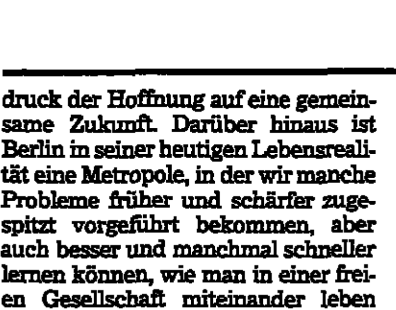
Richard von Weizsäcker ist am Mittwoch von der Bundesversammlung zum sechsten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Gegenüber der WELT legte er dar, vor welche Aufgabe er sich im höchsten Amt unseres Staates gestellt sieht. Das Gespräch führten Herbert Kremp und Wilfried Hertz-Eichenrode.

WELT: Herr von Weizsäcker, Sie waren Regierender Bürgermeister von Berlin. Welche Impulse kann diese Stadt vom nächsten Bundespräsidenten erwarten?

von Weizsäcker: Darf ich zunächst ganz persönlich sagen, daß die Jahre in Berlin – gleichgültig, ob in der Opposition oder im Regierungsamt – mein politisches Denken und Handeln definitiv geprägt haben. Es war aber nicht die erste Begegnung mit Berlin. Ich bin dort aufgewachsen und zur Schule gegangen. Ich bleibe mit Herz und Verstand ein Berliner und habe den Wunsch, als Bundespräsident nicht nur zur Teilnahme an Veranstaltungen, sondern zur Teilnahme am Leben in dieser Stadt immer wieder in Berlin sein zu können. Selbstverständlich werden die Verträge und Abmachungen über Berlin respektiert, ebenso selbstverständlich werden sie mit Leben ausgefüllt.

WELT: Welche Bedeutung messen Sie Berlin im geteilten Deutschland bei?

von Weizsäcker: Berlin *ist* nicht primär eine nationale Aufgabe im Sinne dessen, daß wir für Berlin Opfer zu bringen oder politisches Verbandsmaterial zur Verfügung zu stellen haben. Vielmehr *hat* Berlin eine nationale Aufgabe, die wir in beiden Teilen Deutschlands brauchen. Berlin ist für die Deutschen in Ost und West Ausdruck der Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft. Darüber hinaus ist Berlin in seiner heutigen Lebensrealität eine Metropole, in der wir manche Probleme früher und schärfer zugespitzt vorgeführt bekommen, aber auch besser und manchmal schneller lernen können, wie man in einer freien Gesellschaft miteinander leben kann. Und ich freue mich darüber, daß die Zuversicht zur eigenen Kraft Berlins und die Freude an einer Tätigkeit, an einem Leben in Berlin wieder gewachsen ist. Und dieser Entwicklung werden sich die Bundesorgane im allgemeinen und der Bundespräsident im besonderen weiter verpflichtet fühlen.



» Das Wort Wiedervereinigung halte ich für legitim und historisch wohl begründet «

WELT: Wie hat sich nach Ihrem Urteil die Lage in Deutschland seit dem Regierungswechsel in Bonn entwickelt?

von Weizsäcker: In den letzten Jahren und Monaten bin ich besonders viel in Ost-Berlin und in der DDR gewesen. Ich erwähne das, weil nach meiner Überzeugung für uns einer der wichtigsten Maßstäbe in der Beurteilung und Zielsetzung der Deutschlandpolitik das Urteil der Deutschen in Ost-Berlin und in der DDR über das ist, was wir denken und tun. Ich habe den Eindruck, daß das Bewußtsein der Deutschen in den zwei Staaten, zusammenzugehören, gewachsen ist. Der Umgang der politisch Verantwortlichen hat quantitativ zugenommen und ist unbefangener geworden.

Die Machtverhältnisse und die Blocksolidaritäten sind aber unverändert. Unser wichtigstes Ziel ist es, für die Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte auch in Ost-Berlin und in der DDR einzutreten, so wie sie in der Schlußakte von Helsinki und in den Nachfolgedokumenten mit Unterschrift feierlich bekräftigt worden sind. Auf diesem Gebiet sind einige Fortschritte gemacht, Enttäuschungen aber nicht ausgeblieben, auch nicht in den letzten anderthalb Jahren. Es bleibt unsere Aufgabe, den politisch Verantwortlichen in Ost-Berlin vor Augen zu führen, daß sie, wenn sie von der Notwendigkeit der Entspannung sprechen, damit den einzelnen Menschen in seinen eigenen Erfahrungen erreichen müssen.

WELT: Sie sprechen damit die Beschränkungen der Reisemöglichkeiten an?

von Weizsäcker: Ich spreche von der restriktiven Behandlung der Reisemöglichkeiten und der Meinungsäußerung. Wir sollen also die Verhältnisse nicht idealisieren, das lassen sie nicht zu. Aber wir sollen andererseits von der Möglichkeit unbefangener Kontakte ausgiebigen Gebrauch machen. Denn sie tragen dazu bei, daß wir uns direkt aussprechen können.

● Fortsetzung Seite 4

DER KOMMENTAR

Dem Streit entzogen

ENNO v. LOEWENSTERN

Zunächst hatte es nach einem parteitaktischen Winkelzug ausgesehen, als die SPD versprach, gegen einen Kandidaten Richard von Weizsäcker keinen Gegenkandidaten aufzustellen. Da solle wohl ein unbesiegbarer Gegner bei den Berliner Landeswahlen weggelobt werden, mutmaßten viele; die Gegenleistung schien ohnehin nicht gewichtig, denn in der Bundesversammlung war Weizsäcker noch unbesiegbarer.

Wahrscheinlich spielte diese Überlegung auch hinein; doch das tritt heute zurück angesichts der Tatsache, daß die SPD Wort gehalten hat, obwohl es eine Gegenkandidatur gab und die SPD am Mittwoch, als die Union an „ihrem" Kandidaten nichts mehr ändern konnte (und natürlich auch nicht wollte), durchaus ein Zeichen für eine zukünftige „Mehrheit links von der Mitte" hätte setzen können, wenn auch auf Kosten ihrer Glaubwürdigkeit. Sie hat der Versuchung widerstanden; die kleine Absplitterung von weniger als zehn Prozent widerspricht nicht der Erkenntnis, daß die Partei zur Disziplin auch gegenüber dem politischen Gegner fähig ist.

Und zur Anerkennung. Die Worte des Respekts gegenüber Richard von Weizsäcker setzen Zeichen; fast noch mehr die Worte des Respekts gegenüber dem scheidenden Bundespräsidenten Karl Carstens, dessen Kandidatur dieselbe Partei erbittert bekämpft hatte.

Flüchtige Schwalben, gewiß, die keinen Sommer kultivierter Beziehungen zwischen den Parteien einfliegen. Schon gar nicht darf daraus geschlossen werden, daß Weizsäckers Wahl etwa ein quasisymbolischer Auftakt für eine neue Koalition sei, wie dergleichen früher vorgekommen. Dennoch ist es wichtig, daß solche Gesten möglich sind und daß sie erfolgen, gegenüber Vertretern der anderen Seite – weder Carstens noch Weizsäcker sind ja sterile „überparteiliche" Figuren; Weizsäckers Kandidatur insbesondere ist durch sein Engagement für Berlin und Deutschland hier von herausragender Bedeutung in dieser Parteien-Gemeinsamkeit – und in solcher Geschlossenheit. Wenn die Hitze wieder einmal die Gemeinsamkeit übermannt, wird man sich gern daran erinnern, daß es auch anders ging und wieder einmal gehen könnte.

TAGESSCHAU

POLITIK

Tiefstand: Die Rentenversicherung verzeichnet trotz umfangreicher Konsolidierungsmaßnahmen mit rund 13 Milliarden Mark oder 1,2 Monatsausgaben einen Rücklagen-Tiefstand. Spielraum zur Schließung von Finanzierungslücken durch unerwartete konjunkturbedingte Defizite ist nicht mehr vorhanden, erklärt das Bonner Institut Finanzen und Steuern. (S. 9)

FDP: Neuer Generalsekretär soll der Bundestagsabgeordnete Helmut Haussmann werden. Parteichef Genscher ist von seinem ursprünglichen Kandidaten Brodeßer abgerückt. (S. 2)

Hohe Strafen: Die Zahl der Wehrdienstverweigerer in der „DDR" hat nach Informationen der Berliner Arbeitsgemeinschaft 13. August weiter zugenommen und beträgt gegenwärtig rund 1200. Sie würden überwiegend zu Haftstrafen zwischen 18 und 24 Monaten verurteilt.

Nahost: Irak hat seine Grenztruppen in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Die Gefahr eines israelischen Luftangriffes auf „wissenschaftliche und wirtschaftliche Einrichtungen" habe sich in den letzten Tagen erhöht.

„Todestropfen": Die Sowjets testen in Afghanistan eine neue Bombe, die auf einem europäischen Kriegsschauplatz eine verheerende Wirkung haben würde. Sie gibt eine Flüssigkeit in Tropfen frei, die bei Berührung explodieren und Menschen oder Fahrzeuge in Brand setzen. (S. 5)

Frankreich: Der Kampf um die Schulreform geht in seine Endphase. Premier Mauroy hat in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage gestellt, um das Gesetz zur Vereinheitlichung des Schulwesens ohne weitere Debatte zur Annahme zu bringen. (S. 8)

Polen: Zum zweitenmal in einer Woche hat die Warschauer Regierung die Wahl eines nicht linientreuen Wissenschaftlers zum Universitätsrektor annulliert. Im jüngsten Fall handelt es sich um Professor Szaniawski, einen ehemaligen Berater der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", der Rektor der Warschauer Universität werden sollte.

Heute: Amnestie-Debatte im Bundestag. – Ältestenrat des Bundestags berät über Diätenerhöhung. – Flick-Ausschuß hört Konzernmanager Paefgen. – Fortsetzung der Wiener MBFR-Verhandlungen.

An die Leser der WELT

Wegen der anhaltenden Arbeitsniederlegungen können weiterhin viele Zeitungen gar nicht oder nur mit Notausgaben erscheinen. Die WELT war bisher an allen Tagen auf dem Markt; einige WELT-Ausgaben erschienen jedoch mit eingeschränktem Umfang. Nicht alle Leser haben unsere Zeitung täglich in gewohnter Weise erhalten. Der Grund: Wo die WELT eine Vertriebsgemeinschaft mit Zeitungen unterhält, die bestreikt werden, ist die Zustellung nicht immer möglich. In solchen Fällen versucht der WELT-Vertrieb die Belieferung durch die Post sicherzustellen. Wir bitten um Verständnis, wenn es trotz aller Bemühungen zu Schwierigkeiten kommt.

Verlag und Redaktion DIE WELT

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die Industrie hat ihre Produktion im April eingeschränkt, ermittelte das Ifo-Institut. Für die nächsten Monate deuteten die Produktionspläne auf Stagnation hin.

US-Staatsausgaben: Das Repräsentantenhaus hat die von der Administration beantragte Anhebung der Geldaufnahme-Obergrenze um 30 Milliarden auf 1,1520 Billionen Dollar abgelehnt.

Deutsche Shell: Der Überschuß stieg 1983 auf 347 Millionen DM von 124,3 Millionen im Vorjahr. (S. 11)

Daimler-Benz: Mit 476 183 Einheiten wurden 1983 3,9 Prozent mehr Pkw produziert als im Vorjahr. Die Nutzfahrzeugherstellung ging um 9,5 Prozent auf 226 393 Einheiten zurück. (S. 11)

Jaguar Cars: Die Tochter des staatlichen Autokonzerns BL soll bis Ende des Jahres privatisiert werden.

Börse: Am Dienstag hielten sich die Aktienkäufer wieder zurück, so daß es bei den Standardwerten zu leichten Kurseinbußen kam. Der Rentenmarkt war lustlos. WELT-Aktienindex 150,6 (150,9). Dollarmittelkurs 2,7388 (2,7445) Mark. Goldpreis pro Feinunze 378,50 (379,50) Dollar. Wegen des Streiks in der Druckindustrie müssen auch heute leider die aktuellen Kursnotierungen ausfallen.

KULTUR

Musikförderung: Eine Richard-Strauss-Gesellschaft ist jetzt in Tokio gegründet worden. Sie ist die fünfzehnte Vereinigung in Japan, die sich der Förderung eines europäischen Musikers widmet. Die Anregung zur Gründung ging von Wolfgang Sawallisch aus.

Auslandskulturtage: In Dortmund beginnen heute die 26. Auslandskulturtage. Schwerpunkt ist diesmal Spanien. Auch künstlerische Arbeiten von Spaniern, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, werden in Ausstellungen gezeigt.

SPORT

Tennis: Das Erste Deutsche Fernsehen überträgt heute aus Düsseldorf (13.20 bis 16.00 Uhr) das World-Teamcup-Spiel zwischen Deutschland und Spanien.

Galopp: Am Eröffnungstag des Frühjahrs-Meetings auf der Rennbahn von Iffezheim stieg der Wettumsatz im Vergleich zum Vorjahr um 11,5 Prozent. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Ariane im Geschäft: Mit zweistündiger Verspätung startete die Europa-Rakete von Kourou (Französisch-Guayana) zu ihrem ersten kommerziellen Flug und damit in ein Milliardengeschäft. Als erste „payload" wurde ein amerikanischer Kommunikationssatellit ins All gebracht. (S. 3)

Freie Fahrt: Um den Verkehrsfluß in Europa zu beschleunigen sollen alle bedeutenden Grenzübergänge künftig auch für Lkw 24 Stunden am Tag geöffnet bleiben.

Wetter: Wechselnde Bewölkung, besonders am Nachmittag Schauer. 16 bis 19 Grad. Auch für den Rest der Woche ist noch keine Besserung in Sicht.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Richard von Weizsäcker sieht sich als Präsident „aller Landsleute"

Überragende Mehrheit für das neue Staatsoberhaupt / Auch SPD bekundet Respekt

MANFRED SCHELL, Bonn

Richard von Weizsäcker wird der sechste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland sein. Die Bundesversammlung wählte den 64jährigen CDU-Politiker gestern in der Bonner Beethovenhalle bereits im ersten Wahlgang zum Nachfolger von Karl Carstens.

Von Weizsäcker wird am 1. Juli sein Amt antreten. In einer kurzen persönlichen Erklärung nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses betonte er, zwar gehe das Amt des Staatsoberhauptes aus einer „demokratischen Auseinandersetzung" hervor, aber die Amtsführung verpflichte ihn zur Verantwortung auch gegenüber denjenigen, die ihm ihre Stimme nicht gegeben hätten. Ausdrücklich grüßte von Weizsäcker „alle deutschen Landsleute".

Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) gab nach dreistündiger Sitzung der Bundesversammlung das Abstimmungsergebnis bekannt. Von den 1040 Mitgliedern der Bundesversammlung nahmen 1028 an der Abstimmung teil. Davon waren 1017 Stimmen gültig. Richard von Weizsäcker erhielt 832, die von den Grünen benannte Schriftstellerin Luise Rinser 68 Stimmen. 11 waren ungültig, und 117 Wahlmänner übten Enthaltung. Das Abstimmungsergebnis wurde mit starkem und spontanem Beifall in der Bundesversammlung aufgenommen. Der Anteil von genau 80 Prozent der Stimmen für Weizsäcker ist das beste Wahlergebnis, das jemals ein Bundespräsident zu Beginn seiner Amtszeit erhielt, und das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der Bundesversammlungen überhaupt. Auch die Sozialdemokraten bekundeten auf diese Weise ihren Respekt gegenüber dem neuen Staatsoberhaupt.

SEITE 4:
Kandidaten-Befragung abgelehnt

Frau Rinser dürfte vor allem aus der Fraktion der SPD Stimmen bekommen haben, denn die Grünen stellten nur 39 Wahlmänner. Von Weizsäcker bekundete gegenüber der Schriftstellerin seinen „Respekt" für ihre Kandidatur.

Vor der Abstimmung hatten die Grünen versucht, über eine Geschäftsordnungsdebatte zu erreichen, daß die Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten „persönliche Erklärungen" abgeben und sich vorstellen sollten. Bundestagspräsident Barzel verwies darauf, daß die Wahl des Bundespräsidenten nach dem Grundgesetz „ohne Aussprache" stattfinde. Die überwältigende Mehrheit der Bundesversammlung wies den Antrag der Grünen zurück.

Bundestagspräsident Barzel hatte in seiner Eröffnungsrede Grüße an alle Deutschen gerichtet, auch an die in der „DDR", denen - wie es das Grundgesetz sage - „ hier mitzuwirken versagt ist". Er richtete auch einen Gruß an Berlin, „die - wenn es nach uns geht - deutsche Hauptstadt". Barzel erinnerte an die Grundsätze der Demokratie: „Mehrheit und Minderheit, Meinungsstreit und Widerspruch, Demonstration und Kritik, Ringen um politische Richtung und Mitarbeit im Parlament" kennzeichneten die politische Wirklichkeit.

US-Präsident: Die Zinsen werden fallen

DW. Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan schätzt die Aussichten der Wirtschaft seines Landes durchweg optimistisch ein. Das Zinsniveau werde fallen, das derzeit überhitzte Wirtschaftswachstum werde sich verlangsamen, erklärte Reagan auf einer Pressekonferenz in Washington. Reagan sagte eine Verringerung des ungewöhnlich hohen Wirtschaftswachstums von 8,8 Prozent im ersten Quartal voraus. Zum Ende des Jahres würden es nur fünf Prozent sein. Auch ein Fallen der Zinsen in den nächsten Monaten wurde vom Präsidenten prophezeit. Allerdings erwartet er dies erst für den Spätsommer. Reagan fuhr fort, die amerikanische Zentralbank sei mit ihrer Geldpolitik jetzt „genau auf Zielkurs".

Zuvor hatte auch der scheidende Wirtschaftsberater des Präsidenten, Martin Feldstein, erklärt, er erwarte für 1984 ein Wirtschaftswachstum von vier bis fünf Prozent. Vor einem wirtschaftspolitischen Forum sagte Feldstein, „die einzige schwarze Wolke am wirtschaftlichen Horizont ist das Waren-Handelsdefizit". Schuld daran sei der hohe Dollarkurs, der wiederum das Resultat der hohen Zinsen sei.

Feldstein, der wegen Unstimmigkeiten mit Finanzminister Donald Regan über das große Haushaltsfedizit und die Geldpolitik der Federal Reserve Bank im Juli aus dem Amt scheiden will, wiederholte seine Forderung, daß das Haushaltsdefizit weiter verringert werden müsse.

Eine Gruppe privater Wirtschaftsfachleute erklärte am selben Tag, das hohe Haushaltsdefizit sowie die hohen Zinsen bedrohten die amerikanische Wirtschaft.

Reagan gegen militärische Eingriffe

USA wollen weder im Golfkrieg noch in Mittelamerika „Interventionsmacht" sein

TH. KIELINGER, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat eindeutig zu verstehen gegeben, daß er in der Golf-Krise keinen Eingriff amerikanischer militärischer Kräfte vorhersehe. Die Aussicht für einen solchen Ernstfall sei „sehr gering", sagte der Präsident. „Weder wir noch die westliche Welt werden tatenlos zusehen, wenn die Straße von Hormuz geschlossen werden sollte." Aber er bekannte gleichzeitig: „Wir haben uns nicht als Interventionsmacht angeboten, noch sind wir aufgefordert worden zu intervenieren."

Der Präsident wich auch der Frage nach seiner schriftlichen Zusicherung an den saudischen König Fahd aus, derzufolge er angeblich amerikanischen Luftschutz zur Sicherung der Ölroute durch den Golf angeboten haben soll. Natürlich hätten die USA über die Modalitäten des Schutzes nachgedacht, „aber bisher scheinen die Golfstaaten die Krise alleine meistern zu wollen", fügte er hinzu. Gleichzeitig erwähnte Reagan, daß die USA unter allen westlichen Nationen am wenigsten von dieser Ölimportquelle abhingen, womit er wohl ein weiteres Signal amerikanischer Zurückhaltung geben wollte.

SEITE 2:
Kastanien im Öl-Feuer
SEITE 5:
Saudi-Arabien im Visier

Der Präsident wurde auch nach der Wahrscheinlichkeit militärischen Eingreifens in El Salvador gefragt. Seine Antwort: „Dieses ist niemals ins Auge gefaßt worden ... Wir würden unsere ganzen Freunde und Nachbarn da unten verlieren, wenn wir das täten. Niemand will amerikanische Truppen dort." Die Frage, ob militärisches Eingreifen der USA nicht unabwendbar werde, wenn El Salvador von den Untergrundkämpfern überrannt zu werden drohe, lehnte der Präsident als „hypothetisch" ab.

Er begann statt dessen die Pressekonferenz mit einer Aufforderung an den Kongreß, die geforderte Nothilfe von 62 Millionen Dollar für El Salvador zu gewähren, denn: „Diejenigen, die überall auf der Welt um ihre Frei-

■ Fortsetzung Seite 8

Stoltenberg warnt vor Streik-Folgen

„Zurückhaltung bei Investitionen" / Roth (SPD) mahnt die IG Druck und Papier

DW. Bonn

Bundesfinanzminister Stoltenberg hat im Zusammenhang mit den Streiks von „ersten Warnzeichen" gesprochen: Viele Verbraucher und Unternehmen, die investieren wollten, „halten sich zurück", sagte Stoltenberg gestern der „Bild"-Zeitung.

Stoltenberg vertrat die Auffassung, wenn die Tarifpartner sich schnell einigen, bleibe es dabei, daß im Bundeshaushalt keine weiteren Sozialleistungen gekürzt werden müßten. In einem solchen Fall sehe er auch keine unmittelbaren ungünstigen Auswirkungen auf die geplante Steuerreform. „Wird lange gestreikt, wird die Zahl der Arbeitslosen sprunghaft steigen, dann können weitere Einschränkungen bei anderen Ausgaben notwendig werden", prophezeite der Bundesfinanzminister. Er appellierte an die Verantwortlichen, den Arbeitskampf sofort durch einen fairen Kompromiß zu beenden, der die Sicherung der Arbeitsplätze nicht bedrohe. „Bis dahin muß die IG Metall ihren Mitgliedern auch in jenen Betrieben die erforderliche Unterstützung zahlen, die durch Produktionsstillegung gegenwärtig nicht arbeiten können."

Einen Tag vor neuen Tarifverhandlungen in Nordwürttemberg/Nordbaden haben zahlreiche DGB-Gewerkschaften mit „Solidaritätsaktionen" die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich unterstützt.

Der stellvertertende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, empfahl der IG Druck und Papier, ihre Streiks am unternehmerischen Verhalten der Verleger, nicht aber an der politischen Richtung der Redaktionen auszurichten. Blockiert wurde gestern die Zufahrt der Firma Ebner Druck in Ulm, bei der die „Südwest-Presse" gedruckt wird. Die Zeitungsverleger bedauerten in einem Schreiben an Ministerpräsident Späth, daß sich die Polizei gegenüber „eklatanten Rechtsbrüchen" weitgehend passiv verhalte.

Seite 2: Nadelstiche
Seite 3: Arbeitszeit
Seite 8: Arbeitgeber warnen IG Druck

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kastanien im Öl-Feuer

Von Thomas Kielinger

Politischen Gretchenfragen weicht man am besten aus; indem man sie einfach nicht als solche anerkennt. Dieses bewährte Mittel benutzen die Amerikaner zur Zeit, wann immer sie nach der Verteidigung des Golfes, und damit einer der wichtigsten westlichen Rohölquellen, gefragt werden.

Was heißt „eine der wichtigsten westlichen Rohölquellen"? Das fragt sich Amerika vom Präsidenten über die anderen Wahlkampfkandidaten bis zum Mann auf der Straße. Wir beziehen schließlich nur noch ganze drei Prozent unseres Importbedarfs aus dieser Region, unterrichtete Reagan sein Publikum auf der Pressekonferenz vom Dienstag.

So redet niemand, der das Wahlvolk auf bevorstehende Großeinsätze vorbereiten möchte. So redet man nicht einmal, wenn man nur beschränkte Einsätze plant. Die übrige Welt muß vielmehr folgern, daß die Reizschwelle für amerikanisches Eingreifen im Golf sehr hoch liegt und daß die USA – wie man schon nach dem Libanon-Unternehmen bemerken konnte – die Rolle des automatischen Weltpolizisten für anderer Leute Sicherheit nicht mehr zu spielen gedenken. Da müssen schon konkretere Hilfsgesuche vorliegen und muß der eigene Einsatz besser flankiert sein.

Man mag dies als wachsenden amerikanischen Isolationismus beklagen, aber das wäre Selbsttäuschung. Denn früher oder später kommt auf all diese potenten Wirtschaftsriesen in Westeuropa und Fernost – und auch im reichen Nahost – die Frage zu, warum eigentlich sie selber nicht besser gerüstet sind zur Verteidigung ihrer Interessen, warum immer die USA weltweit die Eisen aus dem Feuer holen sollen, während man sich gleichzeitig den Luxus leistet, die USA militärischer Lüsternheit zu bezichtigen. Und überhaupt, die Europäer, die von „mehr Unabhängigkeit von Amerika" plaudern – was käme hier auf sie zu?

Da gibt es Gretchenfragen, aber wohl eher für Europa und Japan und die petrodollarreichen Araber. Wer in Europa oder Japan, wer unter den Anrainerstaaten des Golfs hat diese simpelste Form der Solidarisierungspflicht erkannt? Wer nimmt es auf sich, die Amerikaner zu überzeugen, daß das Risiko ihres Eingreifens auch von anderen mitgetragen wird?

Größte kleine Lösung

Von Heinz Heck

Die größte Steuerreform der Nachkriegszeit (Bundeskanzler Kohl) findet nicht statt. Finanzminister Stoltenberg hat bereits resigniert. Er favorisiert jetzt, wie in der gestrigen Ausgabe berichtet, die „kleine Lösung" mit allenfalls zwölf Milliarden Mark Nettoentlastung und ohne nennenswerte Kompensation durch Steuererhöhungen.

Da rund fünf Milliarden für einen verbesserten Familienlastenausgleich in Form höherer Kinderfreibeträge politisch so gut wie festgelegt sind, bleibt keine Finanzmasse mehr für eine Tarifkorrektur, die diesen Namen verdient, sondern allenfalls für einen Tarifabschlag, der noch dazu den Nachteil hat, von den Begünstigten kaum wahrgenommen zu werden.

Die Koalitionspolitiker haben den Mund mit Ankündigungen voll genommen. Doch fehlt ihnen die Entscheidungskraft, einen Teil der reformbedingten Einnahmeausfälle durch einen beherzten Subventionsabbau – von der Union in ihrer Oppositionszeit immer gefordert – hereinzuholen. Statt dessen überbieten sie sich mit immer neuen Segnungen für die Landwirtschaft. Es ist nicht ohne Ironie, daß die zusätzlichen Milliarden für die Bauern just in dem Moment beschlossen werden, wo die Koalition bei der Steuerreform auf eine Lösung zurücksteckt, die Stoltenberg seinen Vorschlägen mehr zur Abschreckung beigefügt hatte.

Den leistungsfreundlichen Tarif – im Bonner Jargon T1 genannt – wird es bis auf weiteres nicht geben. Er versprach nicht nur dauerhafte Entlastung für den in diesem Zusammenhang gern zitierten Facharbeiter, sondern er eröffnete vor allem die Chance zum Einstieg in einen durchgehend progressiven Tarif als nächsten Schritt etwa ab 1990. Damit würde den allen Steuerzahlern hinlänglich bekannten abrupten Grenzbelastungen entgegengewirkt.

Hat die Koalition ihre Sternstunde schon verpaßt? Vielleicht sieht der Kanzler, wie wichtig nach dem Amnestie-Debakel eine Entscheidung ist, die nicht nur eine „Wende" markiert, sondern auch die Glaubwürdigkeit der Koalition in der Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder herstellt.

Spende und kein Ende

Von Enno v. Loewenstern

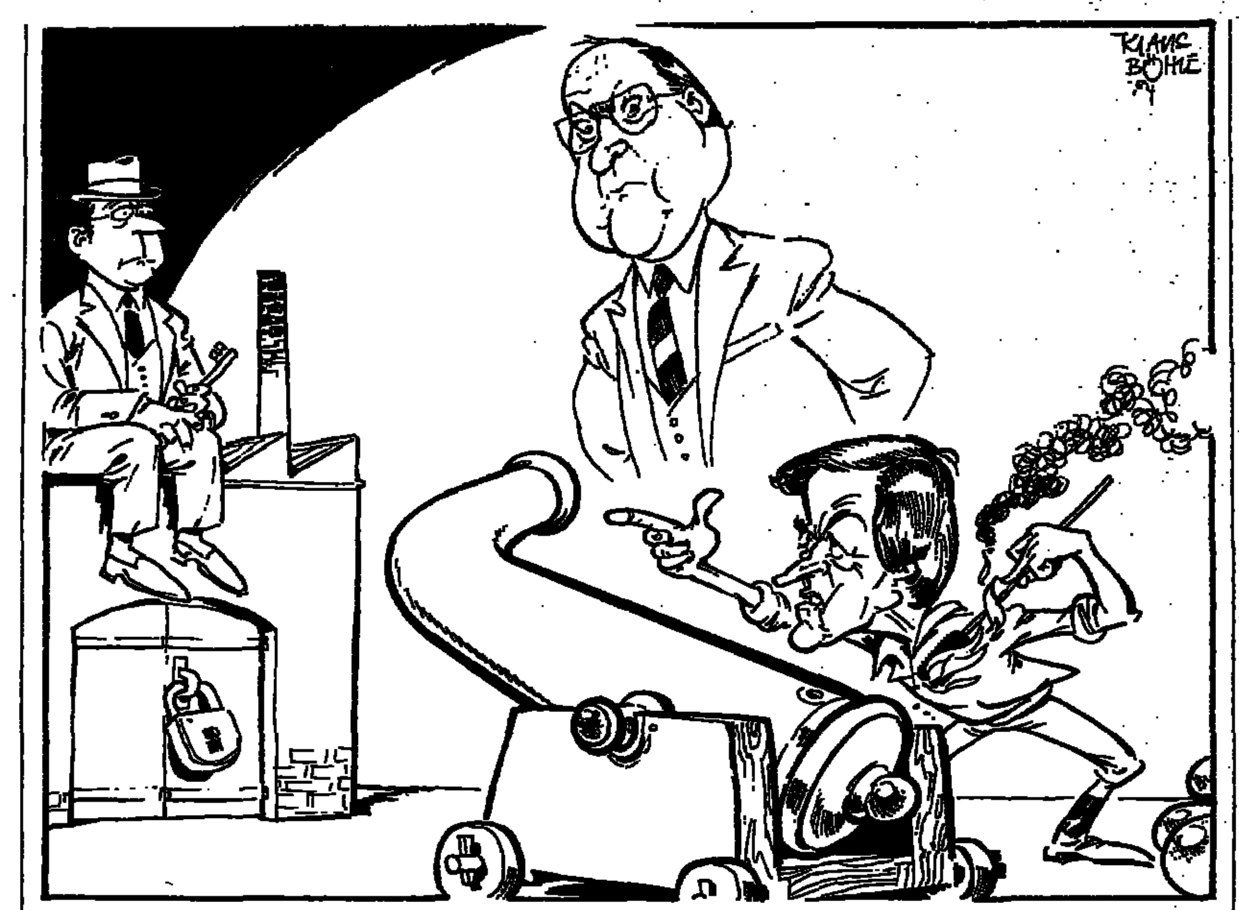
Si tacuisses. Je mehr die SPD oder deren Ämter und Behörden sich zur Spendenfrage einlassen, desto seltsamer erscheint ihre Rolle. Jetzt hat der Düsseldorfer Finanzminister Posser über das Verhalten seines Vorgängers Halstenberg eine Erklärung herausgegeben.

Danach hat der Steuerfahnder Förster in St. Augustin am 2o./21. November 1975 die ersten „möglichen Steuerhinterziehungen" entdeckt. Dann gab es verschiedene Gespräche mit CDU-Vertretern, die ihre „Mitwirkung bei der Offenlegung der steuerlichen Tatbestände" anboten. Acht Monate lang habe man keine Anzeige erstattet.

„Das Anerbieten der CDU-Vertreter, innerhalb angemessener Zeit Unterlagen über sämtliche Einzelfälle beizubringen, versprach, die hinterzogenen Steuern rascher und vollständiger beizubringen, als dies von anderen Ermittlungshandlungen (z. B. Hausdurchsuchungen) zu erwarten war." Als jedoch Förster „sein bis dahin vorliegendes Einverständnis mit dem geschilderten Verfahrensablauf zurückzog und auf die Fortsetzung der Ermittlungen drängte, ist die Sache an die Staatsanwaltschaft abgegeben worden. Das war am 14. 06. 1976". Es sei also keineswegs unter Halstenberg dem Beamten „das Eingreifen untersagt" worden.

Förster schildert die Sache anders; er sei von seinen Vorgesetzten erst belobigt und dann gerüffelt und gehemmt worden. Wer glaubwürdiger ist, liegt auf der Hand. So dumm kann doch die Staatsanwaltschaft nicht von Amts wegen eingeschätzt werden, daß man ihr nicht zweckmäßige Ermittlungshandlungen zutraut. Und wieso hat ein Steuerfahnder dem Ministerium vorzuschreiben, wann man korrekterweise den Staatsanwalt einschaltet? Das alles ist wichtig für die subjektive Tatseite der angeblichen Steuersünder – und für die Rolle der SPD in der heutigen Amnestie-Debatte des Bundestages.

Apropos Staatsanwaltschaft: Wie steht es mit der Brinkmann-Spende und der Rolle des MdB Helmut Schmidt dabei? Angeblich gibt es keine Ermittlungen gegen SPD-Spendentäter und es liegt auch nichts über die Ebert-Stiftung vor. Vielleicht könnten die SPD-Sprecher heute auch dazu einige Erklärungen geben, auf Vorschuß sozusagen.



In der Schußlinie ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die ängstliche Abschottung

Von Carl Gustaf Ströhm

Sind wir wieder „mitten im Kalten Krieg", wie einige Politiker des Westens und die meisten Funktionäre der Sowjetunion neuerdings behaupten? Hört man die jüngsten Erklärungen der Kreml-Führung, so kann kaum ein Zweifel bestehen: Unter Generalsekretär Tschernenko hat die östliche Supermacht eine Offensive der Abschottung gegenüber dem Westen begonnen. Genscher mußte das während seines kaum erfolgreichen Moskau-Aufenthalts ebenso erfahren wie vorher andere westliche Besucher. Der Olympia-Boykott war hier nur Spitze eines Eisbergs. Das erzwungene Fernbleiben der meisten anderen Oststaaten von den Olympischen Spielen – vielleicht mit Ausnahme Rumäniens, das auch hier seinen eigenen Weg zu gehen versucht – hat auch die sowjetischen Beziehungen zu den osteuropäischen Volksdemokratien auf eine harte Probe gestellt.

Dennoch kommt einem, wenn man die jetzigen sowjetischen Droh- und Imponiergebärden betrachtet, das Marx-Wort in den Sinn, jedes geschichtliche Ereignis finde zweimal statt – einmal als Tragödie und einmal als Farce. Die Mischung aus Beleidigtsein und fast ultimativen Drohungen (Verhandlungen nur, wenn der Westen seine Nachrüstung zurückzieht und sich damit selber desavouiert) lehrt, daß es gegenwärtig in Moskau keine Außenpolitik im eigentlichen Sinne gibt, wenn auch der Veteran Andrej Gromyko das große Wort führt.

Das zeigt sich gerade in der sowjetischen Politik der Selbsteinkreisung. Obwohl es eine goldene Regel jeder kontinentalen Macht sein müßte, sich nicht mit allen Nachbarn gleichzeitig zu zerstreiten, befindet sich der Kreml durch eigenes Verschulden mit allen nennenswerten Nachbarn und allen anderen Groß- und Weltmächten im Zustande des Konflikts. Unter Tschernenko haben die Sowjets es fertiggebracht, die Beziehungen zu Amerika bewußt zu verschlechtern, ohne dafür etwa das Verhältnis zu China oder zu Westeuropa verbessern zu können. Im Gegenteil: Mit Peking drohen neue Auseinandersetzungen, nicht zuletzt wegen Afghanistan. Westeuropa aber ist empört über die unmenschliche Behandlung Sacharows (schon heißt es, daß Mitterrand seine Moskau-Reise deswegen absagen könnte) und mißtraut heute der Sowjetunion mehr als vor zehn oder fünfzehn Jahren. Die Osteuropäer wiederum sind über die Abschottungs-Drohung des Kreml alles andere als begeistert. Sie müßten nämlich militärisch, wirtschaftspolitisch, aber auch innenpolitisch die Zeche bezahlen.

Welchen Zweck also verfolgt diese Politik des „viel Feind, viel Ehr"? Trotz aller starken Moskauer Worte sind irrationale Ausbrüche nicht wahrscheinlich. Vielmehr sieht es so aus, als ob die gegenwärtige Phase der Verschärfung und Verweigerung hauptsächlich innenpolitische Gründe hat – wie man ja nie vergessen sollte, daß für den Kreml weitgehend der Primat der Innenpolitik gilt. Der Kreml hat in den letzten zwei Jahren zweimal einen ziemlich einschneidenden Machtwechsel erlebt, vom wirtschaftlichen Schlendrian der ausklingenden Breschnew-Ära zur Disziplinierung unter Andropow und dann von dessen intellektuellem Führungsstil zur „typisch russischen" Gerontokratie eines Tschernenko mit Rückgriff auf Uralt-Feindbilder. So empörte sich die Moskauer „Prawda" dieser Tage über den Einfluß des dekadenten Westens, weil sowjetische Jünglinge auf der Hinterpartie ihrer Jeans das Sternenbanner aufgenäht tragen. Hinter dem Nebelschleier der antiwestlichen Agitation aber scheint sich im Kreml die Auseinandersetzung zwischen den Generationen abzuspielen. Innerhalb der nächsten Jahre muß die Ablösung der alten durch eine jüngere Mannschaft erfolgen. Die alte Mannschaft – von Tschernenko bis Gromyko und Ustinow – wünscht keine Veränderungen, weil jede Veränderung auch am Status des Regimes und seines Imperiums etwas ändern müßte. Der einzige, der das bewußt in Kauf nehmen wollte und daran gescheitert ist, war Andropow. Die Sowjetunion steht vor einer erdrückenden Fülle ungelöster Probleme, deren Ausbrechen man durch Abschottung für einige Zeit verschieben kann; auch durch Nichtverhandeln und Reaktivierung der Feindbilder (etwa die neuerdings wieder beschworenen „deutschen Revanchisten") können die alten Männer im Kreml etwas Zeit gewinnen.


Viel Feind, viel Ehr, viel Isolierung: Tschernenko FOTO: AP

Die Zeit aber geht weiter. Henry Kissinger sagte neulich, die Sowjetunion sei eine Supermacht, die Raketen in den Weltraum abfeuern, aber kein einziges international konkurrenzfähiges Industrieprodukt auf den Markt bringen könne. Die Reform des Wirtschaftssystems, die Frage nach dem Verhältnis zwischen Moskau und den nach Eigenständigkeit strebenden sogenannten Satelliten, schließlich die Verhältnisse innerhalb der Sowjetunion selber (wachsende Unzufriedenheit der nichtrussischen Nationen) – das und viel anderes sind die Probleme, denen sich die Kreml-Machthaber gegenübersehen. Natürlich gibt es starke Tendenzen, den sowjetischen Kommunismus nach den Methoden des Kasernenhofs („Maul halten und parieren") zu lösen. Das aber verspricht im elektronischen Zeitalter keinen dauerhaften Erfolg.

Alles in allem: Der Westen sollte wachsam, aber nicht ängstlich und pessimistisch sein. Nicht wir, die Sowjets stehen unter Zeitdruck.

IM GESPRÄCH Helmut Haussmann

Anstelle Brodeßers

Von Stefan Heydeck


Schnelle Autos, schnelle Karriere: Haussmann FOTO: JUPP DARCHINGER

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Helmut Haussmann hielt es für einen Witz, als er am 7. Mai unmittelbar nach seiner Rückkehr von einer dreiwöchigen Japan-Reise aus Anlaß der Leistungsschau der deutschen Wirtschaft gefragt wurde, ob er anstelle Karl-Friedrich Brodeßers die Nachfolge der FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer antreten würde. Doch vier Tage nach seinem Geburtstag am 18. Mai machte Parteichef Hans-Dietrich Genscher, gerade aus Moskau zurück, dem 41jährigen Diplom-Kaufmann, während eines anderthalbstündigen Gesprächs im Bonner Nobel-Restaurant Maternus diese Offerte.

Wenn Haussmann auf dem FDP-Parteitag nächste Woche in Münster zum Generalsekretär gewählt wird, bedeutet dies eine weitere Verjüngung der Führungsriege der Liberalen. Schon Anfang Oktober während der 300-Jahr-Feiern aus Anlaß der ersten Einwanderung der Deutschen in die USA hatte Genscher ihn, der ein energischer Verfechter der deutsch-amerikanischen Freundschaft ist und hervorragende Kontakte zu Parlamentariern in den USA hat, im Kongreß in Washington mit dem Satz „Sie sind jetzt dran" zur Seite genommen. Er wollte ihn als Wirtschaftsminister für den damals zurückgetretenen Edwin Hügel ins Saarland schicken. Doch da wollte der verheiratete gebürtige Tübinger, der in Bad Urach auf der Schwäbischen Alb wohnt, nicht.

Haussmann hat eine relativ kurze, aber auch relativ steile Parteikarriere hinter sich. Mit dem Beginn der sozial-liberalen Koalition, 1969, trat er in die FDP ein und wurde Kreisvorsitzender in Reutlingen. Er war fünf Jahre Stadtrat in Bad Urach. 1976 kam er über die baden-württembergische Landesliste als Bundestagsabgeordneter nach Bonn. Anfang 1983, nach dem Bonner Koalitionswechsel, wählten ihn die Liberalen im Südwesten der Bundesrepublik zu einem ihrer stellvertretenden Landesvorsitzenden. Dabei hatte er sich im Umfeld der „Wende" Ende 1982, so heißt es in seiner Umgebung, durchaus offen gehalten.

In Bonn profilierte sich der begeisterte Fahrer schneller Autos und Tennisspieler vor allem auf den Feldern Wirtschafts- und Finanzpolitik. So war er zunächst lange Jahre wirtschaftspolitischer Sprecher. Nach den Neuwahlen am 6. März 1983 übernahm er die Leitung des Arbeitskreises Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik, der der größte der FDP im Bundestag ist.

Prominente Liberale äußerten bereits die Erwartung, daß der für seine modische Kleidung bekannte Abgeordnete künftig auch der Partei neue wirtschaftspolitische Impulse gibt. Hanssmann, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studiert und seit 1978 einen Lehrstuhl für Unternehmensführung in Erlangen hat, hat immerhin schon mit einer nachdrücklichen Warnung vor einer „Vernachlässigung" des asiatischen Raums aufgewartet.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Zu den Stuttgarter Vorfällen heißt es hier:

Wer streikt, dem wächst damit nicht das mindeste Recht auf Gewalt zu. Aber was erleben wir jetzt wieder im Arbeitskampf der IG Druck und Papier? Sogenannte Streikposten verwehren Arbeitswilligen mit Gewalt und Drohungen den Zugang zum Arbeitsplatz, schimpfen sie „Mörder" und „Schweine", verlangen – auch das ist vorgekommen – ihre Personalausweise und durchsuchen wie Grenzpolizisten gewisser kommunistischer Staaten ihre Autos. Was geht hier vor? In unserem Rechtsstaat, zu dem sich unermüdlich so wie die Politiker auch die Gewerkschaftsführer bekennen, bilden sich plötzlich Inseln der Gewalt. Strafbare Gewalt muß die Polizei auf den Plan rufen. Aber die hat in mehreren Fällen das Eingreifen abgelehnt, in anderen sich mit Ausreden davor gedrückt – wofür nicht untergeordnete Beamte, sondern die zuständigen Landesinnenminister verantwortlich sind. Wenn wir uns an solche Übergriffe und Unterlassungen gewöhnen, wird Unrecht eines Tages Gewohnheits-Unrecht sein und dann bald beanspruchen, als Gewohnheitsrecht zu gelten. Es ist Zeit, Alarm zu schlagen.

Le Monde

Die Pariser Zeitung meint zu Meldungen über eine Absage an Bundeskanzler Kohl für die Feiern zum 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie:

Der Kanzler ... wollte durch seine Anwesenheit deutlich machen, daß die Versöhnung der Bundesrepublik Deutschland mit den Staaten, die damals gegen den Nazismus gekämpft haben, kein Vergessen der Vergangenheit bedeutet, ganz im Gegenteil. Seine Bitte ist mit echter Verlegenheit aufgenommen worden. Ja zu sagen wäre nur denkbar gewesen, wenn es sich um eine ernste Feier gehandelt hätte, die sowohl eine Ehrung der Toten des Krieges bedeutet hätte als auch die Weigerung, ähnliche Auseinandersetzungen sich wiederholen zu sehen. Nein zu sagen käme einer durchaus unnützen und auch unwillkommenen Demütigung eines treuen und verläßlichen Verbündeten Frankreichs gleich, besonders wenn man an die europäischen Wahlen denkt. Tatsächlich war die Reaktion der Deutschen verbittert, und manche haben in der verlegenen Ablehnung an den Kanzler einen niederschmetternden Test für die Realität der deutsch-französischen Versöhnung und Freundschaft gesehen. Zur Zeit sucht man auf französischer Seite einen ehrenhaften Weg, das Unbehagen zu zerstreuen. Der Elysée ist am Zuge.

LIBERATION

Das Pariser Blatt kommentiert die Behandlung der Sacharows:

Wieder einmal haben die sowjetischen Behörden den Weg der Konfrontation mit Jelena Bonner und Andrej Sacharow beschritten. Auf diesem Gebiet wie schon bei den Olympischen Spielen und jetzt bei den Beziehungen mit Ungarn und der DDR hat man das deutliche Gefühl, daß der neue Herr der UdSSR durch eine ununterbochene Serie von Faustschlägen eine Autorität unter Beweis stellen will, die bisher noch nicht sehr überzeugend war.

Soll die Industrie an den Nadelstichen verbluten?

Die Kampfkraft der Gewerkschaft darf nicht das Maß aller Dinge sein / Von Günther Bading

Streik müsse wehtun, hat der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr erklärt. Nur so könne man die Arbeitgeber zu Zugeständnissen zwingen. Betroffen sind allerdings von diesen Schmerzen nicht allein die bestreikten Unternehmen, sondern zahllose Arbeitnehmer auch in anderen als dem bestreikten Tarifgebiet, sogar Betriebe anderer Branchen, wenn sie als Zulieferer in Frage kommen. Betroffen aber ist auch der Sozialstaat über Ausfälle an Beitrags- und Steuereinnahmen. Betroffen kann schließlich die gesamte Volkswirtschaft sein. Eine Lähmung der gesamten Automobilindustrie für nur wenig mehr als einen Monat könne, übers Jahr gerechnet, ein Prozent weniger Wachstum bedeuten, hat Arbeitsminister Blüm gewarnt.

Die IG Metall nennt ihre Schwerpunktstreiks niedlich „Nadelstiche". Das Bild suggeriert, man pieke den Tarif-Kontrahenten allenfalls in empfindliche Hautpartien. Tatsächlich aber wurden die Nadeln gezielt in die Nervenbahnen einer ganzen Branche gesetzt. Sie verursachen bei den Unternehmern der Metallbranche die beabsichtigten Schmerzen. Dauert der Arbeitskampf lang, dann geht die Wirkung darüber hinaus: Die „Nadelstiche" wirken lähmend, halten den Gesundungsprozeß im Wirtschaftskörper an, verursachen womöglich bleibende Schäden.

Wenn einen Monat gestreikt würde, wären alle mühsam zustande gebrachten Einsparungen im Sozialetat umsonst gewesen, klagt Arbeitsminister Blüm. 4,1 Milliarden Mark wurden 1984 allein in seinem Einzel-Haushalt eingespart, um den von der sozialliberalen Koalition verdorbenen Etat zu konsolidieren. 3,9 Milliarden Mark würde ein einmonatiger Arbeitskampf bei Brachliegen der gesamten Automobilindustrie den Sozialstaat kosten, hat Blüm errechnen lassen.

Die Frage drängt sich auf: Wie kann man solchen Schaden für den Sozialstaat begrenzen? Der Ruf nach Gängelung der Tarifparteien, vielleicht sogar nach einem Streik-Verbot ab einer gewissen Schmerzschwelle für die Volkswirtschaft ist sicher falsch. Unsere Verfassung garantiert im Artikel 9 die Koalitionsfreiheit zur „Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen". Aus diesem Verfassungsgrundsatz leitet sich die Tarifautonomie einschließlich der Zulässigkeit des Arbeitskampfes mit Streiks und Abwehraussperrungen her. Dieser Grundsatz besagt auch, daß sich der Staat aus Arbeitskämpfen herauszuhalten hat. Deshalb darf die Bundesanstalt für Arbeit kein Arbeitslosengeld an die mittelbar Betroffenen des Arbeitskampfes bezahlen. Und deshalb kann es auch keine Streik-Begrenzung durch staatliche Maßnahmen geben.

Schadensbegrenzung ist nur innerhalb der Tarifautonomie durch Waffengleichheit von Gewerkschaft und Arbeitgebern möglich. Das Bundesarbeitsgericht hat mit seinen Entscheidungen von 1980 diese Parität herzustellen versucht, indem es die Aussperrung für zulässig erklärte, ihren Umfang allerdings auf das Ausmaß des Streiks beschränkte.

Daß überhaupt Schäden für Sozialstaat und Volkswirtschaft entstehen, wenn es nach Scheitern aller Verhandlungen und Gespräche zum Arbeitskampf kommt, muß wohl als Preis für den Freiraum bezahlt werden, den unser Grundgesetz für die Tarifautonomie vorsieht. Wenn der Preis auch gelegentlich hoch erscheint, so hat er sich doch bezahlt gemacht; ein Blick in die Vergangenheit bestätigt es. Nirgendwo sonst im freien Europa ist der soziale Friede so selten gebrochen worden wie in unserer Republik. Und könnte man in diesem Streik-Jahr die politische Befrachtung des Kampfes der IG Metall um einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche einfach beiseiteschieben, so ließe sich auch der Sieg der Vernunft in dieser oder der nächsten Streikwoche prophezeien. Schließlich muß daran erinnert werden, daß die Wirkungen des von ihr begonnenen Arbeitskampfes der Gewerkschaftsführung schon aus ihrer Satzung nicht gleichgültig sein dürfen. „Vor der Beschlußfassung über Arbeitseinstellungen hat der Vorstand sowohl die Geschäftslage der betreffenden Industriegruppe als auch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht zu ziehen", heißt es im Paragraphen 22 der IG-Metall-Satzung im zweiten Absatz.

An diese Selbstbeschränkung muß man die Gewerkschaftsführung erinnern, wenn sie mit ihrem Streik gefährlich nahe an die Lähmung der Automobilbranche herankommt. Spätestens in der kommenden Woche wird das der Fall sein. Seit heute wird wieder verhandelt im Streikgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden. Schon aus psychologischen Gründen allerdings wird ein Kompromiß – sollte er denn gefunden werden – frühestens in der dritten Streikwoche präsentiert werden können. Erst wenn bei Funktionären und am Streik beteiligten Gewerkschaftsmitgliedern der Eindruck entstanden ist, man habe genug gekämpft, hat ein Kompromißvorschlag Chancen, in der notwendigen zweiten Urabstimmung die Zustimmung der Metaller zu finden.

WIE WAR DAS?

Als die Arbeitszeit kürzer wurde

Von GÜNTHER BADING

„Unsere tarifpolitische Formel kann aber nicht blindlings lauten: Je kürzer die wöchentliche Arbeitszeit, desto kürzer die Arbeitsmühe. Wenn es uns gelingt, die Arbeit humaner zu gestalten, dann kann auch ein Stück Entfremdung der industriellen Arbeit abgebaut werden. Wir können nicht daran interessiert sein, durch eine Stunde mehr Freizeit eventuell die körperliche und seeliche Belastung am Arbeitsplatz noch zu steigern." Ganz anders als das heutige Kampfgeschrei lesen sich diese Worte des früheren IG Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer. Sie stammen aus seiner Rede bei der Festveranstaltung der IG Metall im September 1976 zum 20. Jahrestag des „Bremer Abkommens", das zum Ausgangspunkt der 40-Stunden-Woche werden sollte.

Der Weg zu acht Stunden Arbeit an fünf Tagen der Woche allerdings war weit. Um 1800 wurde etwa 10 bis 12 Stunden täglich gearbeitet; bis zu 72 Stunden in der Woche. Und noch 1870 verbrachte der Arbeiter täglich 12 bis 14 und wöchentlich 78 Stunden in der Fabrik.

Erste Schritte zur Einschränkung der Arbeitszeit waren schon 1839 in Preußen unternommen worden. Im „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken" vom 9. März jenes Jahres wurde die Arbeit der bis zu 16jährigen auf höchstens zehn Stunden am Tag begrenzt.



Die 40-Stunden-Woche brachte den freien Samstag

Die generelle Arbeitszeitverkürzung ließ allerdings noch auf sich warten. 1856 wurde in der deutschen Druckindustrie der Zehn-Stunden-Tag und die 70-Stunden-Woche durchgesetzt. Am 20. Juli 1889 erklärte der Pariser Kongreß der Zweiten Internationale den 1. Mai 1890 zum Feiertag der Arbeit, an dem für die Einführung des Acht-Stunden-Tags demonstriert werden sollte. Die Faustformel hieß damals: „Acht Stunden Arbeit – acht Stunden Schlaf – acht Stunden Mensch sein".

Im Jahre 1900 wurde dann erstmals bei den Zeiss-Werken in Jena der Acht-Stunden-Tag eingeführt; zehn jahre später ist der Zehnstunden-Tag in der deutschen Industrie der Normalfall. Nach dem ersten Weltkrieg verordnen die Behörden bei der Demobilmachung den Acht-Stunden-Tag und die 48-Stunden-Woche. Arbeitgeber und Gewerkschaften vereinbarten im „Stinnes-Legien-Abkommen" am 15. November 1918 den Acht-Stunden-Tag. 1927 verabschiedete der Reichstag ein Gesetz, das den Acht-Stunden-Tag festschreibt, für Überstunden Lohnzuschläge von 25 Prozent vorsieht und ein Überschreiten der Arbeitszeit von zehn Stunden täglich von behördlicher Genehmigung abhängig macht. 1931 forderte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) erstmals die 40-Stunden-Woche. Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis wird am 30. April 1938 die noch heute gültige Arbeitszeitordnung in Kraft gesetzt mit der Höchstgrenze von 48 Arbeitsstunden pro Woche.

Nach dem Krieg begannen die Gewerkschaften ab 1952 wieder den Kampf um die 40-Stunden-Woche. Das Aktionsprogramm des DGB von 1955/56 lief unter dem Schlagwort „Samstags gehört Vati mir". Vorreiter im Kampf um die Fünf-Tage-Woche ist die IG Metall. Am 25. Juli 1956 wurde das „Bremer Abkommen" unterzeichnet, das die Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden reduzierte. Im Dezember 1957 folgte das Abkommen von Bad Soden, in dem mit Wirkung vom 1. Januar 1959 die 44-Stunden-Woche vereinbart wurde. Am 8. Juli 1960 wurde im Abkommen von Bad Homburg vereinbart, die Arbeitszeit in drei Stufen bis zum 1. Juli 1965 auf 40-Stunden herabzusetzen. „Wegen der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung" – so formuliert es Loderer – wurde im Erbacher Abkommen zwischen Gewerkschaft und Metallarbeitgebern die letzte Stufe verschoben worden, so daß die 40-Stunden-Woche zum 1. Januar 1967 effektiv wurde. Heute ist sie für 97,4 Prozent der Angestellten und 95,5 Prozent der Arbeiter tarifvertraglich festgeschrieben.

In Kourou eröffnet Ariane eine neue Raumverkehrs-Ära

Die europäische Gesellschaft Arianespace hat gestern nacht für amerikanische Rechnung den Kommunikationssatelliten „Spacenet 1" in den Weltraum geschossen. Dieser erste rein kommerzielle Raketenstart setzt einen Meilenstein in der Geschichte des Verkehrswesens, der gar mit dem Beginn des Eisenbahnverkehrs verglichen wird.

Von JOACHIM SCHAUFUSS

Zweimal mußte der Vorsteher des Weltraumbahnhofs von Kourou in Französisch-Guayana den Countdown vorzeitig abbrechen. Das erste Mal wechselten nur 17 Sekunden vor dem „Go" drei Indikatoren von grün auf rot. Die Hauptursache: Überdruck in der Wasserstoffzuleitung für die dritte Etage. Der Kommentar aus der Befehlszentrale: eine Störung außerhalb der Rakete, das passiert schon gelegentlich. Immerhin, nach weiteren 8 Sekunden wäre es zu spät gewesen. Dann hätte der Start nicht mehr unterbrochen werden können.

Inzwischen zeigen die Digitaluhren auf den Bildschirmen 20.16 Uhr Ortszeit an. Das war in Europa am Mittwoch 1.16 Uhr. Bis der Schaden – ferngesteuert – behoben wurde, vergingen 1¾ Stunden.

Aber auch der zweite Startversuch klappte nicht. Diesmal war die Verbindung zu der Radaranlage von Astension Iland gestört. Sie mußte die letzten fünf Minuten der Raketenbahn vor Trennung des Satelliten kontrollieren, ein für den weiteren Verlauf des Vorhabens sehr wichtiger Vorgang. Jetzt blieben nur noch 1½ Stunden Zeit. Dann wäre das „Raumfenster" geschlossen gewesen.

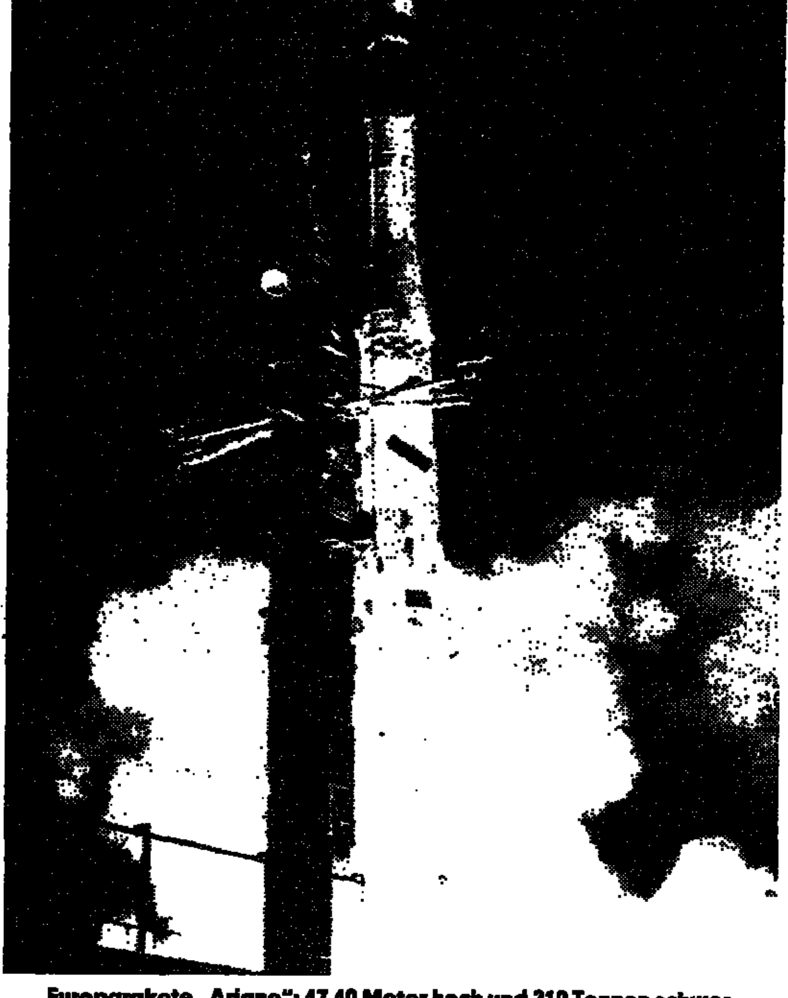
Beim dritten Mal, 22.33 Uhr, war es endlich soweit. Für Sekunden tauchte der nächtliche Urwald in gleißendes Licht. Mit ohrenbetäubendem Getöse löste sich die 47,40 m hohe und 210 t schwere Ariane von ihrer Abschußrampe. Noch ehe sie die Geschwindigkeit eines Gewehrgeschosses von 800 ms (Metersekunden) erreicht hatte, war sie in den Wolken verschwunden. In 50 km Höhe wurde bei 1850 ms die erste Etage abgesprengt, wie die Computer anzeigten. Da atmete alles auf.

Auf die definitive Erfolgsmeldung mußte man allerdings noch 13 Minuten lang warten. Erst dann stand fest, daß der Satellit, von der dritten ausgebrannten Stufe befreit, mit einer Geschwindigkeit von 9700 ms auf seine elliptische Übergangsbahn von maximal 36 000 und minimal 200 km Entfernung zur Erdoberfläche gebracht worden war. Die Arianespace war damit aus dem Obligo. Sie konnte jetzt von ihrem amerikanischen Auftraggeber GTE die 25 Millionen Dollar „Transportkosten" kassieren.

Der von RCA für 100 Millionen Dollar gelieferte Satellit „Spacenet 1" wog jetzt nur noch 1195 Kilo. Bis er auf seine definitive geostationäre Umlaufbahn von zirkulär 36 000 km Höhe gebracht ist und damit im Raum scheinbar fest steht, verliert er noch 490 Kilogramm Gewicht, vor allem an Treibstoff für die Aussteuerung. Dann gegen Anfang Juli kann ihn die GTE im amerikanischen Kommunikationsbereich, insbesondere für Telefonverbindungen, verwenden. Die Lebensdauer dieses Satelliten veranschlagt man in Kourou auf zehn Jahre.

Damit sei die erste „Handelslinie der Raumfahrt" geschaffen worden, hieß es. Das wird mit der Eröffnung der ersten Luftverkehrslinie, ja sogar mit dem Beginn des Eisenbahnverkehrs verglichen. Schon tags zuvor hatte man entsprechende Aufkleber verteilt. Es regnete in Strömen. Aber dieser Regen bringt Glück – wie dem Breutpaar nach der Trauung, beruhigte Startdirektor Moulard. Aller guten Dinge sind drei, konnte er später hinzufügen.

Warum nun haben gerade die Amerikaner Kourou dem Kap Kennedy vorgezogen? Vor allem aus geographischen Gründen. Nur fünf Grad nördlich des Äquators gelegen, erlaubt der französische Weltraumbahnhof ein besonders kostengünstiges Lancieren geostationärer Satelliten. Um sie nach Loslösung von der Trägerrakete mit eigener Kraft dem gewünschten Punkt zuzuführen, wird weniger Treibstoff benötigt, als dies von der amerikanischen Konkurrenzbasis aus möglich wäre. Demzufolge kann der Satellit bei gleicher Raketenleistung größer sein. Dazu kommt, daß Arianespace besonders schnell „lieferfähig" war. Von der Auftragserteilung bis zum Start vergingen nur zweieinhalb Jahre statt sonst mindestens drei.



Europarakete „Ariane": 47,40 Meter hoch und 210 Tonnen schwer FOTO: DPA

Auf dem jetzt schon 20 Jahre bestehenden Startgelände von Kourou wurden insgesamt 400 Raketen aller Art abgefeuert, darunter seit Ende 1979 neun vom Typ Ariane 1. Ihre ersten vier Qualifikationsstarts brachten drei Erfolge, ebenso wie die im März 1984 abgeschlossenen vier Promotionsstarts. Bis dahin handelte es sich ausschließlich um öffentliche Aufträge, die über die europäischen Raumfahrtagentur ESA von den Regierungen finanziert wurden. Mit der jetzt gestarteten Ariane 9 ist das Programm privatisiert worden. An die Stelle der ESA ist die Arianespace getreten, eine private Gesellschaft französischen Rechts mit Sitz in Evry bei Paris.

Die Aktionäre der Arianespace sind 36 am Bau der Ariane beteiligte europäische Industrieunternehmen sowie 13 bedeutende europäische Banken. Die französische Seite, auf die die Ariane-Entwicklung zurückgeht, hält 59,25 Prozent des zur Zeit 120 Millionen Franc betragenden Kapitals, dem folgt die deutsche Seite mit einem Anteil von 19,60 Prozent, vertreten durch Dornier, MBB-Erno, MAN, Bayerische Vereinsbank, Dresdner Bank und WestLB.

Die bereits im März 1980 gegründete Arianespace produziert und vermarktet auf rein kommerzieller Basis auch die künftige Ariane-Generation. Die Gesellschaft verfügt gegenwärtig über Aufträge für den Abschuß von 28 Satelliten, die von 14 Kunden aus aller Welt erteilt worden sind. Dazu kommen 18 Optionen. Der Auftragswert wird mit 6,5 Mrd. Franc angegeben. Er sichert der Gesellschaft eine Beschäftigung bis Ende 1987. Der bisherige Abschußrhythmus von drei bis vier Raketen im Jahr soll ab 1985 nach Inbetriebnahme einer zweiten Rampe auf sechs bis acht erhöht werden.

Arianespace-Präsident Frederec D'Allest hält die Ariane für international absolut wettbewerbsfähig. Er hofft mit ihr ein Drittel des westlichen Marktes für angewandte Satelliten bestreiten zu können – falls die europäische Kooperation weitere Fortschritte macht, fügte die französische Außenhandelsministerin Edith Cresson hinzu.

Das Umweltpflänzchen beginnt zu grünen

Sie galten und sie gelten noch immer als Außenseiter der sozialistischen Gesellschaft: die Öko-Gruppen in der „DDR". Doch ihr Engagement sowie die Sorgen und Proteste vieler Bürger hat auch Ost-Berlin den Umweltschutz entdecken lassen.

Von PETER SCHMALZ

Eine warme Frühlingssonne liegt über dem Kulkwitz See, einem Kunstgewässer, das die künftigen Bewohner der Leipziger Trabantenstadt Grünau der Rekultivierung einer ausgebeuteten Braunkohlezeche zu verdanken haben. In den Strandkörben sonnen sich Familien und genießen die Ferien, einige Kinder plantschen im noch kalten Wasser. Die Idylle wird nur gestört von vermeintlich gelangweilten Männern in Anzug und Krawatte.

„Was will denn der Stasi hier?", fragt ein blonder Schüler den zufälligen Gesprächspartner aus dem Westen. „Euer Minister für Umwelt fährt hier gleich vor, er will dem bayerischen Umweltminister die Landschaft zeigen." – „Was, wir haben sogar einen Umweltminister, davon haben wir noch gar nichts gemerkt." Der Junge mit Nickelbrille und ausgewachsenen Jeans läßt sich Minuten später von dem Westdeutschen zeigen, welcher der zahlreiche Männer, die mit ernsten Mienen aus den schwarzen Staaatslimousinen steigen, Hans Reichelt heißt und zuständig ist für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der „DDR".

Mit Umweltschutz hatte auch der blonde Oberschüler schon viel zu tun: Er ist Mitglied einer der kirchlichen Öko-Gruppen in Leipzig. Sie haben Sorge um Leben und Gesundheit in ihrer Heimat, die nach Meinung von Experten die schlechteste Luft Europas, vielleicht sogar der Welt ertragen muß. „Die Situation hier ist katastrophal", sagt er, und sein Schulfreund, berichtet: „Jetzt, nach dem langen Regen, ist die Luft hier ziemlich sauber. Wenn du aber im Sommer am offenen Fenster lernst, kannst du zusehen, wie der Dreck auf deine Hefte rieselt."

Sie trauen den Politikern nicht zu, dieser Umweltkatastrophe Herr zu werden. „Die sind doch nur im Verbieten Weltmeister."

Die Schüler erzählen von einem Ehepaar, das im Erzgebirge, das wegen der schwefelhaltigen Braunkohle schon seit gut einem Jahrhundert an Baumsterben leidet, in einer Fotosammlung über Jahre hinweg den sich rapid beschleunigenden Niedergang des Waldes dokumentierte. Die Reaktion der Behörden: Die Eheleute mußten aus der geplanten Broschüre die markantesten Bildbeispiele herausnehmen.

Wir fragen Passanten in der Leipziger Innenstadt: „Wie steht's denn mit dem Umweltschutz?" – „Es wird schon allerhand getan", meinte ein Jugendlicher und erzählt von Sammelaktionen in den Wäldern und lobt die Netze, die am Eingang der Kaufhäuser als Recycling-Behälter für leere Kunststofflaschen aufgestellt sind. Aber fast ausnahmslos die Klage über Abgase, Rauch und Asche. „Man müßte mehr Filter einbauen", fordert ein Mann. Und eine Hausfrau hatte vor zwei Tagen einen Schrecken erlebt, als sie erstmals die Schlote der Kraft- und Chemiewerke von Bitterfeld nördlich der Messestadt mit eigenen Augen sehen konnte: „Ich habe den Kopf geschüttetlt. Da kommt nur so der Schwefel raus."

Einige Kilometer nordwestlich von Bitterfeld ragen vier 300 Meter hohe Schornsteine aus dem schmutzigroten Backsteinbau des Kohlekraftwerkes Vockerode und fauchen gelbe Schwaden in den Himmel.

Unter einem Dutzend Dampferzeuger mit einer Leistung von 384 Megawatt werden in jeder Stunde 600 Tonnen Braunkohle verfeuert, das Werk ist eine der großen Dreckschleudern der „DDR". Vor seinem eigenen Umweltminister und dessen bayerischen Kollegen Alfred Dick will Kombinatsleiter Wilfried Dreschke den Betrieb in gesäubertem Licht erscheinen lassen und spricht davon, man habe zum Glück eine schwefelarme Kohle.

Aber die bayerischen Umweltexperten, die ihren Münchner Minister begleiten, rechnen rasch nach, vergleichen den Heizwert der hier verfeuerten Braunkohle mit dem der in der Bundesrepublik hauptsächlich eingesetzten Steinkohle und finden umgehend heraus: Um die gleiche Energie zu erzielen, jagt in dem „DDR"-Werk achtmal mehr Schwefel durch den Kamin als bei einem westdeutschen Steinkohle-Werk.

Aber nicht deswegen wurde der bayerische Minister bei seiner Fünftagestour durch die „DDR" (WELT vom 17. 5.) zu diesem Kraftwerk bei Dessau dicht an der Transitautobahn Berlin-Hof gelotst, man wollte ihm demonstrieren, wie auch Ost-Berlin den Umweltschmutz beim Verursacher zu bremsen versucht. Im vergangenen Jahr wurde in Vockerode mit dem Einbau einer trockenen Kalkstein-Additiv-Entschwefelung begonnen, drei Turbinen sind bereits darauf umgerüstet.

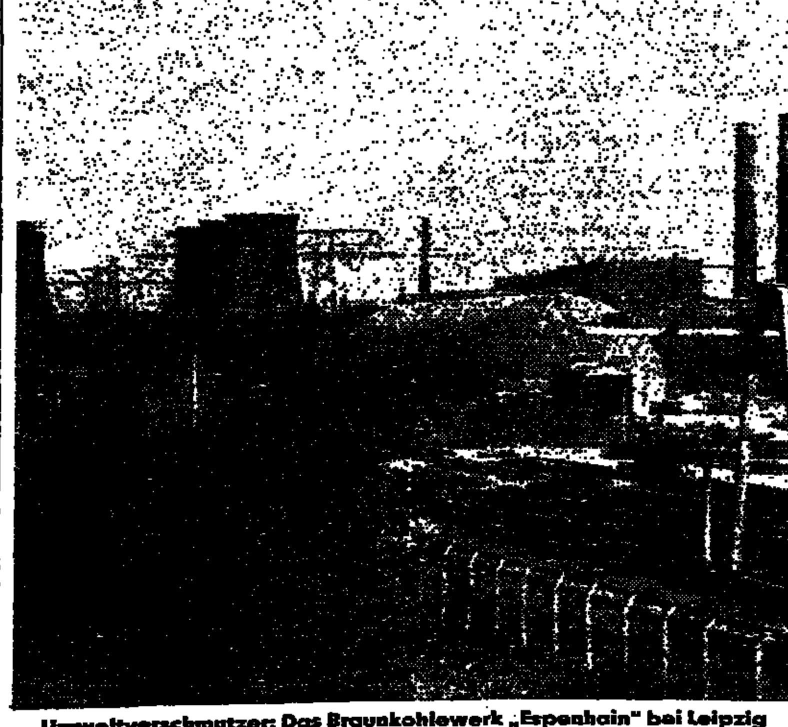
Der Kohle wird Kalk beigegeben, der im Verbrennungsprozeß einen Teil des freiwerdenden Schwefels zu Gips bindet. 60 Prozent des Schwefels werden so abgefangen, erzählt der Kombinats-Chef, die Bayern machen zweifelnde Gesichter: Selbst mit verfeinerter Technik kamen sie bei Versuchen mit diesem Prinzip auf einen Bindegrad von höchstens 46 Prozent.

Und ob die Schwefelschleuder nahe dem Erholungsgebiet Dübener Heide überhaupt vollständig auf dieses Verfahren umgestellt werden kann, steht noch in den Sternen. Die Umrüstung soll zwar 1987 vollendet sein, dann aber würden Versorgungsprobleme mit Kalk auftreten, denn für zehn Tonnen Braunkohle muß eine Tonne Kalk herangefahren werden. Und noch ungeklärt ist, was mit der zusätzlich anfallenden Abwärme geschehen soll. Schon heute heizen die drei umgerüsteten Dampferzeuger halb Dessau, ein 28 Hektar großes Gemüsekombinat und einige große Fischteiche.

„Es hat doch keinen Zweck, zusätzlich Wärme bereitzustellen, wenn ich keine Abnehmer habe", meint dazu Hans Lütke, Direktor des Ost-Berliner Zentrums für Umweltgestaltung, und fügt den für einen Kommunisten erstaunlichen Satz hinzu: „Wenn ich etwas verkaufen will, muß ich auch einen Markt haben."

Ost-Berlin hat erkannt, daß die Frage nach Maßnahmen für saubere Luft und reineres Wasser nicht mehr allein mit Baumpflanzaktionen bei Sonderschichten am Wochenende beantwortet werden kann. Die Kommunisten hoffen auf technologische Hilfe des Westens, um der Unruhe in der Bevölkerung besser Herr zu werden.

Rigorose Polizeimaßnahmen gegen Umweltschützer haben sich in den letzten Jahren als wenig taugliches Mittel gezeigt. Als im lezten Jahr fast 200 Bürger mit Fahrrädern vor den Chemischen Werken Buna für saubere Luft demonstrierten, wurden sie zu Ordnungssstrafen verurteilt. Und in Schwerin wurde an einer vorgesehenen Proteststrecke das Radfahren kurzerhand für zwei Tage verboten.



Umweltverschmutzer: Das Braunkohlewerk „Espenhain" bei Leipzig FOTO: DPA

Eine weiße Palme kämpft gegen den weißen Halbmond

Am Sonntag wählen die Ägypter ein neues Parlament. Es wird die erste freie Wahl seit 1950 sein. Die Opposition gegen Mubarak wird angeführt von der (alten) neuen Wafd-Partei, die sich mit den Moslembrüdern verbündet hat.

Von PETER M. RANKE

Mansur ist Student der amerikanischen Universität in Kairo und verteilt Wahlplakate. Alle tragen als Zeichen eine weiße Palme auf grünem Papier. Auch an vielen Autos in Kairo sieht man die Palme, wenn sie nicht von politischen Gegnern zerkratzt worden ist. Denn die Palme, die dem Wappenzeichen Saudi-Arabiens ähnelt, ist das Wahlsymbol der alt-neuen Wafd-Partei für Fuad Serageddin (74).

Der Wahlkampf für die Parlamentswahlen am kommenden Sonntag ist nur langsam angelaufen in Ägypten, aber jeder stellt sich die Frage: Schafft die Wafd-Partei den Sprung ins Parlament und wird sie eine kraftvolle Opposition zur übermächtigen Regierungspartei von Präsident Mubarak bilden, den Nationaldemokraten (NDP)? Im Partei-Büro des Wafd zeigt sich der Generalsekretär Dr. Noman Gomaa (50) optimistisch: „Wir bekommen dreißig bis vierzig Prozent der Stimmen."

Der Wafd (arabisch: Delegation, Abordnung) appelliert an die demokratische Tradition Ägyptens: 1919 schon gegründet, ertrotzte die Wafd-Partei in den zwanziger Jahren die Unabhängigkeit von den Briten. Sie war die große nationale Partei der Oberschicht und des Mittelstandes sowie der „Omads" (Bürgermeister) auf dem Lande, die alle ihre Gefolgsleute der Wafd-Partei zuführten.

Mal mit dem Königshaus oder den Briten, mal gegen sie operierend wurde der Wafd 1952 ein Opfer der Revolution der „Freien Offiziere".

„Wir haben den letzten Wahlkampf vor 34 Jahren geführt und hatten jetzt kaum Zeit, um uns zu organisieren", meint Dr. Gomaa, ein Rechtsanwalt, dessen Eltern in der alten Wafd-Partei arbeiteten.

Tatsächlich ist der Wafd erst Anfang Januar durch Gerichtsbeschluß wieder zugelassen worden, nachdem der vorige Präsident Sadat die Partei 1978 zwar erlaubt hatte, sie aber wegen des Zulaufs nach vier Monaten wieder verbot. Der jetzige Präsident Mubarak stellt sich hingegen der Opposition, die sich um die Wafd-Partei gruppiert. Es sind die Rechtsliberalen unter Mustafa Kamel Murad, die linke Arbeiterpartei von Ibrahim Schukri und die links-extreme „Unionnistische progressive Partei" unter Khaled Mohieddin, der wie Murad zu den „Freien Offizieren" gehörte, heute aber der Mann der Sowjets am Nil ist.

Traditionsgemäß ist der Wafd jedoch die mächtigste Oppositionspartei, zumal er vor acht Wochen ein wichtiges Bündnis geschlossen hat: Der Wafd geht zusammen mit den Moslem-Brüdern in die erste freie Wahl Ägyptens seit 1950. Die Moslem-Brüder sind als Organisation von der Regierung nicht zugelassen, daher stehen ihre geheimen Führer wie Scheich Omar Telmasani und Scheich Salah Ismail auf Spitzenpositionen der Wafd-Liste. Ihr Ziel ist wie im benachbarten Sudan die Durchsetzung der Scharia-Gesetze, die Einführung islamischer Banken ohne Zinsen und das vollkommene Alkohol-Verbot, kurz: eine islamische Republik Ägypten.

Seit dem Wahlbündnis zwischen Wafd und Bruderschaft trommelt die Regierungspresse wie „Al Ahram" oder „Mayo" vor allem mit dem Argument gegen die Wafd-Partei, sie sei reaktionär und wolle die Macht den alten Paschas und fanatischen Scheichs überlassen. Tatsächlich ist Wafd-Parteiführer Fuad Serageddin ein Großgrundbesitzer und ehemaliger Innenminister von König Faruk. Heute arbeitet er als Anwalt saudischer Firmen, was viele Ägypter zu der wohl nicht unberechtigten Vermutung veranlaßt, Saudi-Arabien unterstütze Wafd und Bruderschaft mit Millionen von Dollar.

Aber auch die nationaldemokratische Regierungspartei, die Ämter und Geld zu vergeben hat, hat ihr Symbol, einen weißen Halbmond auf grünem Grund, der „alten" Nationalfahne entlehnt und nimmt auf islamische Gefühle Rücksicht. Präsident Mubarak zeigt sich jetzt demonstrativ im Fernsehen mit Religionsgelehrten und beim Besuch von Moscheen. Selbst der pro-kommunistische Ex-Major Khaled Mohieddin zitiert bei Wahlreden Koran-Suren, denn die stärkere Islamisierung Ägyptens ist nicht aufzuhalten.

„Wir rechnen damit, daß uns das Bündnis mit der Bruderschaft auch schadet", meint der Student Mansur von der Wafd-Partei. Vor allem die christlichen Kopten, früher ein großer Teil der einflußreichen Wählerschaft des Wafd, drohen abzuspringen. Sie sehen eher in Mubarak den Garanten für Ruhe und langsamen Fortschritt. Doch in der Wafd-Partei und bei den Linken sammeln sich alle Unzufriedenen, die über Wohnungsnot, Teuerung, Korruption und Verfilzung in der Staatswirtschaft klagen. Außenpolitik ist kaum ein Thema im Wahlkampf, wenn auch der Wafd und die übrige Opposition das Ende des Friedensvertrages von Camp David deklamieren und wieder gute Beziehungen zu Moskau verlangen. Der Wahlkampf ist erstaunlich offen und freimütig. Innenminister Basha hat für die Polizei die Parole ausgegeben: keine Behinderungen. Mubaraks Regierungspartei ist ohnehin sicher, das Rennen zu machen. Die Parteien dürfen nämlich nur ins Parlament einziehen, wenn sie in den 48 Wahlkreisen für 448 Abgeordnete über acht Prozent der abgegebenen Stimmen kommen. Bleibt eine Partei unter acht Prozent, fallen ihre Stimmen der siegreichen Partei zu, also doch wohl den Nationaldemokraten.

Da die Wahlregister oft noch aus dem Jahr 1956 stammen, wurden sie zwar überarbeitet, jedoch bekam nur derjenige eine neue Wahlkarte, der sich darum bis zum Dezember vergangenen Jahres bewarb. Wer jetzt keine Wahlkarte hat, bekommt auch keine mehr und darf nicht wählen. Dr. Gomaa: „Mit diesem Trick will die Regierung vor allem den Wafd treffen, denn wir wurden ja erst im Januar wieder zugelassen, und im Dezember vorher gab es die Wahlkarten." Er rechnet, daß dadurch höchstens acht der etwa 24 Millionen Wahlberechtigten zur Urne gehen werden.

Der „tote Asylant" ist kerngesund

Von ACHIM REMDE

„Das Leben ist hier die Hölle. Hinrichtungen und Lynchjustiz sind an der Tagesordnung. Ich muß mich verstecken, um der Verhaftung zu entgehen", schrieb der abgewiesene Asylbewerber David Aboagye nach seiner Abschiebung nach Ghana seinen Freunden in der Bundesrepublik. Dann kam ein Brief seiner Frau: David sei verhaftet und hingerichtet worden.

Entsprechende Berichte in der westdeutschen Presse schreckten die Ghanaische Botschaft in Bonn auf, die um das Ansehen Ghanas fürchtete. Auf ihre Initiative hin wurden die Behörden im Heimatland aktiv und fanden Aboagye schließlich in Mbrom in der Nähe von Kumasi lebendig und wohlauf. In einer Pressekonferenz in Ghanas Hauptstadt Accra präsentierten sie ihn der Öffentlichkeit. Niemand habe ihn nach seiner Rückkehr nach Ghana belästigt, er sei keinerlei Verfolgungen ausgesetzt gewesen und habe dies alles nur erfunden, um von seinen Freunden in Deutschland Geld zu erhalten, erklärte Aboagye. Vom Brief seiner Frau wußte er nichts. Er hatte inzwischen eine neue Frau.

Ein Gaunerstück, dem Vertreter einer liberaleren Asylpraxis in der Bundesrepublik zum Opfer gefallen sind? So sieht es Ghanas Botschafter in der Bundesrepublik, der am Dienstag in Bonn der Presse Fotos vom Auftreten Davids in Accra präsentierte. „Der größte Teil der Asylbewerber aus Ghana sind Wirtschaftsflüchtlinge", sagt er. Seit Fliegerhauptmann Jerry Rawlings in Ghana Anfang 1982 die Macht übernahm, haben 6000 Ghanaer in der Bundesrepublik um Asyl nachgesucht.

Die ebenfalls erschienenen Vertreter der Aktionsgemeinschaft gegen Asyl und Abschiebepraxis sehen es anders: Sie fordern einen generellen Abschiebestopp für Asylbewerber aus Ghana, da – so erklären sie unter Berufung auf Presseberichte – das Rawlings-Regime in eklatanter Weise die Menschenrechte verletze. Es sei auch gar nicht sicher, daß der in Accra präsentierte Ghanaer tatsächlich David gewesen sei. Dies ließe sich nur anhand der Fingerabdrücke feststellen. Mit ihrer Forderung, eine internationale Kommission zur Untersuchung des Falles Aboagye nach Ghana zu entsenden, erklärte sich Botschafter Adusei-Poku sogleich einverstanden.

Doch nun könnten der Einsatz seiner deutschen Freunde und die Publizität, die sein Fall in der Bundesrepublik hat, für David schlimme Folgen haben. Gegen ihn ist in Ghana ein Verfahren wegen „Schädigung des Ansehens der Regierung" eingeleitet worden. Welche Art von Strafe darauf steht, war von Botschafter Adusei-Poku nicht zu erfahren. Botschafter Adusei-Poku: „Wenn man etwas behauptet, was man nicht beweisen kann, muß man die Folgen tragen."

Richard von Weizsäcker zur WELT: Die Parteien sind nicht schlechter als die Gesellschaft im ganzen

Vorsorgen, doch die Zukunft nicht verstaatlichen

● Fortsetzung von Seite 1

vor allem auch, daß die Menschen in Ost-Berlin und der DDR den Wunsch einer sichtbaren Verbindung besser erfüllt bekommen, als wenn wir einer Abgrenzung von drüben eine Abgrenzung von unserer Seite gegenüberstellten.

WELT: Haben Sie nach Ihren Besuchen drüben den Eindruck, daß wir in Westdeutschland genug über die wirklichen Lebensumstände und das Lebensgefühl der Menschen drüben wissen?

von Weizsäcker: Das ist leider ganz unterschiedlich bei uns. Wir haben einige Bevölkerungsteile, die sich intensiv damit befassen, und wenn jemand nach drüben fährt, stellt er zu seinem eigenen Erstaunen fest, wieviel ihn das angeht, was er dort erfährt. Wie sehr er auf Quellen stößt, aus denen er bewußt oder unbewußt auch selber lebt in bezug auf unsere Kultur und Geschichte. Aber es gibt ohne Zweifel viele Menschen bei uns, die über die Lebensbedingungen und die Denkweise der Menschen in der DDR so gut wie nichts wissen. Natürlich tragen die Reisebeschränkungen dazu bei.

> „Es gibt viele Menschen bei uns, die über die Lebensbedingungen und die Denkweise der Menschen in der DDR so gut wie nichts wissen."

Wenn eine Familie mit Kindern für einen Besuch in der DDR pro Tag 100 Mark bezahlen muß, dann muß sie schon gut situiert sein, um sich einen Aufenthalt von etwas längerer Dauer finanziell leisten zu können. Insofern ist die Rückkehr zur verabredeten, von der DDR dann als innerstaatlicher Akt vollzogenen Regelung des Mindestumtausches wichtig.

WELT: Nehmen Sie das Wort Wiedervereinigung in den Mund?

von Weizsäcker: Das Wort Wiedervereinigung halte ich für völlig legitim und historisch wohlbegründet. Das Ziel, um das es geht, ist, bei unseren Nachbarn das Gefühl dafür lebendig zu halten, daß den Deutschen, wie auch anderen Völkern, in der geschichtlichen Perspektive das Recht auf Selbstbestimmung nicht versagt werden darf. Ebenso geht es darum, den Deutschen die historische Erfahrung nahezubringen, daß die Regelung der staatlichen Struktur in der Mitte Europas – und das heißt in erster Linie: die Regelung der staatlichen Form der Deutschen – eine Frage ist, welche die Deutschen nicht ohne und gegen die Nachbarn lösen können.

WELT: Sie haben dieser Tage gesagt, daß Sie im höchsten Staatsamt bereit seien, alles zu tun, was den Menschen in beiden Teilen Deutschlands diene, und Sie seien auch bereit zu einer Reise nach drüben. Gibt es für Sie Umstände, so wie sie es für Bundespräsident Carstens gegeben hat, die eine Reise nach drüben unmöglich machen können?

von Weizsäcker: Ich glaube, daß Bundespräsident Carstens den Wunsch hatte, in die DDR zu fahren – wie ich auch. Er – und so werde auch ich es halten – hatte nicht die Absicht, politische Alleingänge zu machen.

WELT: Herr von Weizsäcker, Sie treten das Präsidentenamt in einer Zeit an, die von Krisen umwittert ist. Welchen Beitrag wird der Bundespräsident leisten können, um die Schwierigkeiten zu meistern?

von Weizsäcker: Daß wir ernste Fragen vor uns haben, darüber gibt es keinen Zweifel. Das Amt des Präsidenten ist nicht dazu da, seinerseits die Probleme exekutiv zu lösen, es ist aber dazu da, daran mitzuwirken, daß die Institutionen des Staates die Freiheit der Bürger und ihrer Gesellschaft sichern und das Gemeinwohl durchsetzen können – auch dort, wo das mit Belastungen, Opfern, manchmal sogar auch mit umgekehrt eingestellten Wünschen verbunden ist.

WELT: Zum Beispiel?

von Weizsäcker: In der Innenpolitik finde ich das Wichtigste, daß wir einen Gemeinwohlstaat haben, der nicht die Zukunft zugunsten der Gegenwart vernachlässigt. Das gilt für die soziale Sicherheit, den Generationen-Vertrag, die Bevölkerungsentwicklung ebenso wie für das Gleichgewicht im Haushalt der Natur. Nach außen ist unsere wichtigste Aufgabe, den Frieden in einer Form zu erhalten, die unsere Freiheit unangetastet läßt und uns die Möglichkeit bewahrt, für die Freiheit auch derjenigen Deutschen einzutreten, die ihre Stimme nicht selber erheben können.

WELT: Halten Sie die politische Ordnung unserer Republik für aufnahmefähig und gestaltungsfähig genug, um mit den nunmehr eruptiven sozialen Prozessen fertig zu werden?

von Weizsäcker: Unsere Demokratie hat sich in vier Nachkriegsjahrzehnten in dem Sinne bewährt, daß sie ihre Lernfähigkeit immer von Neuem unter Beweis zu stellen hatte. Es geht uns um die Bewahrung des Bewährten und um die Kraft seiner Weiterentwicklung, seiner Reform mit friedlichen Mitteln.

Wenn wir den Respekt vor den Regeln des Rechts im Umgang miteinander hegen, dann haben wir in unserer Demokratie die menschenmöglich beste Form, neue Herausforderungen zu bestehen und ihnen zu begegnen. Fehler werden dabei gemacht, Verspätungen treten ein. Protestbewegungen und Bürgerinitiativen sind Ausdruck von Mängeln, die ernst genommen werden müssen.

WELT: Auch wenn Sie mit revolutionärem Gehabe auftreten?

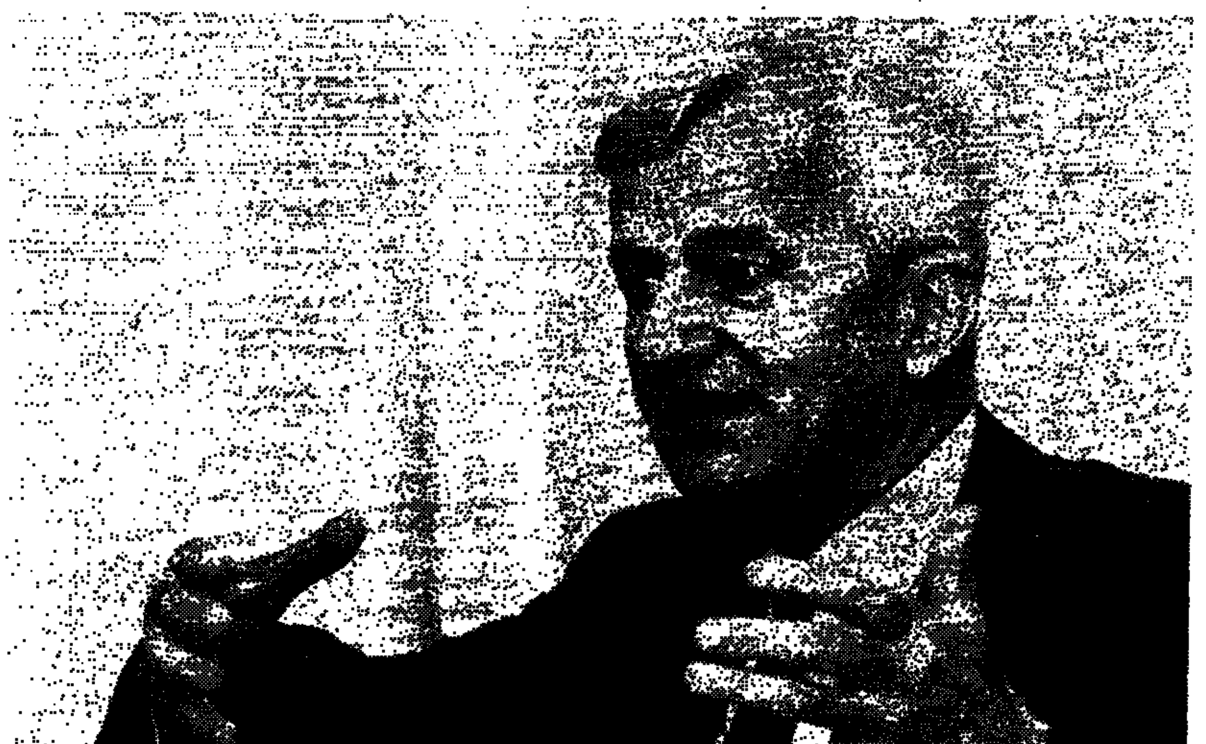
von Weizsäcker: Ich finde, wenn von einem Mangel oder einem Mißstand öffentlich die Rede ist, dann sind wir doch schon dabei, zu lernen, daß wir ihn abstellen müssen. Es war für den Wald viel gefährlicher, als noch niemand – weder ein Politiker noch ein Wissenschaftler noch ein Journalist – von der Gefahr des Waldsterbens gesprochen hat. Jetzt diskutieren wir intensiv, und das ist doch der Anfang einer energischen Inangriffnahme dieses Themas.

WELT: Stellen Sie das Attest der Lernfähigkeit auch den Parteien aus?

von Weizsäcker: Die Parteien sind nicht besser und nicht schlechter als die Gesellschaft im Ganzen. Parteien neigen dazu, ihre Zuständigkeit und Einflußnahme immer weiter auszudehnen. Parteien unterliegen aber auch mehr als alle anderen Einrichtungen in unserer Gesellschaft der öffentlichen Beobachtung und Kritik. Letzteres finde ich gut; denn es geht ja nicht darum, gegen die Parteien Front zu machen oder den untauglichen Versuch zu unternehmen, in der modernen freiheitlichen Massendemokratie ohne Parteien auskommen zu wollen. Das Entscheidende ist vielmehr, ihre Mängel zu erkennen und so gut wie möglich abzustellen.

WELT: Was kann der Bundespräsident helfend tun?

von Weizsäcker: Das Amt des Präsidenten verstehe ich nicht als ein Amt, welches in dem Sinne überparteilich ist, daß es gegen die Parteien gerichtet wäre. Dieses Amt lebt in der Parteiendemokratie. Es nimmt jedoch nicht in einem parteiischen Sinne Partei. Und es soll sich an dem Versuch beteiligen, die Parteien zu verbessern, ohne der Illusion nachzuhängen, als könnten wir unsere freiheitliche Ordnung ohne Parteien bewältigen. Im übrigen ist es gut, wenn Kritik an Parteien laut wird. Am besten ist es, wenn der, der die Kritik übt, hineingeht in eine Partei und sie von innen her verbessert, statt von außen her zu schimpfen.



Richard von Weizsäcker FOTO: DIE WELT

WELT: Ist das ein Wort an die jungen Bürger?

von Weizsäcker: An jung und alt.

WELT: Sie treten Ihr Amt mit einem denkbar breiten Konsensus an. Was werden Sie als Bundespräsident unternehmen, um diesen Konsensus weiter zu fördern?

von Weizsäcker: Ich bin dankbar für viele persönliche, auch enge Bindungen zu Politikern in allen Parteien. Gespräche mit allen Lagern ständig zu pflegen, ist unabdingbare Voraussetzung für das Präsidentenamt. Was das Verhältnis der Parteien untereinander betrifft, so möchte ich dazu einiges sagen. Erstens: Ich glaube nicht, daß die Konfrontation unter den Parteien und Parteilagern unser Hauptproblem ist. Sie kämpfen um den Wahlsieg, und die Regierungsverantwortung, um die politische Macht, und das ist ihr völlig legitimer Auftrag. Sie schlagen unterschiedliche Lösungsmodelle vor, stehen damit im Wettbewerb.

> „Der politische Wettbewerb zwischen den Parteien bedarf der Ergänzung dessen, was wir für die Zukunft zu planen haben."

Aber das Hauptproblem besteht darin, daß manchmal Außenstehende den Eindruck haben, daß die Parteien trotz ihrer Konflikte untereinander in Wirklichkeit gewissermaßen nur einen Teil der Gesellschaft darstellen, gegenüber einem anderen Teil, der sich von allen Parteien ungenügend repräsentiert fühlt. Der politische Wettbewerb zwischen den Parteien bedarf der Ergänzung dessen, was wir für die Zukunft zu planen haben. Das ist ein Erfordernis, das sich an die Adresse aller Parteien richtet und weniger mit dem Streit zwischen den Parteien zu tun hat.

WELT: Aber dabei geht es doch um die Durchsetzung dessen, was für die Zukunft notwendig ist?

von Weizsäcker: Ja, und damit komme ich zum zweiten Punkt: Mehrheit und Minderheit bedürfen der Übereinstimmung in den Regeln der freiheitlichen Verfassung. Die Minderheit muß akzeptieren, daß von der Mehrheit entschieden wird. Die Mehrheit muß sich darum bemühen, die Minderheit von der Legitimität einer Mehrheitsentscheidung wirklich zu überzeugen. Es genügt nicht, daß die Mehrheit bis 51 Prozent zählt; die Mehrheit hat den Regierungsauftrag für die ganze Bevölkerung und nicht nur für ihre eigenen Wähler. Deswegen ist es notwendig, daß die jeweilige Minderheit nicht unter dem Eindruck steht, von Mehrheitsentscheidungen betroffen zu werden, die ihr – der Minderheit – quasi die Existenzgrundlage raubt, sie an den Rand einer Ausbürgerung oder gar in eine andere Republik treibt. Weimar ist nicht daran zugrunde gegangen, daß es zu früh zu viele Nazis gegeben hat, sondern das es zu lange zu wenige Demokraten gegeben hat, die sich dessen bewußt waren, daß ihr Streit untereinander nicht so wichtig war wie die gemeinsame Verteidigung der freiheitlichen verfassungsmäßigen Grundlage.

WELT: Meinen Sie damit die Ausübung von geistiger Führung?

von Weizsäcker: Ich habe mich an Debatten über dieses Thema in den letzten zwölf Jahren öfters beteiligt. Geistige Führung ist nicht der Auftrag der politischen Führung. Aber der Auftrag der politischen Führung ist, der Öffentlichkeit klar und verständlich zu machen, welchen eigenen geistigen und sittlichen Grundlagen man sich selber bei politischen Entscheidungen verpflichtet fühlt. Mit anderen Worten: Ich habe nicht in einer pluralistischen Demokratie vorzugeben, was der einzelne Bürger für das Wahre, Gute und Schöne zu halten hat. Aber ich habe mich auch nicht darüber auszuschweigen, was mein eigener Maßstab, was mein eigener Glaube ist.

WELT: Der Bundespräsident gilt vielen Bürgern als das „Staatsgewissen". Werden Sie den handelnden Politikern ins Gewissen zu reden haben?

von Weizsäcker: Gäbe es in unserer Demokratie nur ein Verfassungsorgan als Staatsgewissen, dann sähe das ja im Umkehrschluß so aus, als würde die Legislative, die Exekutive oder die Judikative davon befreit sein, was sie natürlich nicht sind und nicht sein wollen. Wer politische Verantwortung trägt, den Bundespräsidenten eingeschlossen, der muß sich und anderen über die Bedeutung und Redlichkeit seines politischen Gewissens Rechenschaft geben. Er muß für die Integrität im politischen Beruf immer von Neuem eintreten, dies gegebenenfalls im Einzelfall auch zur Sprache bringen. Das wird mit zu den Aufgaben des Präsidenten gehören.

WELT: Wie läßt sich Ihre Überzeugung in Begriffen ausdrücken: christlich, liberal, sozial?

von Weizsäcker: Eine Überzeugung ist in einem Leben vorzuführen, sie ist nicht auf eine Flasche von Begriffen zu ziehen. Wenn ich vom christlichen Bild des Menschen ausgehe, dann meine ich damit eine Überzeugung und eine Anforderung, die ich an mich selbst stelle, nicht an andere. Niemals darf ich die eigene politische Überzeugung mit der absoluten Wahrheit verwechseln. Der Christ verfügt nicht über die absolute Wahrheit. Wir sprechen in der christlichen Ethik davon, daß wir im „Vorletzten" uns der Welt, der sozialen Gerechtigkeit, dem Frieden nach besten Kräften zu widmen haben, ohne diese unsere Aufgabe im „Vorletzten" mit den letzten Fragen und mit den letzten Antworten zu verwechseln. Ich halte das für sehr wichtig; denn wer meint, er besitze die absolute Wahrheit und könne von Menschenhand das Paradies auf Erden schaffen, der ideologisiert seine Position und wird schließlich zum Tyrann gegenüber anderen bei der Verwirklichung dessen, was er für die absolute Wahrheit hält.

WELT: Sie haben an anderer Stelle gesagt, daß Sie eine deutliche Sprache führen wollen, wenn es um die Zukunftsfragen unseres Staates geht?

von Weizsäcker: Unser staatliches und soziales System hat die Tendenz entwickelt, dem einzelnen die Gedanken und die Sorgen für die Zukunft abzunehmen, diese Fragen gewissermaßen zu verstaatlichen und den einzelnen, der viele Steuern und Sozialabgaben leistet, mit seinen Gedanken und seinen Tätigkeiten voll der Gegenwart zu überlassen. Wir sollten in unserer freien Gesellschaft immer wieder davon ausgehen, daß zunächst jeder die Verantwortung für sich und seine Familie, seine Nachbarn, selbst übernehmen und nicht auf andere abwälzen soll. Wer z. B. Kinder hat, soll sie zunächst selber erziehen. Wo es die Eltern nicht können, muß die Gesellschaft, muß der Staat einspringen. Doch der Staat soll nicht von vornherein den Eltern die Verantwortung abnehmen.

WELT: Wo setzen Sie weitere Schwerpunkte?

von Weizsäcker: Die Zukunftsvorsorge betrifft den gesamten Bildungsbereich und die berufliche Aussicht, die dem jungen Menschen geboten werden kann. Nehmen Sie unsere bildungspolitische Situation heute. Dem Ziel der Chancengleichheit ohne Rücksicht auf Herkunft, Horizont und Mittel der eigenen Familie sind wir ein wesentliches Stück näher gekommen. Heute haben wir es aber mit Chancenungleichheit zwischen Generationen zu tun. Junge Menschen mit abgeschlossener Berufs- oder Universitätsausbildung im Alter zwischen 25 und 35 Jahren haben es heute spürbar schwerer als eine vor ihr liegende Altersgruppe.

> „Ich habe nicht in einer pluralistischen Demokratie vorzugeben, was der einzelne Bürger für das Wahre, Gute und Schöne zu halten hat."

Weiter: Die gesamte Umweltdiskussion ist ja nichts anderes als der notwendige Erkenntnisprozeß langfristiger Zukunftsentwicklungen. Und schließlich ist die Aufgabe der freiheitlichen Friedenssicherung nach außen auch nichts anderes als eine langfristige Zukunftsaufgabe im Verhältnis zu allen anderen Nachbarn.

WELT: Gibt es unter den bisherigen Bundespräsidenten einen, der für Sie in besonderem Maße ein Leitbild darstellt?

von Weizsäcker: Ich möchte von den fünf Amtsvorgängern hier keinen im Gegensatz zu den anderen nennen. Jeder von ihnen war eine ganz eigenständige Persönlichkeit. Alle haben sie ihr Amt mit Recht durchaus politisch verstanden und praktiziert, aber jeder auf einem ganz anderen Weg. Ich denke, daß ich die Reihe der untereinander nicht wirklich vergleichbaren Individualitäten fortsetzen werde.

WELT: Darunter befand sich auch ein sehr politischer Bundespräsident, der die Große Koalition zu seiner Lebensaufgabe gemacht zu haben schien?

von Weizsäcker: Ich weiß nicht, ob man es so sagen kann. Daß er die Große Koalition für eine nicht auszuschließende, sondern durchaus der Erprobung würdige Lösung hielt, ist allseits bekannt. Aber er hat sich nicht zum Bundespräsidenten wählen lassen, um die Große Koalition zustande zu bringen, sondern um dem Amt des Bundespräsidenten Genüge zu tun. Und das hat er auch getan.

„Kommt Lothar Lutze bald auf freien Fuß?"

Noch kein „DDR"-Agent war solange in Haft wie er

WERNER KAHL, Bonn

So lange wie Lothar Erwin Lutze mußte noch kein Spion in einem Gefängnis der Bundesrepublik einsitzen. Günter Guillaume, Ost-Berlins „Maulwurf" im Bundeskanzleramt, wurde 1981 nach sieben Jahren und fünfeinhalb Monaten ausgetauscht; Heinz Felfe, von den Russen in den Bundesnachrichtendienst (BND) eingeschleuster ehemaliger SS-Offizier, kam 1969 nach sieben Jahren und drei Monaten frei.

Jetzt wurde dem Düsseldorfer Oberlandesgericht der Fall des zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilten ehemaligen Spitzenagenten im Bundesverteidigungsministerium, Lutze, vorgelegt. Hat der Agent, von dem die Abwehr behauptet, er sei gefährlicher als Guillaume gewesen, Anspruch auf Strafaussetzung zur Bewährung nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Haft? Dann müßte er am 2. Juni aus der rheinischen Haftanstalt Geldern wegen „guter Führung" entlassen werden.

Bevor der Spionageprozeß gegen den 1976 verhafteten Agenten überhaupt begonnen hatte, rechnete er schon mit einem Austausch. In dieser Erwartung wurde er durch die Tauschpraxis bestärkt, die seit Anfang der siebziger Jahre stillschweigend zwischen Ost-Berlin und Bonn geübt wurde. Die damalige Bundesregierung schob Agenten ohne Prozeß in den Osten ab, während die „DDR" weiterhin Höchststrafen verhängte und verurteilten Bürgern der Bundesrepublik nach wie vor die härtesten Haftbedingungen auferlegt. An die rasche Abschiebung erinnern die Fälle des ehemaligen Funktionärs im Düsseldorfer DGB-Vorstandssekretariat, Gronau, und der Bonner Agentenführerin Ingeborg Weber (Deckname Liane Lindner).

Der 41jährige Lutze war Angestellter des Rüstungsreferates im Verteidigungsministerium und Mitglied eines siebenköpfigen Spionageringes. Am 2. Juni befindet er sich acht Jahre in Haft. Es gibt zwar keine spezielle Strafvollstreckungsordnung für Agenten, dennoch hat das Oberlandesgericht Düsseldorf eine eigene Rechtsprechung entwickelt. Nach Ansicht des Staatsschutzsenates, vor dem die wichtigsten Spionageprozesse – von Ausnahmen abgesehen – verhandelt wurden, kommen Agenten nicht in den Genuß der Zweidrittel-Regelung. Eine Strafaussetzung zur Bewährung könne nicht befürwortet werden, so beschied das Gericht frühere Antragsteller, weil anzunehmen ist, daß der Spion nach der Haftentlassung sofort von seinen Auftraggebern ausgefragt wird und sich wieder straffällig macht. Es werde Wissen preisgegeben, das wegen der Verhaftung nicht mehr übermittelt werden konnte.

Der Agentenring um Lutze spähte die lang-, mittel- und kurzfristige Bundeswehrplanung aus und informierte über Stärken und Schwächen der Streitkräfte.

Daß Lutzes Bonner Anwalt, Olaf Kiesewetter, jetzt versicherte, sein Mandant verfüge über „kein aktives Wissen", da er lediglich Akten kopiert hätte, konnte die Bundesanwaltschaft bei ihrem ablehnenden Bescheid nicht umstimmen. Bei einem negativen Gerichtsbeschluß bietet sich für Lutze – wie für seine 1981 ausgetauschte Frau – nur noch der Agententauschmarkt an.

Grüne ernteten mit ihrem Antrag bei den „Wahlmännern" nur Heiterkeit

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß näherte sich im Eingang der Bonner Beethovenhalle eine kleine Dame in weißer Bluse und graugestreiftem Rock: „Ich möchte Sie als Landsmann begrüßen - ich kenne Sie, aber Sie kennen mich nicht." Strauß fiel auf: „Ja, Sie, das geht den meisten Menschen so." Die Dame: „Ich bin die zweite Kandidatin." Der Ministerpräsident: „So, ja dann ..." Ein kurzer Händedruck, ein paar Worte im Gewühl.

Vier Stunden später hört die Dame, Frau Luise Rinser, daß ihr 68 von 1040 „Wahlmännern" der Bundesversammlung zugetraut haben, das Amt des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen. Ein Strauß Blumen für sie liegt bereit, der Respekt für die Kandidatur wird von dem Mann, der 832 gültige Stimmen auf sich vereinigte, in aller Form ausgesprochen, dann geht die kleine Dame in der Menge unter - ein politisches Schicksal mehr in der Masse politischer Schicksale vieler politischer Generationen, die sich hier zur Wahlhandlung versammelt hatten und deren Treffen dieser Wahlvormittag eigentlich gewesen ist.

Bundeskanzler Helmut Kohl war zusammen mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher vor Beginn der Bundesversammlung in der Bonner Stiftskirche, die gerade hundert Jahre alt geworden ist, zum Gottesdienst gewesen. Dann waren die beiden Herren zu Fuß in ein Cafe am Bonner Marktplatz gegangen und hatten sich für die verbleibende Zeit vor dem großen Ereignis in der Beethovenhalle in aller Ruhe mit Kaffee und Kuchen gestärkt. Jetzt, nachdem der eigentliche Wahlvorgang mit dem „ewigen Ersten", dem CDU-Abgeordneten Manfred Abelein, begonnen hat, mischt sich der Bundeskanzler in die große Stehparty in allen Räumen der Beethovenhalle. Im Gespräch mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth fällt ihm auf, daß „das Hamburger Nachrichtenmagazin" ganz nahe dabei „auf Empfang gegangen" ist. Kohl zu Späth: „Du, mit denen habe ich jetzt fast zehn Jahre lang nicht mehr gesprochen. Die sind schon ganz ausgetrocknet. Aber wenn der zehnte Jahrestag jetzt kommt, dann lade ich die alle mal zum Essen ein."

Die gute Laune, die diesen Wahlvormittag in Bonn von Anfang an begleitet, war durch ein gemeinsames Gelächter ausgelöst worden. Nachdem Bundestagspräsident Rainer Barzel um zehn Uhr die Sitzung eröffnet hatte, vor sich in der ersten Reihe rechts Richard von Weizsäcker neben dem Bundeskanzler, dem Sozialminister Norbert Blüm zur Rechten saß, hatte die Abgeordnete der „Grünen", Erika Hickel, einen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt. Am Mikrofon auf dem Perserteppich vor den mit grünem Stoff bezogenen Tischen des Präsidiums forderte Frau Hickel, daß es jedem Mitglied des Wahlgremiums gestattet sein müsse, persönliche Erklärungen zu dieser Bundespräsidentenwahl abzugeben, außerdem müsse es die Möglichkeit geben, jeden Kandidaten zu befragen, ob er in die Spendenaffäre verwickelt sei. Noch am Mittwochvormittag hatten die „Grünen" Richard von Weizsäcker brieflich aufgefordert, über einen Spendenvorgang von 1972 von einmal 5000 und einmal 25 000 Mark Auskunft zu geben.

Der Antrag wurde, nachdem die Forderung zur Massendebatte große Heiterkeit ausgelöst hatte, vom amtierenden Präsidenten in aller Form und ernsthaft durch Abstimmung mit Handaufheben abgelehnt.

Damit war dann für fast vier Stunden auch die Pflicht zur Präsenz im Saal aufgehoben. Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, der mit einem von der „Financial Times" umhüllten Zeitungsberg in der Hand verspätet eingetroffen war, führte entspannte Diskussionen mit den FDP-Chefs Wolfgang Mischnick und Dieter Julius Cronenberg. Ex-Familienminister Antje Huber ließ sich zum 60. Geburtstag gratulieren, und Franz Josef Strauß kam dem niedersächsischen Minister Wilfried Hasselmann zu Hilfe, der wegen seines grauen Scheitels und seiner Statur mit dem künftigen Bundespräsidenten von Weizsäcker verwechselt wurde und sich der Autogrammwünsche gar nicht mehr glaubhaft erwehren konnte. Erschwerend war dabei, daß Autogrammwünsche nicht vom sparsam vertretenen eingeladenen „Volk" kamen, sondern aus den Reihen des Wahlgremiums.

Hoch von der Ehrentribüne herab beobachtete Richard von Weizsäckers Familie die Szene, Frau von Weizsäcker im weißen Kostüm, die Söhne Robert und Fritz und die Tochter Marianne an ihrer Seite mit sehr verhaltenem Stolz. Alt-Bundespräsident Walter Scheel mit Frau Mildred konnten von der anderen Seite der gleichen ersten Reihe her wichtige Tips für die Praxis der kommenden Monate geben. 13.15 Uhr: Der neue Bundespräsident steht auf dem Podium, er hat die Annahme der Wahl bestätigt, den Beifall mit hocherhobenem Kopf entgegengenommen.

Draußen am Ausgang verkauft jemand Bücher aus den Federn von Frau Rinser und Herrn von Weizsäcker. Die Weizsäcker-Bücher gehen besser weg.

Mehrheit der Deutschen fühlt sich gesund

Allensbach-Umfrage: Die Patienten sind vernünftig

PETER JENTSCH, Bonn

Unser engmaschiges Gesundheitssystem ist nach dem Urteil von Experten zwar erfreulich gut, aber betrüblich teuer. Die Sorgen um die künftige Finanzierbarkeit werden ständig größer. Unter dem Primat der Kostendämpfung bemühen sich Politiker und Ärzte, Krankenhäuser und Pharmaindustrie zur Zeit, unter Abwägung von Nutzen und Risiko Lösungen für das Finanzierungsproblem zu finden. In der Diskussion ist zum Beispiel wieder eine Erweiterung der Negativliste, die die Behandlung von geringen Befindlichkeitsstörungen auf Kassenkosten ausschließt. Dieses Problem wird heute auch auf der Hauptversammlung des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie in Bremen erörtert.

Unterdes handelt der Patient, um den sich alles dreht, längst vernünftig und auch kostendämpfend im Sinne der Solidargemeinschaft.

Leichte Beschwerden werden heute von den Patienten, so urteilen selbst Mediziner, erstaunlich richtig erkannt, bewertet und behandelt. Es sind dies die kleinen Mißbefindlichkeiten, die im Bereich zwischen totalem Wohlbefinden und arztbedürftiger Krankheit liegen. Und das betrifft, so ermittelte das Institut für Demoskopie, Allensbach, rund 60 Prozent der Bevölkerung – etwa fünf Millionen mehr als vor 30 Jahren.

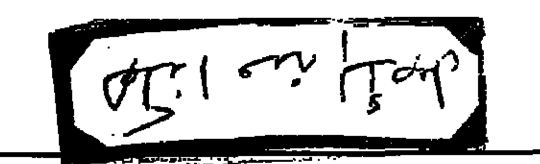
Auf die von Allensbach gestellte Frage „Wie würden Sie im großen und ganzen Ihren Gesundheitszustand beschreiben?" antworteten 19 Prozent „sehr gut", 41 Prozent „ziemlich gut", 34 Prozent „es geht", fünf Prozent „ziemlich schlecht" und ein Prozent „schlecht".

Jedes Prozent entspricht knapp einer halben Million Erwachsener. Bei einer ähnlichen Erhebung im Jahre 1955 bewerteten nur 31 Prozent der Befragten ihren Gesundheitszustand als „ziemlich gut", aber elf Prozent als „schlecht". Die Entwicklung spricht für das Verhalten und die Selbstverantwortung der Bürger bei Alltagsbeschwerden. Wären sie bereits beim geringsten Anlaß, bei jeder Bagatellerkrankung zum Arzt gegangen, so lägen die Kosten für die ambulante ärztliche Behandlung und für die Arzneimittelaufwendungen der Kassen um rund 20 Prozent höher.

Nach Allensbach wertet der Bürger Krankheiten, deren Ursache erkennbar ist, die nicht allzu lange andauern und das Wohlbefinden nicht allzu stark beeinträchtigen, als „leichte Beschwerde". Folgende Krankheiten werden in unterschiedlicher Häufigkeit als „leicht" bewertet: Erkältungen und deren Symptome von 76 Prozent der Befragten, Kopfschmerzen von 48 Prozent, leichte Magen- und Darmbeschwerden von 35 Prozent und Kreuzschmerzen von 13 Prozent.

Bei all diesen Beschwerden suchen nur drei von 100 „Kranken" sofort einen Arzt auf. 42 Prozent behandeln sich selbst, und mehr als 50 Prozent warten erst einmal ab, ob die Beschwerde nicht von selbst abklingt.

So vernünftig die Mehrzahl der Deutschen zwischen Krankheit und leichter Beschwerde zu unterscheiden vermag, so eindeutig werden auch die Kompetenzen zugeordnet. Im Falle ernsthafter Krankheit hat in der Regel, so stellte Allensbach weiter fest, der Arzt das Vertrauen. Beim Kauf nicht rezeptierter Medikamente ist der Rat des Apothekers gefragt. Bei den Hausmitteln schließlich liegt die Familie als Empfehler mit 86 Prozent vorn.



Testet Moskau „Todestropfen" in Afghanistan?

dpa, London

Die Sowjetunion setzt bei ihrem Kampf gegen afghanische Widerstandskämpfer angeblich eine neue Art von Bomben ein, die nach dem Abwurf eine Flüssigkeit in einzelnen Tropfen freigeben. Bei Betreten oder Überfahren dieser vorher nicht sichtbaren Tropfen entwickele sich ein Feuer und setze sowohl Fahrzeuge als auch Menschen in Brand, berichtet das britische Magazin „Janes" in der jüngsten Ausgabe. Das Blatt beschäftigt sich mit Verteidigungsfragen.

Nach Darstellung des Blattes hat sich die Sowjetunion bereits im Sommer 1983 mit dem experimentellen Einsatz dieser neuartigen Waffe beschäftigt. Sie habe damit verhindert, daß Widerstandsgruppen sich im Land bewegen konnten. Über die Zusammensetzung dieser Flüssigkeit machte das Magazin keine Angaben. Die Bombe werde durch sowjetische Flugzeuge abgeworfen und explodiere etwa auf dem halben Weg zum Erdboden. Die dann freigewordenen Flüssigkeitstropfen könnten mehrere Monate auf dem Boden liegen. Erst wenn sie betreten oder überfahren würden, bilde sich das Feuer.

Durch die Verschmutzung der Straßen und durch die Bodenbeschaffenheit der einzelnen Wege sei diese Flüssigkeit auch kaum zu erkennen, heißt es weiter. Lastwagen, die mit dieser Flüssigkeit in Berührung kommen, würden komplett ausbrennen. Bei Überfahren einer Brükke durch ein erstes Fahrzeug könne die ganze Brücke abbrennen.

Appell an Warschau

AP, Bonn

Eine Delegation der „Schlesischen Jugend" hat gestern im Bundeskanzleramt eine Sammlung von 20 000 Unterschriften für einen Appell an Polen übergeben, den über eine Million Deutschen in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewähren. Die polnische Regierung soll ersucht werden, die etwa 200 000 vorliegenden Ausreiseanträge von Deutschen positiv zu entscheiden und die Anträge der Angehörigen von über 80 000 Deutschen zu genehmigen, die von einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland nicht zurückkehrten.

Eine Spionage-Affäre, die London peinlich ist

Bemühungen um Entspannung mit Moskau gestört

FRITZ WIRTH, London

Ein britischer Bankdirektor fiel am 17. Juni 1983 aus dem 12. Stockwerk seiner Wohnung am Leninski Prospekt in Moskau, und die Spätfolgen dieses Ereignisses wurden gestern offenbar. Die sowjetische Regierung verwies den Sicherheitsbeamten der britischen Botschaft, John Burnett, des Landes. Eine Woche zuvor hatte die britische Regierung dem Ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in London, Arkadi Gouk, zur „persona non grata" erklärt und den Marschbefehl gegeben.

Im frostklirrenden anglo-sowjetischen Verhältnis sind derartige diplomatische personalpolitische Revancheaktionen seit jenen Tagen vor 14 Jahren, als die Regierung Heath mit einem Schlag 102 sowjetischen Diplomaten und Handelsvertreter wegen Spionage-Verdachtes nach Hause schickte, kein Anlaß zum Staunen mehr.

In diesem Falle jedoch liegen die Dinge anders. Während London bisher die Ausweisung sowjetischer Diplomaten mit effektvoller Publicity begleitete, vollzog sich die Ausweisung des Arkadi Gouk fast diskret. Sie wurde für eine Woche geheim gehalten und erst dann zu einem öffentlichen Ereignis, als Moskau sich mit der Ausweisung des britischen Diplomaten Burnett rächte.

Der Grund für diesen Stilwandel: die gesamte Affäre ist der britischen Regierung peinlich. Sie paßt nicht ihre vor neun Monaten gestarteten Bemühungen hinein, das Verhältnis zu Moskau zu entspannen und die Ära der rhetorischen Konfrontation mit einer neuen Phase des Dialogs zu ersetzen. Zu diesem Stilwandel gehört der geplante Besuch des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe Anfang Juli in Moskau. Es gibt in London Befürchtungen, daß die Sowjets diese jüngste anglo-sowjetische Spionageaffaire als Vorwand benutzen könnte, den Besuch abzusagen. Die geplante Reise Howes ist der erste Moskaubesuch eines britischen Außenministers seit sechs Jahren.

Es begann im Juni 1983

Diese Spionageaffäre begann am 15. Juni des letzten Jahres, als der britische Bankdirektor Dennis Skinner, der seit 14 Jahren in Moskau lebte und mit Wissen des britischen Geheimdienstes Kontakte zum KGB unterhielt, die britische Botschaft alarmierte, da sein Leben in Gefahr sei. Es kam zu einem Gespräch mit dem Sicherheitsbeamten der britischen Botschaft, John Burnett, im abhörsicheren Raum des Botschaftsgebäudes, in dem Skinner erklärte, daß er in jedem Augenblick die Verhaftung durch die Sowjets befürchte. Außerdem enthüllte Skinner, daß er in jedem Augenblick die Verhaftung durch die Sowjets befürchte. Außerdem enthüllte Skinner, daß er überzeugt sei, daß es im britischen Geheimdienst in London einen für die Sowjetunion arbeitenden Agenten gebe.

48 Stunden nach diesem Gespräch war Skinner tot. Seine Leiche wurde vor seinem Haus in Moskau gefunden. Die Verletzungen ließen erkennen, daß er wahrscheinlich aus seiner Wohnung im zwölften Stock dieses Gebäudes gestürzt war. Irgendwelche Noten oder Abschiedsbriefe an seine Familie, die auf einen Selbstmord hindeuteten, wurden nicht gefunden.

In der letzten Woche wurde in London in einem medizinischen Untersuchungsverfahren, in dem auch der britische Diplomat Burnett verhört wurde, versucht, die Todesursache Skinners zu klären.

„Gesetzwidrig getötet"

Die Geschworenen kamen zu dem Verdikt, daß es sich nicht um Selbstmord handelte, sondern daß Skinner auf „gesetzwidrige Weise getötet" wurde. Eine Woche später verwiesen die Sowjets den Diplomaten Burnett, dessen Aussagen wesentlich zu diesem Verdikt beigetragen hatten, des Landes.

Inzwischen gibt es deutliche Anzeichen dafür, daß es sich bei dem von Skinner seiner Zeit erwähnten sowjetischen Agenten im britischen Geheimdienst um den britischen Geheimdienstbeamten Michael Bettaney handelt. Bettaney hatte versucht, sich den Sowjets als Spion anzudienen, hatte Kontakte mit dem Ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in London, Arkadi Gouk, aufgenommen und ihm einen Bericht über den britischen Wissenstand über die Aktivitäten des KGB in Großbritannien angeboten. Die Sowjets jedoch vermuteten eine Falle des britischen Geheimdienstes und gingen auf das Spionageangebot Bettaneys nicht ein. Im letzten Monat wurde Bettaney im Londoner „Old Bailay" zu 23 Jahren Haft verurteilt.

Iran hat Saudi-Arabien im Visier

Teherans Drohungen zielen auf die interne Stabilität in Riad / Eskalation im Golfkrieg

Von JÜRGEN LIMINSKI

In der westlichen Welt lassen sich die verantwortlichen Politiker wieder die Dossiers über die Rohölvorräte kommen. Die Vorräte reichen, anders als während der Krise 1979 für gut hundert Tage. Auch die Versorgung ist nicht direkt gefährdet. Ins Schwanken gekommen ist nur der Ölpreis. Er weist starke Tendenzen nach oben aus.Das hängt einesteils zusammen mit den gestiegenen Versicherungsprämien, zum anderen aber,und das dürfte der schwerwiegendere Grund sein , mit den Spekulationen um eine Ausdehnung des Golf-Krieges auf Saudi Arabien.

Die Spekulationen werden von den iranischen Revolutionären reichlich genährt.Nahezu täglich verlautet nun aus Teheran, der Krieg gegen Irak werde notfalls auf die ganze Welt erweitert, im Klartext: auf Saudi Arabien und die Staaten am Golf und in Europa, die den irakischen Feind materiell und finanziell unterstützen. Für Iran läuft in diesem Krieg die Zeit der Siegeschancen ab.Bagdad wird Ende des Jahres eine zweite Pipeline durch die Türkei in Betrieb nehmen und somit über frische Ressourcen zur Fortsetzung des Krieges verfügen. Außerdem ist die Rede von einer weiteren Pipeline durch Jordanien an den Golf von Akaba, eventuell mit einem Abstecher durch Israel an das Mittelmeer.Diese Rohrleitung wäre zwar vor zwei Jahren nicht betriebsfertig, verleiht aber Irak bereits jetzt eine gewisse Kreditwürdigkeit,von der Bagdad schon heute profitieren könnte.

Iran muß daran gelegen sein, diese Ressourcen rechtzeitig zu verschütten und auch die anderen Finanzquellen zum Versiegen zu bringen.Da eine Blockade der Straße von Hormus aus politischen, militärischen und geographischen Gründen so gut wie ausgeschlossen ist (siehe WELT vom 12.5.),die Iraner sich vorerst auch selber wirtschaftlich nicht entleiben wollen (ihre Ölausfuhr passiert zu fast hundert Prozent die Meerenge) droht der Staat der Revolutionäre mit dem Exportartikel, der für sie am billigsten ist und weder Zollschranken noch Meerengen kennt: Terror.

Nach Einschätzung westlicher Diplomaten am Golf führen die Iraner in der Tat einen psychologischen Krieg , der allerdings mit terroristischen Aktionen gesteigert werden kann. Gegen Auseinandersetzungen dieser Art haben sich die Machthaber in Saudi Arabien bisher immer anfällig erwiesen. Das wirkliche Machtgefüge in Riad ist nur schwer zu durchschauen.Aber revolutionäre Eruptionen sind nach Ansicht von politischen Beobachtern immer möglich. Der Einsatz der saudischen Streitkräfte durch eine Einbeziehung in den Golfkrieg kann für die interne Entwicklung in den saudischen Palästen unvorhersehbare Folgen haben.

Materiell-militärisch ist Riad den Iranern überlegen. So hätte man auch den Angriff auf den saudischen Supertanker ohne weiteres verhindern können. Die AWACS-Frühaufklärung hatte die iranischen Maschinen auf ihrem Anflug rechtzeitig im Bild. Aber der Befehl zum Start der modernen Jagdflugzeuge kam erst , nachdem der Angriff geflogen,der Feind abgedreht und auch von den modernen Jägern nicht mehr eingeholt werden konnte.

Das Königshaus fürchtet die direkte Konfrontation mit den Revolutionären, weil diese in Terror und Sabotageaktionen auf dem arabischen Festland , ausgeführt von Selbstmordkommandos, umschlagen könnte. Riad versucht es deshalb vorerst mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln. So soll Tokio bewegt werden,weniger oder kein Öl mehr aus Iran zu importieren.Und so soll die Weltöffentlichkeit durch Blitzmeldungen und Interviews mit arabischen Potentatenvor allem von der internen Lage in Saudi Arabien abgelenkt werden.

Belgrader Philippika gegen die Kirche

Regimetreue Hetzreden wider eine „Konterrevolution der Prälaten und Popen"

C.GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Rede eines prominenten jugoslawischen KP-Politikers hat dieser Tage im In- und Ausland die besorgte Frage ausgelöst, ob Teile der jugoslawischen Führung nicht nur eine Massenverfolgung gegen oppositionelle Kreise anstreben , sondern auch einen neuen Kirchenkampf gegen den Katholizismus. Jakov Blazevic, Alt-Partisan, Mitglied des ZK der KP Jugoslawiens und ehemaliger Chef der Teilrepublik Kroatien, erklärte bei einer Feierstunde in Topusko (Kroatien), es seien in Jugoslawien „zu viele Schädlinge herangewachsen". Dichtes „Unkraut" habe sich dermaßen vermehrt, daß es nun das ganze Land vergiftet. Der Grund dafür, daß es soweit kommen konnte, liege in der Tatsache, „daß ihr (Kommunisten) es nicht abgemäht habt."

Mit diesem Vokabular, das an die schlimmsten Zeiten Stalins und seiner Säuberungen erinnert, leitete Blazevic seinen Vortrag zum 40. Jahrestag der Gründung des „Antifaschistischen Landesrates der Volksbefreiung in Kroatien ein.

Einige Leute, so charakterisierte Blazevic die innere Opposition im Lande, stellten das föderative System Jugoslawiens sowie die Kommunistische Partei in Frage. Diese Leute setzten die Errungenschaften der Revolution herab und richteten „grobe Angriffe" gegen die Fundamente des jugoslawischen Systems. „Die Feinde des Sozialismus erheben ihr Haupt," rief Blazevic. Diese Feinde hätten sich „unverhüllt" auf öffentlicher Szene zusammengeschlossen – und zwar „unter dem Banner der weltweiten Konterrevolution".

Der jugoslawische KP-Funktionär sprach von einer „Konterrevolution der Laizisten, Prälaten und Popen", die in Jugoslawien am Werk sei und gegen alles vorgehe, was die kommunistische Revolution geschaffen habe. Diese Kräfte verherrlichen den, wörtlich „„faschistischen Papst Pius XII" sowie den „Kriegsverbrecher Stepinac" (während des Zweiten Weltkriegs und danach Erzbischof und Kardinal von Zagreb).

In Jugoslawien gebe es eine „konterrevolutionäre, klerikal-nationalistische Zusammenarbeit", die im Lande „religiöse Hysterie und nationalen Haß" provoziere. Mit Hilfe ihrer „gewaltigen Kräfte" schreie die katholische Konterrevolution nach mehr Freiheit, um dann „noch frecher" das kommunistische System anzugreifen.

Schließlich kritisierte Blazevic offen den Vertrag, der 1966 zwischen dem Vatikan und der jugoslawischen Regierung abgeschlossen worden war. Durch dieses Protokoll hätten sich beide Seiten verpflichtet, der „unloyalen Aktivität" gewisser kirchlicher Amtsträger gegenüber dem kommunistischen Jugoslawien ein Ende zu bereiten. Der Heilige Stuhl habe diesen Passus des Vertrages aber nicht erfüllt.

Südkorea besteht auf Spielen 1988

dpa, Seoul

Südkorea ist nicht bereit, auf die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1988 zu verzichten. „Die Spiele werden wie geplant über die Bühne gehen", teilte Lie Jin Hie, der südkoreanische Minister für Kultur und Information, der internationalen Presse in Seoul mit.

Die Spekulationen über einen südkoreanischen Olympia-Verzicht oder die Bereitschaft zur Verschiebung um vier Jahre waren durch den von der UdSSR am 8. Mai verkündeten Boykott-Beschluß der Sommerspiele in Los Angeles ausgelöst worden. Südkorea wurde nach den Boykotten der Spiele 1976 in Montreal, 1980 in Moskau und jetzt in Kalifornien von vielen Sportpolitikern als ungeeignet angesehen, endlich einmal wieder boykottfreie Spiele auszurichten. Doch Verzicht oder Verschiebung sind nur auf freiwilliger Bais möglich.

Warschau hebt Rektorwahl auf

AP, Warschau

Zum zweitenmal innerhalb einer Woche haben die polnischen Staatsorgane die Wahl eines Universitätsrektors aufgehoben. Regierungssprecher Jerzy Urban gab auf einer Pressekonferenz in Warschau bekannt, Ministerpräsident General Jaruzelski habe am Montag die Wahl des früheren Beraters der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Professor Klemens Szaniawski, zum Rektor der Warschauer Universität annulliert. Szaniawski hatte am 9. Mai vom Wahlkollegium der Hochschule 204 Stimmen erhalten, sein Gegenkandidat, der derzeitige Rektor Kazimierz Dobrowolski, nur 66 Stimmen.

Urban erklärte, Professor Szaniawski habe nicht versprechen wollen, die Universität gemäß Geist und Buchstaben des Hochschulgesetzes zu leiten, in dem „der sozialistische Charakter" des polnischen Schulwesens verankert sei. Der Minister für Wissenschaft und Hochschulen, Benon Miszkiewicz, werde nach Ablauf der Amtszeit Dobrowolskis am 31. August einen Rektor der Universität Warschau ernennen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Gromyko sagt nein zu US-Vorschlägen

Auch Entwurf für weltweites Verbot chemischer Waffen abgelehnt / Genscher: Kreml blickt auf Ende1984



Bundesaußenminister Genscher beim Treffen mit Kreml-Chef Tschernenko FOTO: POLY-PRESS

BERNT CONRAD, Bonn

Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko hat in seinen Moskauer Gesprächen mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sämtliche Hinweise auf amerikanische Abrüstungsvorschläge global zurückgewiesen: „Das ist alles unseriös.“ Seine Ablehnung galt nicht nur Verhandlungen über Mittel- und Langstreckenraketen, sondern auch dem in Genf vorgelegten amerikanischen Entwurf für ein weltweites Verbot chemischer Waffen.

Genschers Schlußfolgerung lautete: Bis zur amerikanischen Präsidentenwahl wird sich nichts bewegen. Die Kreml-Führung blickt auf das Ende des Jahres 1984.

Keine plausible Antwort erhielt der Bundesaußenminister in Moskau auf die Frage, weshalb die Sowjets nicht auf das amerikanische Angebot zu Regierungsgesprächen über weltraumgestützte Abwehrwaffen (SDI) bereit seien. Tatsächlich ist in der sowjetischen Hauptstadt wieder klar geworden, daß der Kreml in der Frage der Weltraumwaffen mit polemischer Zielrichtung unterschiedliche Sachbereiche durcheinanderbringt. Sein Vorwurf, die Reagan-Administration wolle einen Rüstungswettlauf im Weltraum und lehne Rüstungskontrollverhandlungen darüber ab, geht an den Fakten vorbei.

Zu unterscheiden sind zwei Themen:

1. Die USA sind bereit, mit der Sowjetunion Regierungsgespräche über weltraumgestützte Abwehr-Raketenwaffen (SDI) zu führen. Moskau ist auf dieses Angebot jedoch bisher nicht eingegangen. Vor kurzem hielt sich ein prominenter sowjetischer Wissenschaftler in Washington auf, um mit amerikanischen Wissenschaftlern über die SID-Problematik zu diskutieren. Er lehnte aber jeden Kontakt mit amerikanischen Regierungsvertretern und auch eine Einladung von Außenminister George Shultz ab. Auf Genschers Drängen, dem amerikanischen Gesprächsangebot zu folgen, reagierte Gromyko ausweichend. Nach Bonner Ansicht haben die Sowjets hier noch keine endgültige Verhandlungskonzeption.

2. Im Bereich der sogenannten Killer-Satelliten (ASAT) wollen die Vereinigten Staaten zunächst mit den hier weit vorn liegenden Sowjets gleichziehen, bevor sie in Verhandlungen darüber eintreten. Darauf konzentrieren sich die sowjetischen Propagandaangriffe, während die SID-Frage von den Sowjets öffentlich nicht erwähnt wird.

Völlig unflexibel zeigte sich der sowjetische Außenminister auf dem Gebiet der vom Kreml abgebrochenen Genfer Raketen-Verhandlungen. Er beharrte unnachgiebig auf der sowjetischen Forderung, vor neuen Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen (INF) müßten die schon stationierten amerikanischen Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper wieder abgebaut werden. Als „Gegenleistung“ für einen Pershing-Abbau bot Gromyko den Abzug der in der „DDR“ und der CSSR neu stationierten sowjetischen Kurzstreckenraketen vom Typ SS 22 an. Doch das ist für die Bundesregierung unakzeptabel, weil damit das auf der SS 20 basierende sowjetische Mittelstreckenmonopol zementiert wäre.

In diesem Zusammenhang bezeichnen Bonner Experten den von dem früheren amerikanischen Abrüstungsbeauftragten Warnke auf dem SPD-Parteitag erneuerten Vorschlag einer Zusammenlegung der INF-Verhandlungen mit den Verhandlungen über strategische Nuklearraketen (START) als irreal, weil die Sowjets eine solche Zusammenlegung derzeit ablehnen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß die Sowjets auf lange Frist eher an einer Wiederaufnahme der START-Verhandlungen interessiert sind. Der Westen wird sich jedoch nur dann zu einem neuen START-Abkommen bereit erklären, wenn auch wieder über INF-Raketen verhandelt wird.

Nicht ganz unbefriedigend ist nach vorliegenden Informationen das abschließende Gespräch Genschers mit dem sowjetischen Parteichef Konstantin Tschernenko verlaufen. Zwar hat Tschernenko in der Sache keine anderen Positionen als zuvor schon Gromyko vertreten. Aber seine Reaktion auf ein beschwörendes Plädoyer des Bundesaußenministers für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen hinterließ bei Genscher und seinen Begleitern einen positiven Eindruck.

Der Bonner Vizekanzler berichtete dem Generalsekretär nicht nur über sein eigenes letztes Treffen mit Präsident Ronald Reagan, sondern schilderte auch ausführlich die Vorteile einer persönlichen Begegnung der beiden Spitzenpolitiker. Reagan und Tschernenko seien etwa gleichaltrige Männer mit großer Lebenserfahrung. Sie müßten eigentlich in der Lage sein, eine gemeinsame Gesprächsbasis zu finden. Überhaupt sollten die Sowjets nicht immer nur auf die Amerikaner schimpfen, sondern deren Gesprächsangebote ernst nehmen, um zum Wiederaufbau des Vertrauens beizutragen, sagte Genscher.

Auf Tschernenko blieb das offenbar nicht ohne Wirkung. Er meinte nach Genschers Ausführungen: „Wir nehmen Ihren Besuch sehr ernst. Wir haben jetzt sicher auf beiden Seiten etwas, worüber wir nachdenken sollten.“ Ein versierter Bonner Sowjetexperte bemerkte dazu, es bestehe keinerlei Anlaß zu irgendeiner Euphorie. Doch man könne hoffen, daß vielleicht im Gespräch mit Tschernenko ein kleines Samenkorn gelegt worden sei, das eines Tages aufgehe.

Gesundheitlich zeigte der 72jährige Nachfolger Andropows gewisse Schwächen: Er war wie immer etwas kurzatmig, hatte auch Schwierigkeiten beim Hinsetzen. Doch im ganzen gewannen Gesprächsteilnehmer den Eindruck einer aktiven und eigenständigen Gesprächsführung. „Tschernenko hat die Dinge unter Kontrolle. Das ist ganz deutlich geworden. Dennoch ist Gromykos Gewicht offensichtlich gestiegen“, hieß es in der Bonner Delegation.

Sehr dezidiert äußerte sich Genscher in seinen Gesprächen mit Gromyko und Tschernenko über den Fall Sacharow. Er bemühte sich, den Sowjets vor Augen zu führen, welch großes Gewicht die Behandlung des Nobelpreisträgers und seiner schwer herzkranken Frau in der internationalen Öffentlichkeit hat. Ebenso wie die EG-Außenminister in ihrer gemeinsamen Intervention drängte Genscher darauf, Frau Bonner einen Arzt ihrer Wahl an einem Ort ihrer Wahl zuzubilligen und Professor Sacharow zu gestatten, ausländische Einladungen anzunehmen. Offenbar berief sich Gromyko darauf, daß es sich dabei um eine interne sowjetische Angelegenheit handelte. Der Bundesaußenminister konterte mit dem Hinweis auf die KSZE-Schlußakte. Neben dem Fall Sacharow schnitt Genscher auch zahlreiche andere humanitäre Einzelschicksale an.

Großen Wert legte der Bonner Vizekanzler auch auf eine Ausweitung der von den Sowjets rigoros gebremsten Ausreise von Rußland-Deutschen. Der sowjetische Außenminister versicherte, seine Regierung entscheide nach wie vor in dieser Frage im Sinne der sowjetischen Gesetze. Wo die Gesetze es erlaubten, würden Ausreisegenehmigungen erteilt.

Abschied nach mehr als 30 Jahren: Hans-Joachim Reiche verläßt das ZDF

Wie ausgeglichen ist die Wirklichkeit?

Mit Hans-Joachim Reiche, Jahrgang 1921, verläßt Ende Juni einer der profiliertesten Fernsehjournalisten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Mit Ausnahme eines einjährigen Zwischenspiels als Chefredakteur der „Quick“ in den fünfziger Jahren war Reiche, diplomierter Volkswirt und neben Helmut Schmidt Assistent von Karl Schiller, immer an der vordersten Front des deutschen Nachkriegsrundfunks. Zunächst Reporter und Auslandskorrespondent des alten NWDR, ab 1952 beim Fernsehen. Von 1960 bis 1972 war er Chef der „Tagesschau“, seither Leiter des Bonner ZDF-Studios. Wir veröffentlichen Auszüge aus einem Interview des „Medien-Telegramms“.

Frage: Am 30. Juni endet, nach dreieinhalb Jahrzehnten, Ihre öffentlich-rechtliche Karriere. Zehn Jahre Reporter und Korrespondent, je zwölf Jahre Chef der „Tagesschau“ und Leiter des ZDF-Studios Bonn – für so viel geballte Fernseherfahrung wird auf dem Markt der Privaten viel Geld geboten. Wer hat den Zuschlag für Hans-Joachim Reiche bekommen?

Reiche: Niemand. Ich werde erst einmal diese Aufgabe hier ordentlich abschließen. Erst dann werde ich mich um etwas anderes kümmern.

Frage: Warum verlassen Sie überhaupt das ZDF? Sie sind erst 62, die Altersgrenze liegt jedoch bei 65. Man sagt, Helmut Kohl passe die Nase von Reiche nicht, weil der ein Genscher-Mann sei.

Reiche: Das ist absolut falsch. Warum ich hier jetzt weggehe, hat zwar nicht nur mit meinem Alter zu tun, aber ich werde mich darüber nicht äußern. Nur soviel: Die Initiative zu dieser Veränderung kommt allein von mir, ohne jeden Anstoß von außen. Diese Entscheidung ist allein zwischen meinem Intendanten und mir gefallen. Herr Kohl hat sich nie über etwas, das auch nur in die Nähe von Illoyalität kommen könnte, beschweren können und hat das auch nie getan.

Frage: Sie sind CDU-Mitglied?

Reiche: Ja, und das ist meine Privatsache. Ich glaube, ich hoffe jedenfalls, daß ich nie in den Verdacht geraten bin, als Journalist Parteigänger irgendeiner Richtung zu sein. Ich halte mir, wie ich glaube zu Recht, zugute, hier zwölf Jahre lang verhindert zu haben, daß in dieser Redaktion, die nur 500 Meter von drei Parteizentralen entfernt liegt, eine Fraktionierung oder Gruppenbildung eingetreten ist.

Frage: Für Ihre diesbezügliche Zurückhaltung sind Sie in der Tat bekannt. Manche Ihrer Kollegen halten Ihren zurückgenommenen Kommentar- und Interviewstil sogar für steril.

Reiche: Da kann ich den Spieß umdrehen und sagen: Manche meiner Kollegen mißachten gelegentlich eines der obersten Gebote unseres Berufes: Wir Journalisten sind dazu da, über Politik zu berichten, nicht sie zu machen. Wer das will, soll sich bemühen, Abgeordneter zu werden. Gerade im Fernsehen ist für den Journalisten die Verführung zu einem Machtbegehren groß. Das muß jeder, der den Platz einnimmt, wissen. Er darf zur Polarisierung nicht beitragen.

Frage: Die berühmte Ausgewogenheit?

Reiche: Diese Vokabel wurde während meiner „Tagesschau“-Zeit erfunden. Damit kam mir einmal der damalige Sprecher der SPD, der inzwischen ein Freund von mir ist, Franz Barsig. Ich sagte ihm: Mit diesem Wort können wir nichts anfangen. Ein Staatsvertrag und auch mein journalistisches Selbstverständnis verpflichten mich zu einer korrekten Wiedergabe der Wirklichkeit. Wenn ich da fehle, höre ich mir sofort jede Kritik an. Aber ob die Wirklichkeit ausgeglichen ist – das ist eure Arbeit. Sorgt dafür, daß ihr zum Zuge kommt, und ich werde die Wirklichkeit, also euren Zug, dann wiedergeben. Aber eine nicht ausgeglichene Wirklichkeit künstlich ausgleichen, unter dem Rubrum „Ausgewogenheit“, das ist Aufforderung zu Manipulation, dem widersetze ich mich.



Journalist mit geballter TV-Erfahrung: Hans-Joachim Reiche FOTO: SVEN SIMON

Frage: Gäbe es nur die Reiches in der deutschen Fernsehwelt, hätten wir Zuschauer weniger Anlaß, uns über Parteieneinflußnahme und missionierende Journalisten zu beklagen.

Reiche: Ich konnte jeweils nur in meinem Einflußbereich in dieser Hinsicht regulieren und bremsen. Ich habe die Kollegen immer wieder zum Beispiel darauf aufmerksam gemacht, daß das Medium Fernsehen sich ungeheuer zur Täuschung der Zuschauer eignet. Ich mache Ihnen bequem aus 20 Leuten, wenn ich nur Nahaufnahmen mache, einen Volksaufstand. Als 67/68 die Studentenunruhen in Berlin waren, habe ich eine Orientierungsanweisung an Kameraleute, Redakteure und Cutter gegeben: Erstens, kein Bericht aus Berlin ohne langstehende Totale, damit ich erst mal weiß, wieviele sind denn da an dem Unternehmen beteiligt. Zweitens, die Kameras bleiben solange zurückgezogen wie nur möglich. Das Erscheinen von Kameras löst erfahrungsgemäß überhaupt erst Aktionen aus.

Der Kameramann geht ohne Kamera mit dem Redakteur mit, und der Redakteur entscheidet: Jetzt hol die Kamera. Da kann einem schon mal ein Bild verlorengehen, war der Einwand. Darauf habe ich gesagt: Es ist schlecht, wenn ein wertvolles Bild verlorengeht, aber noch schlimmer ist es, daß wir Aktionen erzeugen und nachher darüber berichten, als seien sie von selbst entstanden.

Frage: Die Berichterstattung über die Demonstrationen der letzten Zeit läßt nur den Schluß zu, daß diese Anweisungen inzwischen in irgendeiner Schublade verstauben.

Reiche: Den Eindruck habe ich allerdings auch oft gehabt. Oft scheinen bei solchen Anlässen mehr Kamerateams als Demonstranten gewesen zu sein.

WILFRIED AHRENS

STUDIO

Ab 1. Juni 1984 wird **Untertitelung der Tagesschau** im Ersten Programm eingeführt. Ein vergleichbarer Service wird derzeit nur in den Vereinigten Staaten und in Kanada geboten. Wegen der Aktualität der Nachrichtensendung ist eine hundertprozentige Vorbereitung auf Videotext zwar nicht möglich, doch orientiert an den wichtigsten Tagesereignissen, wobei bestimmte Themen von vornherein feststehen. Von den rund zehn Millionen Hörbehinderten in der Bundesrepublik ist die Untertitelung von Nachrichtensendungen des Fernsehens schon seit langem gewünscht worden. FK

*

Das Zweite Deutsche Fernsehen will vom 1. Dezember 1984 an zusammen mit dem Österreichischen Rundfunk (ORF) und dem Schweizer Fernsehen (SRG) über den Europäischen Fernmeldesatelliten (ECS) ein **deutschsprachiges Gemeinschaftsprogramm** ausstrahlen. Dafür soll der sogenannte „Ost-Beam“ des Satelliten genutzt werden, der Teile der Bundesrepublik und der Schweiz, die „DDR“ und Österreich abdeckt. Die Zusammenarbeit mit dem ORF und der SRG, so erläuterte ZDF-Intendant Dieter Stolte auf einer Veranstaltung des nordrhein-westfälischen Landkreistages in Neuß, könnte „zugleich eine sachgerechte Vorstufe eines 'Europaprogramms' über den deutschen Direkt-Satelliten TV-Sat darstellen“. Gleichzeitig unterstrich Stolte den Anspruch seines Hauses auf mindestens einen zusätzlichen Kanal für ZDF-Programme in den einzelnen Bundesländern, mit dem das ZDF den Dritten Programmen der ARD-Anstalten gleichgestellt würde. Ein **zweites Vollprogramm des ZDF** ist mit dem Staatsvertrag für die Mainzer Anstalt jedoch nicht vereinbar. Diese Meinung vertrat jetzt Uwe Barschel, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Über eine entsprechende Staatsvertragsänderung sollte frühestens in zehn Jahren gesprochen werden, wenn sich der Markt zwischen privaten und und öffentlich-rechtlichen Anbietern eingependelt hat.

dpa/mt





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF

10.00 heute

10.05 Gewählt – gefragt
Der neue Bundespräsident stellt sich den Bürgern

11.35 Der Mann im weißen Anzug
Englischer Spielfilm (1951)
Mit Alec Guinness u. a.

12.55 Presseschau

13.00 heute

ARD

10.45 Aus dem Europa-Parlament in Straßburg
Ansprache des französischen Staatspräsidenten Mitterrand mit anschließender Aussprache

15.20 Tennis-World-Team-Cup

16.00 Tagesschau

16.10 Einmal Schottland und zurück
Eine vergnügliche Reise mit Walter Sedlmayr

16.55 Denkste!?
Im Kopf brennt noch Licht
Woher kommen die Träume? Was passiert in unserem Kopf, wenn wir schlafen? Diesen Fragen geht Professor Knüll mit seinen Gehirnforschungen nach. Aber heute nacht ist er besonders nervös – er hat die Zahlenkombination für seinen Safe vergessen.

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Brennpunkt
Der 35-Stunden-Streik
Arbeitskampf in der Metallindustrie – Die aktuelle Lage, Hintergründe und Auswirkungen des Tarifkonflikts
Leitung der Sendung: Emil Obermann

21.00 Showstart
Mit Jürgen von der Lippe und Josy, Bessie Brühl, Die Ärzte u. a.
Regie: Klaudi Fröhlich
Übertragung aus Paderborn

22.30 Tagesthemen

23.00 Cannes '84
Live-Bericht von den Filmfestspielen von Eva Maek-Gerhard und Jürgen Kritz
Jury-Präsident der gestern zu Ende gegangenen 37. Filmfestspiele war der berühmte englische Filmschauspieler Dirk Bogarde. Nachdem im letzten Jahr kein deutscher Film in Cannes vertreten war, bewarben sich diesmal gleich zwei Regisseure mit ihren Beiträgen um die begehrte Goldene Palme: Wim Wenders und Werner Herzog. Beide hatten berechtigte Chancen, eine Palme zu gewinnen.

23.45 Tagesschau

ZDF

15.57 Heute im Parlament
Der Streit um die Amnestie
anschl. heute-Schlagzeilen

18.00 Hallo – Hotel Sacher ... Portier
Die drei Väter der Romy Schröder
Chefportier Huber traut seinen Ohren nicht, als ihm eine junge hübsche Dame namens Romy mitteilt, daß er ihr Vater sei. Ungläubig kramt er nun in seiner Vergangenheit und kommt zu einem sehr überraschenden Ergebnis, das für einige Verwirrung sorgt ...

19.00 heute
anschl. Parteien zur Europawahl

19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel mit Wim Thoelke in Verbindung mit der Aktion Sorgenkind

20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind

21.00 Kinder Kinder
Wer einmal stiehlt ...
Der Kaufhausdiebstahl oder der heimliche Griff in Mutters Geldbeutel kommt leider bei Kindern und Jugendlichen allzu häufig vor.

21.45 heute-journal

22.05 Kennzeichen D
Zum 300. Mal Deutsches aus Ost und West
„Wir atmen die gleiche Luft“ – Richard von Weizsäcker als öffentlicher Redner in Wittenberg / Deutsch-deutsche Umwelt-Grenzfälle – Der bayerische Umweltminister Dick in der „DDR“ / FDP, was nun? – Die Liberalen nach der Diskussion um Parteispenden und vor dem Parteitag / Nicht beteiligt, doch betroffen: Der Streik trifft alle / Als Gast: Dieter Hildebrandt
Moderator: Joachim Jauer

22.50 Barbara Hendricks – Ein Bündel Talent
Ein Porträt der farbigen Sängerin
Regie: Helmut Baumann

23.50 Sport aktuell
Tennis-World-Team-Cup
Zusammenfassung vom Tage und Basketball-Olympia-Qualifikationsspiel Bundesrepublik – Schweden

00.20 heute

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde

20.00 Tagesschau

20.15 Im Banne des blonden Satans
Französischer Spielfilm (1953)

21.50 Chemiegürtel Köln (2)

22.20 Marcus Garvey

23.05 Georg Tabori zum 70. Geburtstag

23.50 Nachrichten

NORD

18.30 Den Wind in den Händen (8)

18.45 Topfguckers Abenteuer

19.15 Macht aus alten Zeiten

20.00 Tagesschau

20.15 So wie wir waren
Amerikanischer Spielfilm (1973)

22.10 Bücherjournal

HESSEN

18.30 Die seltsamen Abenteuer des Herman van Veen (8)

19.00 Der Feuerteufel
Deutscher Spielfilm (1940)

20.35 Bücher-Report

21.20 Das Bild der Woche

21.30 Drei aktuell

21.45 Blickpunkt Ausland

22.30 Sherlock Holmes
Juwelenraub

SÜDWEST

18.30 Telekolleg I

Nur für Baden-Württemberg:

19.00 Abendschau

Nur für Rheinland-Pfalz:

19.00 Abendschau

Nur für das Saarland:

19.00 Saar 3 regional

Gemeinschaftsprogramm:

19.25 Nachrichten

19.30 Das Kind Helen Keller
Amerikanischer Fernsehfilm

21.00 Kulturlandschaft: Odenwald

Nur für Baden-Württemberg:

21.45 Ich war dabei

Nur für Rheinland-Pfalz:

21.45 Wo man singt: Trier

22.30 Landtag aktuell

Nur für das Saarland:

21.45 Alte Kunst in neuem Glanz

BAYERN

18.15 Wegweiser

18.45 Rundschau

19.00 Glück in Frankreich

20.45 Maria hat geholfen

21.30 Rundschau

21.45 Z. E. N.

21.50 Getaway
Amerikanischer Spielfilm (1972)

23.50 Rundschau

Personalien

EHRUNGEN

Walter Görlitz, 71, in Frauendorf bei Stettin geborener Publizist und Historiker, wird am 16. Juni bei den „Pommerntagen 1984“ in Dortmund mit dem pommerschen Kulturpreis ausgezeichnet. Görlitz, seit 1955 Redaktionsmitglied der WELT, hat sich besonders durch Biographien und Sachdarstellungen („Marc Aurel, Kaiser und Philosoph“, „Hannibal“, „Wallenstein“, „Paulus – Ich stehe hier auf Befehl“, „Keitel – Verbrecher oder Offizier?“, „Die Junker, Adel und Bauerntum im deutschen Osten“ u. a.) einen Namen gemacht. Besonders sein Buch „Der deutsche Generalstab, Geschichte und Gestalt, 1657–1945“ (als Neubearbeitung: „Kleine Geschichte des deutschen Generalstabs“) wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt und gilt als Standardwerk. Das Mitglied der Gesellschaft für Wehrkunde und der Ranke-Gesellschaft ist Autor der auch in Buchform zusammengefaßten WELT-Kolumnen „Griff in die Geschichte“.

*

Der frühere Hamburger Bankier **Dr. Alwin Münchmeyer** erhielt den Titel Commandeur in dem niederländischen Orden van Oranje-Nassau für seine Verdienste um die deutsch-niederländischen Beziehungen. Seit 1978 ist Dr. Münchmeyer, 76, Vorsitzender der Aufsichtsräte von Alldephi und Philips.

*

Mit der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg wurden die beiden Kirchenmusikdirektoren Professor **Helmuth Rilling**, Leiter der Internationalen Bachakademie Stuttgart, und Professor **Gerhard Wilhelm**, seit 1946 Chorleiter der Stuttgarter Hymnus-Chorknaben, ausgezeichnet.

Frank Lynder ist im Alter von 68 Jahren nach langer schwerer Krankheit in Kiel gestorben. Lynder, der seine deutsche Heimat früh verlassen mußte, begann seine Laufbahn bei angesehenen englischen Zeitungen und Nachrichtenagenturen. 1954 kam Lynder zu Springer, war lange Zeit Londoner Korrespondent der „Bild“-Zeitung und nach einigen Jahren in der Hamburger „Bild“-Redaktion Korrespondent des Springer-Auslands-Dienstes in Kopenhagen. Seit 1973 lebte er in Berlin. In mehreren Büchern hat Frank Lynder Arbeiten niedergelegt, die über die journalistische Tagesform hinaus Bestand haben.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die europäische Vision

„Pankraz, der TV-Spot und der Eurokopfhörer“; WELT vom 14. Mai

Lieber Pankraz,

ich beglückwünsche Sie zu Ihrem mutigen Artikel, der eine Wahrheit, vergleichbar der über des „Kaisers neue Kleider“, nur entkleidet jeder kindlichen Naivität wie jenes Betrachters, ausspricht und nackt und bloß uns jenes „Europa“, das die Politiker uns vorzugaukeln belieben, angetrieben allesamt nicht zuletzt durch jene satten Brüsseler, Straßburger und Luxemburger Pfründen, für jeden, der Ohren hat zu hören und Augen, um zu lesen, klar erkennen läßt.

Da die Welt bekanntlich von Interessen und nicht von Ideen oder gar von „Ideologien“ bewegt wird, wird man nun von vielen Seiten über Sie herfallen, weil Sie eine sehr unangenehme Wahrheit ausgesprochen haben, wenn Sie auch die sehr weitreichenden Folgen nur andeuteten und dadurch „an den Schlaf der Welt“, freilich nur der kleinen, bundesrepublikanischen, oder schlimmstenfalls der „gesamtdeutschen“ gerührt haben. Diejenigen aber, die sich den Blick auf den schwierigen Weg, den wir zurückgelegt haben, und die Aussicht auf den noch schwierigeren, der uns bevorsteht, nicht durch Illusionen verdunkeln lassen möchten, werden Ihnen für die Helligkeit, die Sie verbreiten, danken.

Mit besten Wünschen und freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Eisermann,
Bonn 1

*

Sehr geehrte Redaktion,

gerade wer, wie auch Pankraz, es bedauert, daß Forderungen und Leistungen des Europäischen Parlaments (auch Erwartungen der Öffentlichkeit) „von den europäischen Regierungen mißachtet und in den Wind geschrieben werden“, muß dafür sorgen, daß die Stellung der demokratischen Institution, der Vertretung von vielen Millionen Wählern, gestärkt wird: auch durch die zweite Direktwahl.

Das Hauptverdienst der Straßburger Versammlung seit vielen Jahren, schon vor 1979, bestand und besteht darin, daß fachkundige Abgeordnete, Experten, in den Ausschüssen und im intensiven Zusammenwirken mit Regierungs- und Kommissionsvertretern für Begrenzung der Allmacht der Bürokratie sorgen und notwendige Impulse geben. Dies um so mehr, seit die Kommission leider als „Motor“ so nachgelassen hat. Solche parlamentarischen Wirkungen sind vorhanden.

Wenn aber Pankraz die Ziele des europäischen Einigungswerkes überhaupt in Frage stellen möchte, das zur Wohlfahrt der beteiligten Völker und ihrer Partner wie zur Erhaltung des beinahe 30jährigen Friedens in Europa zusammen mit der NATO so wesentlich beigetragen hat, dann widerspricht er sich vollends. Von einem „neuen Hellenismus“ sind wir eben so weit entfernt wie vom „europäischen Kopfhörer“. Um so mehr muß alles verbessert werden, was diesem Einigungswerk und damit der ganzen freien Welt dient. Dazu gehören auch das Ansehen und die Arbeitsweise des Europäischen Parlaments.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Wendt,
Bonn/Hinterzarten

Ohne Chaos

„Der Fall Peter Nestler oder: Peter Nestlers Fall“; WELT vom 15. Mai

Die in Ihrem Kommentar „Der Fall Peter Nestler oder: Peter Nestlers Fall“ in bezug auf meine Person und meine Arbeit gemachten Angaben sind falsch.

● Ich bin nicht vom derzeitigen Kölner Kulturdezernenten Peter Nestler, sondern – knapp zwei Jahre vor dessen Amtsantritt – von seinem Vorgänger Dr. Kurt Hackenberg nach Köln geholt worden.

● Ich bin nicht „kurz nach meinem Amtsantritt unbefristet beurlaubt“ worden. Ich habe vielmehr fast sechs Jahre (vom 1. Mai 1978 bis Ende Februar 1984) als erster Direktor des neugegründeten Museums Ludwig gearbeitet. (Während dieser Zeit wurde ich von der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen für kulturpolitische Arbeit mit dem Professorentitel ausgezeichnet). Meine Amtsniederlegung erfolgte auf meinen ausdrücklichen Wunsch und im Einvernehmen mit der Stadt Köln. Unter Beibehaltung der Vertragsbedingungen habe ich ein anderes Arbeitsgebiet übernommen. U. a. bereite ich die offizielle Publikation für das Museum Ludwig zur Eröffnung des Museumsneubaus 1986 vor, organisiere die Ausstellungen des Hauses im Ausland (noch in diesem Jahr im Puschkin-Museum, Moskau, und in der Eremitage, Leningrad) und halte die Kontakte zu den Sammlern im Bereich der Kunst des 20. Jahrhunderts.

● Das angeblich von mir hinterlassene „Chaos“ besteht aus rund 60 Ausstellungen, in Köln und an anderem Ort, mit umfangreicher Katalogproduktion und über einer Million Besuchern, sowie mehr als 2000 Neuerwerbungen, von Matisse und Picasso bis zu Rebecca Horn und Ulrich Rückriem.

Prof. Karl Ruhrberg,
Köln 50

Wort des Tages

„Der Mensch ist nicht bloß, was er ist, sondern auch, was er sich zum Ideal gesetzt hat, und auch wenn er diesem nicht völlig entspricht, wird durch das bloße Wollen auch ein Teil seines Wesens bezeichnet.“

Jacob Burkhardt; schweiz. Kultur- und Kunsthistoriker (1818–1897)

Senat für alle?

Verehrte Damen, geehrte Herren,

wenn ein Kandidat ein Amt annimmt, obwohl nur vier von zehn Kuratoriumsmitgliedern sich für seine Wahl entscheiden, sagt das alles über sein Demokratieverständnis aus. Hier geht es nicht um die Sache, sondern um die Ausweitung von Macht in einem Stadtstaat, der nicht von einem Senat regiert, sondern diktatorisch verwaltet wird.

Wahrscheinlich ist den Damen und Herren Senatoren und bestimmten Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft nicht bekannt, was in der Hamburger Verfassung im Artikel 58 – Unparteilichkeit im öffentlichen Dienst – steht (Zitat): „Wer im Dienst der Freien und Hansestadt steht, dient der Gesamtheit. Er hat seine Aufgabe unparteiisch und ohne Rücksicht auf die Person nur nach sachlichen Gesichtspunkten wahrzunehmen.“

Immer mehr Hamburger Bürgerinnen und Bürger haben es langsam satt, von einem Senat „regiert“ zu werden, der nur dem Landesvorstand der Hamburger SPD verantwortlich zu sein scheint und immer weniger den Interessen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Hochachtungsvoll
Alfred Ascheberg,
Hamburg 73

Der verbotene offene Brief an die Gegner des Leistungssports im Turnen

DW. Bonn

„Nach längerer Beobachtung der Situation empfehle ich – auch unter reiflicher Abwägung der Gefühle der jungen Turnerinnen –, den Einsatz von Minderjährigen im Kunstturnen Frauen sofort aufzugeben, auch mit der Konsequenz des Abbruches der Olympiavorbereitungen der Mädchen." Das schrieb der Pfarrer Dr. Heinz Döring in der April-Ausgabe des Fachblattes „Olympische Jugend" in seiner Eigenschaft als Bundeskulturwart des Deutschen Turnerbundes (DTB). Auf dem Deutschen Turntag in Stuttgart wiederholte Döring seine Forderung. Die Bundessportwarte Rosemarie Napp (Gymnastik), Ursula Hinz (Kunstturnen Frauen) und Herwig Matthes (Kunstturnen Männer) wollten daraufhin ihre Kritik in dem Fachblatt „Geräteturnen aktuell" (Herausgeber ist der DTB) veröffentlichen. DTB-Generalsekretär Karl-Heinz Schwirtz drohte deshalb Herwig Matthes mit einer einstweiligen Verfügung, wenn er seine Kritik an Döring und dem DTB-Präsidium veröffentlichen würde. Matthes (42), früher Nationalriegen-Turner, Gesundheitsdezernent im Landkreis Hannover und seit viereinhalb Jahren als Turn-Fachwart im Amt, trat daraufhin zurück: „Ich lasse es nicht zu, daß man mich per Gerichtsdrohung disziplinieren will."

Die WELT veröffentlicht die wesentlichsten Passagen aus dem nicht zugelassenen offenen Brief an das Präsidium des Deutschen Turnerbundes, der die Drohung der Spaltung des DTB beinhaltet, als „Standpunkt":

STAND ● PUNKT

Wir Bundesfachwarte sind uns aufgrund leidvoller Erfahrungen in den letzten Jahren sicher, daß dies nicht eine Einzelmeinung von einem Präsidiumsmitglied ist, sondern daß diese (von Döring, die Red.) zum Ausdruck gekommene ablehnende Haltung gegenüber dem Spitzensport in den Entscheidungsgremien des DTB weit verbreitet ist. Die von Dr. Döring angesprochene Problematik des intensiven Trainings von bzw. mit Kindern ist keine spezielle Problematik des Frauenturnens. Auch in der Rhythmischen Sportgymnastik und im Bereich des männlichen Kunstturnens wird zum Teil mit elf-, zwölf- oder dreizehnjährigen Kindern regelmäßig vier- bis fünfmal wöchentlich trainiert.

Es ist eine kaum zu übertreffende Arroganz, wenn Dr. Döring meint, sein Schritt in die Öffentlichkeit deshalb tun zu müssen, um „pädagogisch-humanitäres Bewußtsein fördern zu müssen". Laßt Ihr es zu, daß einer von Euch öffentlich behauptet, daß auch bei uns „die Mädchen durch Hungern Untergewicht machen müssen, damit sie die richtigen Körpermaße haben"? Laßt Ihr es unwidersprochen zu, daß einer von Euch zwei Monate vor Beginn der Olympischen Spiele öffentlich den Abbruch der Olympia-Vorbereitungen fordert?

Durch seine Darstellung behauptet er, daß nicht nur wir im Spitzensport engagierten ehrenamtlichen Mitarbeiter, sondern insbesondere auch die Eltern der angesprochenen Kinder sowie die Trainer sich unverantwortlich verhalten. Dr. Döring geht sogar so weit, uns alle – auch Euch – des kriminellen Verhaltens in Form der vorsätzlichen Körperverletzung zu beschuldigen, indem er behauptet, daß durch die von uns praktizierte Form des Spitzensports „Schäden unvermeidbar sind, Früh- wie Spätschäden".

Beinahe noch schlimmer und erschütternd für uns ist Eure Haltung, indem Ihr als Präsidium keinerlei Stellungnahme herausgegeben habt. Warum habt Ihr nichts unternommen? Herr Dr. Döring hat sich durch Euer Schweigen offenbar in seiner Auffassung bestätigt gefühlt.

Nicht nur die Jugendturnerinnen, sondern auch alle anderen Aktiven sowie die im Spitzensport tätigen Funktionsträger haben zunehmend den Eindruck, daß Ihr in Wirklichkeit den Spitzensport gar nicht wollt. Dieser Eindruck wird natürlich besonders auch dadurch verstärkt, wenn der für den Spitzensport zuständige Sportwart in der jüngsten Nummer „Deutsches Turnen" wiederum ohne jegliche vorherige Rücksprache mit dem Bundesfachausschuß oder der Bundesfachwartin erklärt: „Das DTB-Präsidium ist gegen Jugend-Europameisterschaften im Kunstturnen weiblich. Wir haben der Grundsatzerklärung des Deutschen Sportbundes zum Thema 'Kinder im Leistungssport' zugestimmt. Also müssen wir auch die Konsequenzen daraus ziehen."

Wenn das Präsidium nach wiederholt verkündetem – offenbar nicht ernstgemeintem – Bekenntnis auch zum Spitzensport des Kunstturnens der Frauen plötzlich die Teilnahme an den Jugend-Europameisterschaften im Kunstturnen weiblich ablehnt, sollten wir diese Spitzensportart sofort ganz aufgeben.

Es nimmt Euch keiner übel, wenn Ihr uns offen sagt, daß Ihr Euch verbandsseitig endgültig vom Spitzensport trennen wollt, um Euch künftig ausschließlich dem Breitensport zu widmen. Wir könnten uns dann darauf einstellen und in Gesprächen, insbesondere mit den beteiligten Stellen wie dem DSB und dem Bundesministerium des Innern, klären, wie es in den drei olympischen Sportarten weitergehen kann. Es ist allen Beteiligten nicht weiter zumutbar, wenn über die entscheidenden Fragen des Spitzensports Gremien des DTB entscheiden, deren Mitglieder von ihrer Aufgabenstellung her gar kein Interesse am Leistungssport haben können und über keinerlei Fachwissen in den olympischen Sportarten Kunstturnen und Rhythmische Sportgymnastik verfügen. Über die Frage des Spitzensports darf künftig beispielsweise im Präsidium nicht mehr der Kulturwart mitentscheiden. Auch im zweithöchsten Gremium des DTB, dem Hauptausschuß, dürfen nicht mehr die Fachwarte für das Fechten, Schwimmen oder Wandern über grundlegende Fragen unserer Spitzensportarten entscheiden. Wir könnten uns vorstellen, daß zumindest für die Spitzensportbereiche des Kunstturnens und der Rhythmischen Sportgymnastik über eine Veränderung der Satzung zumindest eine Selbständigkeit hergestellt wird.

FUSSBALL / Letzter Test vor der Europameisterschaft mit 1:0 über Weltmeister Italien gelungen

Mit Rummenigge im Mittelfeld geht es endlich aufwärts: Diese Mannschaft verdient Vertrauen

ULRICH DOST, Zürich

Fast flehend sprach Bundestrainer Jupp Derwall davon, daß doch bitteschön die Saison bald zu Ende und auch das Pokalfinale (am 31. Mai in Frankfurt) endlich gespielt sei: „Wenn ich dann alle Spieler gesund zusammen habe, kann ich aufatmen." Der Wunsch von Derwall ist verständlich. Lange genug hat es gedauert, denn erst jetzt, rund drei Wochen vor Beginn der Fußball-Europameisterschaft (12. bis 27. Juni) in Frankreich, zeichnet sich für ihn nach dem 1:0-Erfolg (Torschütze: Hans-Peter Briegel) über Weltmeister Italien in Zürich ein durchaus guter Weg ab, auf dem die Hoffnung auf eine mögliche Titelverteidigung wieder der Wegbegleiter sein kann.

Was in den bisherigen fünf Testspielen in diesem Jahr gegen die UdSSR (2:1), gegen Belgien (1:0), gegen Bulgarien (3:2) und gegen die Franzosen (0:1) irgendwo im verborgenen schlummerte, wurde jetzt im letzten Test endlich wenigstens andeutungsweise sichtbar. Trotz des Ausfalls von Bernd Schuster zeichnet sich jetzt zumindest eine Entwicklung in der deutschen Mannschaft ab, die Aussichten auf Erfolg verspricht.

Mannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge weiß es am besten selbst, daß er kein Spielmacher im klassischen Sinne ist. Keiner, der mit langen, gescheiten Pässen eine Abwehr ausspielen kann. Rummenigge hat zwar die Rolle übernommen, die Schuster zugedacht war, aber er spielt sie anders – für die Mannschaft zum Vorteil. Jupp Derwall: „Er ist kein Spielmacher wie Bernd Schuster, aber er ist eine wichtige Anspielstation. Wichtig vor allen Dingen für unsere jungen Spieler." Das ist es, was den Vorteil von Rummenigge ausmacht: Er wird in der Mannschaft von allen akzeptiert. Das bedeutet: Er braucht sich nicht mehr zu profilieren.

Gegen Italien lief fast jeder Angriff über den Münchner, der keine komplizierten Dinge versuchte, sondern den Mitspieler anspielte, der am nächsten stand. Die Kollegen überließen ihm den Ball, was der Beweis dafür ist, daß sie Rummenigge in dieser Position akzeptieren. Bernd Schuster und Hansi Müller zum Beispiel wurden zwar auch Bälle überlassen, doch sie machten das deutsche Spiel oft zu kompliziert. Sie versuchten Geniales, weil sie sich davon die Anerkennung versprachen, die sie in der Mannschaft nicht hatten.

Umjubelter Torschütze Hans-Peter Briegel (mit Stielike und Brehme/rechts). Jupp Derwall: „Er wird wieder der alte." FOTO:DPA

Es gebe einfach keine Alternative, sagte Karl-Heinz Rummenigge nach dem Spiel: „Ich denke, daß ich auch in Frankreich in dieser Rolle spielen werde. Wir können jetzt nicht groß lamentieren wegen der Verletzung von Bernd Schuster, wir müssen handeln." Selbst Torwart Harald Schumacher, ein Freund Schusters, der den Star vom FC Barcelona liebend gerne dabeigehabt hätte, hat sich in das Schicksal gefügt: „Rummenigge in einer Mittelfeldrolle ist bestimmt eine Notlösung, aber in der jetzigen Situation wahrscheinlich das Beste".

Für den Bundestrainer hat dieses Spiel gegen den Weltmeister durchaus den Charakter des Ernstfalles besessen: „Ein Freundschaftsspiel war das gerade nicht, die Härte der Italiener war schon peinlich. Doch von ihrer Spielweise her ähneln sie den Mannschaften, gegen die wir in der Vorrunde in Frankreich spielen (Portugal, Spanien, Rumänien, die Red.). Da bin ich zuversichtlich: Denn jetzt steht unsere Abwehr, das Mittelfeld funktioniert auch."

Im Tor ist und bleibt der Kölner Harald Schumacher unumstritten. Nach den Leistungen gegen Frankreich und Italien dürfte der rechte Verteidiger bei der EM Bernd Förster heißen, sein Bruder Karl-Heinz nimmt ähnlich wie Schumacher eine Sonderstellung ein. Hans-Peter Briegel (Derwall: „Er wird wieder der alte") wird auf der linken Seite verteidigen. Komplettiert wird der Abwehrblock wohl von Uli Stielike als Libero (Derwall: „Er hatte eine Zerrung, er kann noch mehr"). Harald Schumacher würde zwar auf dieser Postition lieber den Mönchengladbacher Hans-Günter Bruns sehen und Stielike ins Mittelfeld stellen, doch Derwall vertraut auf die Routine und die Kampfkraft des früheren Mönchengladbachers.

Das Mittelfeld um Karl-Heinz Rummenigge ist mit Brehme, Rolff und dem Stuttgarter Guido Buchwald, der in Zürich sein Länderspieldebüt gab, mit Kämpfern und Rennern richtig ergänzt. Derwall: „Er hat gezeigt, daß er ein Spieler ist, den wir gerne mit nach Frankreich nehmen." Mit dem Mönchengladbacher Lothar Matthäus und Norbert Meier (Bremen) besitzt Derwall guten Ersatz.

Das Stürmerpaar wird wohl endgültig Rudi Völler und Klaus Allofs heißen. Den Zwei-Mann-Sturm ließ Derwall nach dem Länderspiel außerhalb seiner Kritik. Beide sind nicht so zur Geltung gekommen, wie man es von beiden (Allofs im Verein, Völler in Verein und Nationalelf) gewohnt ist. Beide konnten jedoch für sich in Anspruch nehmen, daß es Stürmer gegen die kompakte Abwehr der Italiener immer schwer haben. Die Unterstützung aus dem Mittelfeld war für beide ebenfalls nicht ideal, sie mußten sich oft genug die Bälle selber holen. Wenn es Karl-Heinz Rummenigge gelingt, das Spiel schneller zu machen, den Ball sofort weiterlaufen zu lassen, muß auch die Unterstützung für die Stürmer besser werden.

Weiter werden dann noch Dieter Burdenski als zweiter und Helmut Roleder aus dritter Torwart zum Aufgebot für Frankreich gehören. Dazu kommt noch Stürmer Pierre Littbarski. Bleiben noch zwei Plätze frei. Derwall: „Ich brauche einen für die Abwehr und einen für das Mittelfeld, am besten einen, der beides spielen kann." Das dürfte wohl der Frankfurter Ralf Falkenmayer sein. Die Entscheidung über den letzten Mann fällt zwischen Strack und Herget.

Wenn alle gesund bleiben, wie es Derwall hofft, dann wird die Mannschaft in das erste EM-Spiel (14. Juni gegen Portugal) gehen, die auch gegen den Weltmeister begonnen hat. Sie hat Vertrauen verdient.

ZAHLEN

FUSSBALL

Italien – Deutschland 0:1 (0:0)
Italien: Bordon (33 Jahre/21 Länderspiele/Sampdoria Genua) – Scirea (31/63/Juventus Turin) – Bergomi (20/14/Inter Mailand), Vierchowod (25/10/Sampdoria Genua), Nela (23/1/AS Rom) ab 70. Gentile (30/70/Juventus Turin) – Bagni (27/11/Inter Mailand), Tardelli (29/72/Juventus Turin) ab 71. Fanna (25/5/Hellas Verona), Franco Baresi (24/7/AC Mailand), Dossena (26/21/AC Turin) – Conti (29/32/AS Rom), Altobelli (28/24/Inter Mailand) ab 80. Giordano (27/8/Lazio Rom). – **Deutschland:** Schumacher (30/48/Köln) ab 46. Burdenski (33/12/Bremen) – Stielike (29/38/Real Madrid) – B. Förster (28/30/Stuttgart), K.-H. Förster (25/58/Stuttgart) ab 46. Matthäus (23/23/Mönchengladbach), Briegel (28/50/Kaiserslautern) – Buchwald (23/1/Stuttgart) ab 66. Bommer (26/4/Düsseldorf), Rolff (24/10/HSV), Rummenigge (28/75/München), Brehme (23/5/Kaiserslautern) – Völler (24/15/Bremen), Allofs (27/29/Köln). – **Schiedsrichter:** Coelho (Brasilien). – **Tor:** 0:1 Briegel (62.). – **Zuschauer:** 28 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karte:** Scirea.

Britische Meisterschaft: Wales – Nordirland 1:1.

Die Tabelle vor dem letzten Spieltag

1. Nordirland	3	1	1	1	3:2	3:3
2. Wales	3	1	1	1	3:3	3:3
3. England	2	1	0	1	1:1	2:2
4. Schottland	2	1	0	1	2:3	2:2

Freundschaftsspiel: Nationalmannschaft Israel – FC Liverpool 1:4.

BASKETBALL

Freundschaftsspiel: Giants Osnabrück – Militär-Auswahl China 92:93.

TENNIS

World-Team-Cup in Düsseldorf, Blaue Gruppe: USA – Deutschland 3:0 (McEnroe – Maurer 6:1, 6:2, Arias – Gehring 6:4, 6:3, Fleming/McEnroe – Maurer/Popp 7:6, 6:2). – Spanien – Argentinien 2:1 (Higueras – Clerc 2:6, 6:3, 6:4, Luna – Arguello 4:6, 6:0, 2:0, Arguello gab auf, Orantes/Aquilera – Clerc/Gattiker 4:6, 1:6). – Heute spielen (13.30 Uhr): Deutschland – Spanien und USA – Argentinien.

GALOPP

Rennen in Iffezheim: 1. R.: 1. Trentino (Frl. K. Bender), 2. Ratsherr, 3. Königstreue, Toto: 44/16, 16, 26, ZW: 144, DW: 1008, 2. R.: 1. Glückspfennig (R. Malinowski), 2. Ramon, 3 Hakimi, Toto: 460/90, 26, 16, ZW: 4408, DW: 26 876, 3. R.: 1. Monamira (P. Alafi), 2. Palomas, 3. Flunkerei, Toto: 28/13, 13, 19, ZW: 52, DW: 238, 4. R.: 1. Petite Fleur (E. Schindler), 2. Kiss me quick, 3. Lover, Toto: 116/30, 18, 19, ZW: 564, DW: 3160, 5. R.: 1. Cynthia (D. Ilic), 2. Kaiserjäger, 3. Beholden, Toto: 128/30, 14, 34, ZW: 1040, DW: 9920, 6. R.: 1. Aspalatos (D. Richardson), 2. Lord Hamilton, 3. Pommerland, Toto: 24/13, 18, 20, ZW: 184, DW: 864, 7. R.: 1. Belasco (D. Ilic), 2. Aarking, 3. Barkeeper, Toto: 76/22, 26, 30, ZW: 808, DW: 820, 8. R.: 1. Tarmina (H. Deckers), 2. Lady China, 3. Gallant Welsh, Toto: 84/26, 34, 22, ZW: 1032, DW: 8564, 9. R.: 1. Opus (O. Schick), 2. Borama, 3. New Commander, Toto: 48/16, 16, 13, ZW: 344, DW: 840.

GALOPP / Iffezheim

Von Mitzlaff: Ärger über Peter Alafi

K.GÖNTZSCHE, Iffezheim

Um 11,5 Prozent wurde am Eröffnungstag des Frühjahrs-Meetings auf der Galopprennbahn in Iffezheim bei Baden-Baden der Umsatz an den Wettschaltern im Vergleich zum Vorjahr gesteigert: 1 738 342 Mark wurden erreicht, 179 337 Mark mehr als am allerdings völlig verregneten Renntag 1983.

Im Hauptrennen gab es für die deutschen Pferde wieder einmal eine der fast üblichen Niederlagen. Diesmal siegte ein Pferd aus der Turf-Diaspora Schweiz: die fünfjährige Fuchsstute Cynthia mit Jockey Dragan Ilic (29) im Sattel hatte im Ziel des Oleander-Rennens (39 100 Mark, 23 000 Mark der Siegerin, 3200 m) einen Vorsprung von eineinviertel Längen vor dem 28:10-Totofavoriten Kaiserjäger, auf dem Peter Alafi (48) einen Ritt präsentierte, der keineswegs die Zustimmung von Trainer Sven von Mitzlaff (70) fand: „Am besten, man sagt den Jockeys vor den Rennen überhaupt nichts mehr", ärgerte er sich darüber, daß Alafi sich nicht an seine Anweisung gehalten hatte. Um den dritten Platz in dieser traditionellen Steher-Prüfung kämpften Beholden (Georg Bocskai) und Junior Lombard (Manfred Hofer), Beholden hatte die Nase vorn. Ako, Derbysieger von 1982, lief als Vorletzter ins Ziel.

Die Siegerin Cynthia ist noch am Sonntag auf der Bahn in Zürich-Dielsdorf gelaufen und hat dort den Grand Prix gewonnen. Eine Tatsache, die vor dem Oleander-Rennen nur wenigen bekannt war. Urs Feller (34) aus Holziken bei Aarau ist Züchter, Besitzer und Trainer in einer Person. Nach dem Sieg jubelte er: „Das ist der größte Erfolg eines Schweizer Pferdes aller Zeiten." Cynthia hatte sich schon vor einem Jahr im Oleander-Rennen versucht, aber damals reichte es nur zum siebten Platz.

Jockey Stephen Eccles (26) aus Bremen will gegen die von Ordnungsausschuß des Direktoriums ausgesprochene zehnmonatige Sperre bis zum 26. Februar 1985 keine Berufung beim Renngericht einlegen. Trainer Adolf Wöhler (50) beschäftigt seinen Stalljockey weiterhin als Arbeitsreiter. Eccles hatte am 21. April in Dortmund den Hengst Schopenhauer nicht ausgeritten. Schopenhauers Besitzer Horst-Willi Bleck (42) aus Königswinter hat seine Pferde in einer Anzeige im Fachblatt „Sport-Welt" zum Kauf angeboten. Er will sich aus dem Galoppsport zurückziehen.

SPORT-NACHRICHTEN

Entschuldigung

Madrid (dpa) – Diego Maradona, Star des FC Barcelona, hat sich in einem Brief an König Juan Carlos von Spanien für die Schlägerei zwischen Spielern von Barcelona und Athletico Madrid nach dem spanischen Fußball-Pokalfinale entschuldigt. Maradona, der als Anstifter der Schlägerei für drei Monate gesperrt wurde, schrieb, König Juan Carlos sei „die letzte Person auf dieser Welt, die ich beleidigen wollte". Das spanische Königspaar verfolgte das Spektakel auf der Tribüne.

„DDR"-Stars in Rehlingen

Mainz (dpa) – Der Leipziger Hürden-Olympiasieger Thomas Munkelt, der Potsdamer Kugelstoß-Weltrekordhalter Udo Beyer und der Hammerwerfer Günter Rodehau aus Dresden werden am Pfingstmontag zum internationalen Leichtathletik-Sportfest nach Rehlingen kommen.

USA droht Ausschluß

Zürich (sid) – Der Fußball-Weltverband droht dem Verband der USA mit Ausschluß. Grund: Er hat dem Dänen Per Roentved (früher Werder Bremen) eine Spielerlaubnis erteilt, obwohl keine Genehmigung des dänischen Verbandes vorlag.

Torwart ein Jahr gesperrt

Zürich (dpa) – Die Europäische Fußball-Union (UEFA) hat Jose Serreirinha vom FC Porto, bekannt unter seinem Künstlernamen Ze Beto, bis zum 31. Juli 1985 gesperrt. Der Portugiese hatte nach dem Europapokal-Finale gegen Juventus Turin (1:2) in Basel versucht, die Schiedsrichter anzugreifen.

Abschiedsspiel für Brand

Gummersbach (sid) – Der VfL Gummersbach wird seinem Mannschaftskapitän Heiner Brand am 16. Juni (17.00 Uhr) in Gummersbach ein Abschiedsspiel ausrichten. In der ersten Halbzeit tritt Gummersbach gegen die jetzige Handball-Nationalmannschaft an, nach der Pause ist die Weltmeistermannschaft von 1978 der Gegner.

Freigabe für Kovacs

Budapest (sid) – Stefan Kovacs von Honved Budapest, Torschützenkönig der Handball-Weltmeisterschaft, hat die Freigabe für die Bundesrepublik Deutschland erhalten. Er wird sich Meister TV Großwallstadt oder dem Zweitliga-Verein OSC Dortmund anschließen.

Neuer Partner

Stuttgart (sid) – Claudia Massari (18), zusammen mit Azzola deutsche Meisterin im Eiskunstlaufen, hat einen neuen Partner erhalten. Sie wird mit ihrem Klubkollegen Daniel Caprano laufen. Azzola hatte nach einem Streit mit Trainer Karel Fajfr seine Karriere beendet.

Ost-Berlin weist behinderten Schüler zurück

F. DIEDERICHS, Berlin

Als „nicht rechtmäßig" und „einmaligen Fall" bezeichneten gestern Berliner Politiker die Haltung der „DDR", die am Dienstag erstmals einem Berliner Schüler die Durchreise nach Schweden verweigert hatte. Der 15jährige Jugendliche einer Schule für Lernbehinderte ist nach Auskunft der für den Reise- und Transitverkehr zuständigen Stelle beim Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) der erste Minderjährige, der seit Inkrafttreten des Transitabkommens im Jahre 1971 keine Erlaubnis zur Durchreise erhielt.

Die „DDR"-Grenzer hatten den Jungen am Berliner Kontrollpunkt Staaken aus dem Reisebus geholt, der ihn und 19 weitere Schüler über Saßnitz („DDR") nach Schweden bringen sollte. Dem begleitenden Lehrer erklärten die Grenzer, der Junge sei Aussiedler aus der „DDR". Zudem habe sein Bruder einmal einen Fluchtversuch unternommen. Der Junge mußte daraufhin die Kontrollstelle verlassen, während der Bus weiterfahren konnte. Gestern reiste der Schüler mit einem Flugzeug nach Schweden, nachdem das zuständige Bezirksamt ein Flugticket spendiert hatte.

Eine Durchreise durch die „DDR" in sogenannte Drittländer, also auch nach Schweden, fällt nicht unter die Vereinbarungen des Transitabkommens. Nach diesem Abkommen und der ständigen Praxis wurden bisher auch „DDR"-Flüchtlinge nicht von der Benutzung der Transitwege ausgeschlossen, sofern sie keine Straftaten begangen hatten. Das Abkommen bezieht sich jedoch nur auf die Verbindungswege zwischen West-Berlin und dem übrigen Bundesgebiet. Eine Durchreise in Richtung Skandinavien unterliegt den Einreisebestimmungen der „DDR", wonach Flüchtlinge mit einer Zurückweisung oder Strafverfolgung rechnen müssen, wenn sie die „DDR" nach 1971 verlassen haben. Eine Zurückweisung bei Minderjährigen ist bisher weder beim Senator für Schulwesen noch bei der Senatsverwaltung für Inneres bekannt geworden.

UNO solidarisiert sich nicht mit den Sacharows

Grüner: „Zu wenig Unterstützung der westdeutschen Linken"

DW./W. K. Bonn

Andrej Sacharow und seine Frau Jelena Bonner können nicht mit offizieller Unterstützung seitens der Vereinten Nationen rechnen. Generalsekretär Perez des Cuellar erklärte, er werde keine öffentliche Demarche zu ihren Gunsten unternehmen, weil in Fragen der Menschenrechte Geheimhaltung auf diplomatischer Ebene von größter Bedeutung sei.

Dagegen hat das europäische Parlament am Dienstag seine feste Unterstützung für die beiden ausgesprochen. Es verabschiedete eine Resolution, in der die EG aufgefordert wird, energischere politische und wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Respektierung der Menschenrechte zu erwirken.

Die Regierung in Rom will „alles in ihren Kräften Stehende tun", um den „legitimen Bestrebungen " Sacharows zur Erfüllung zu verhelfen, sagte Ministerpräsident Craxi am Dienstag, nachdem er die Stieftochter Sacharows, Tatjana Jankelewitsch, zu einer Unterredung empfangen hatte.

Eine Solidaritätserklärung mit dem Dissidentenehepaar hat auch das spanische Parlament beschlossen. Der kanadische Ministerpräsident Trudeau hat vor dem Parlament in Ottawa die Moskauer Regierung aufgefordert, bei der Behandlung ihrer Bürger „Mitgefühl in Betracht zu ziehen".

Milan Horacek, Exiltscheche und Bundestagsabgeordneter der Grünen, hat die geringe Solidarität der „westdeutschen Linken" mit Andrej Sacharow kritisiert. Er kündigte an, sich dafür einzusetzen, daß Protesttelegramme und eine Delegation nach Moskau geschickt würden. Mit einem Solidaritätsfasten in Bonn unterstützt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte die Forderung Sacharows nach einer Ausreisegenehmigung für Jelena Bonner.

„Mittel zur Aussperrung haben wir"

Arbeitgeber warnen IG Druck vor „Notwehrsituation" / Blockaden scharf verurteilt

GERNOT FACIUS, Bonn

Der Verzicht des Bundesverbandes Druck auf Aussperrungen im derzeitigen Tarifkonflikt ist an bestimmte Bedingungen geknüpft: Die Entscheidungsgremien der Arbeitgeber ließen sich von der Einschätzung ihres Verhandlungsführers Manfred Beltz Rübelmann leiten, daß es zu keiner Eskalation seitens der IG Druck und Papier kommen werde. Beltz Rübelmann ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß die bisherigen Entscheidungen revidiert werden könnten: Trete eine „Notwehrsituation" ein, würde auch „die Aussperrung in Kraft treten".

Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber: „Die Mittel haben wir". Grundsätzlich vertrat er allerdings die Auffassung, daß „eine signifikant nachlassende Streikbereitschaft durch das Mittel der Aussperrung verheerend konterkariert" würde. Die „Schmerzstelle" der Arbeitgeberseite setzte er an dem Punkt an, „wo Betriebe zulange von der Streiktaktik der Gewerkschaft getroffen oder wo zuviele Betriebe in Mitleidenschaft gezogen werden".

Bei der künftigen Meinungsbildung des Bundesverbandes Druck dürfte auch die Frage eine Rolle spielen, wie sich die Führung der IG Druck und Papier gegenüber den Blockaden bestimmter Verlagshäuser verhält. Beltz RÜbelmann: „Blockaden rühren an die demokratischen Prinzipien". Er hofft nach wie vor auf ein klärendes Wort der Gewerkschaft. Seine Argumentation deckt sich mit dem gestrigen Kommentar des Chefredakteurs der „Stuttgarter Zeitung", Thomas Löffelholz, auch der Arbeitskampf habe sich in einem Rechtsstaat in die Rechtsordnung einzufügen, und er müsse seine Grenzen dort finden, wo die Bürger- und Freiheitsrechte des Einzelnen mit Füßen getreten würden. Und Löffelholz' Kollege von den „Stuttgarter Nachrichten", Jürgen Offenbach, schrieb gestern, was mit Streik nicht möglich gewesen sei, werde mit der Belagerung erreicht. Offenbach erinnerte an die Absprache, wonach heute nicht und erst wieder am Freitag und Samstag die Stuttgarter Blätter erscheinen dürfen. „So will es die Gewerkschaft", schrieb Offenbach. Diesen „Kompromiß" habe die Verlagsleitung eingehen müssen, andernfalls würden die Verlage die gesamte Woche über „dicht gemacht". Der Chefredakteur qualifizierte dies als „Erfahrungen eines rechtslosen Raums, den Gewerkschaftsfunktionäre herbeiführten, aufrechterhielten und zu verantworten haben".

Beltz Rübelmann scheint zu akzeptieren, daß auch im Falle einer politischen Schlichtung die IG Druck und Papier ihre „flexible Arbeitskampftaktik" fortführt. „Aber es kommt auf das Ausmaß an", schränkte der Verhandlungsführer des Bundesverbandes Druck ein.

Beltz Rübelmann hielt daran fest, daß ein generelles Abgehen von der Regelarbeitszeit – 40 Stunden in der Woche – nur bei „bestimmten Mitarbeitergruppen und inbestimmten Situationen" in Frage komme.

Französischer Schulkampf vor dem Ende

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der französische Schulkampf spitzt sich auf seine letzte Auseinandersetzung zu. Premierminister Mauroy hat in der Nacht zum Mittwoch die Vertrauensfrage gestellt, um das Gesetz Savary zur Vereinheitlichung des Schulwesens ohne weitere Debatte zur Annahme zu bringen. Da gleichzeitig die Opposition einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung stellte, werden die beiden Oppositionsführer Chirac (RPR) und Gaudin (UDF) heute noch einmal zu Wort kommen, um ihren Widerstand gegen das Gesetz zu dokumentieren. Über das Abstimmungsergebnis für das Gesetz kann es keinen Zweifel geben, da weder Kommunisten noch Sozialisten die Regierung Mauroy stürzen wollen.

Dies gilt um so weniger als Mauroy vor Stellung der Vertrauensfrage dem radikal-laizistischen Flügel der Sozialistischen Partei eine entscheidende Konzession gemacht hatte. Demnach sollen private Volksschulen nach einer Übergangsfrist von neun bis elf Jahren nur noch dann vom Staat oder den Gemeinden Zuwendungen erhalten, wenn mindestens 50 Prozent ihrer Lehrer der Übernahme in den Staatsdienst zugestimmt haben. Ferner wird nur gezahlt, wenn die vom Staat eingesetzten Überwachungsausschüsse den Lehrplan einer privaten Schule gebilligt haben.

Dies wird von den Anhängern der Privatschulen als Knebelung empfunden. Das Klima hat sich schlagartig verschlechtert. Von der streng katholischen Bretagne ausgehend verbreitet sich unter dem Stichwort „Westwind" schleichend ein Protest, der am Wochenende in eine zentrale Großkundgebung in Paris münden soll. Präsident Mitterrand war am Dienstag bei einem Besuch in Angers von 5000 Demonstranten bedrängt und ausgepfiffen worden.

Reagan gegen Eingriffe

■ Fortsetzung von Seite 1

heit kämpfen, fragen sich, ob auf die Vereinigten Staaten noch Verlaß ist. Und auch die Feinde der Demokratie beobachten uns sehr genau." Das Militärhilfspaket für El Salvador scheint jetzt aber gesichert zu sein, nachdem der neugewählte Präsident José Napoleon Duarte, zur Zeit in Washington zu Besuch, die Lage in seinem Land geschildert hatte.

Eingehend setzte sich Reagan auch mit den Beziehungen zur Sowjetunion auseinander, „die sich nicht so verschlimmert hätten", wie das allgemein dargestellt werde. Die Kontakte gingen weiter, ohne daß viel darüber geredet werde. Mit leicht erregter Stimme wies er die Prämisse eines Fragers zurück, seine harte Politik gegenüber Moskau habe die Gefahr eines Nuklearkrieges greifbarer gemacht: „Diese Auffassung ist nur möglich, weil die Leute ständig nur eine Art politischer Ansprache von einer bestimmten Seite hören, und da heißt es, ich hätte einen unruhigen Finger und sei dabei, die Welt in die Luft zu sprengen. Es hilft mir wohl nicht viel, wenn ich sage, daß nach vier Kriegen, die ich bisher erlebt habe, niemand innerhalb oder außerhalb der Regierung mehr entschlossen ist, Frieden zu erreichen, als ich." Optimistisch schilderte er die Folgen der verstärkten amerikanischen Rüstung, die die Sowjets an den Rand ihrer eigenen Kräfte gebracht habe. „Sie rüsten selber bis zum Ausreizen. Ich glaube nicht, daß sie ihre militärische Produktion weiter ausweiten können", meinte Reagan. Er beharrte darauf, die Sowjets wüßten, „daß sie mit uns nicht Schritt halten können, wenn es so ein Wettrüsten wirklich geben sollte, und daß nur eine Alternative für sie da ist: Zusehen, wie wir aufholen, oder sich mit uns an den Verhandlungstisch setzen".

Ausschuß: „Wichtigtuerei" im MAD

Berichtsentwurf zum parlamentarischen Untersuchungsverfahren im Fall Kießling

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit dem Berichtsentwurf zum parlamentarischen Untersuchungsverfahren über die Kießling-Affäre, der jetzt den Fraktionen des Bundestages vorliegt, nähert sich dieses seinem Ende. Kurz vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause Ende Juni will sich das Plenum des Bundestages abschließend mit der Affäre, die Anfang des Jahres viele Wochen lang die politische Arbeit in Bonn bestimmte, teilweise auch lähmte, in einer politischen Debatte befassen. Jüngste Äußerungen aus der SPD-Fraktion machen klar, daß die Sozialdemokraten bei dieser Gelegenheit dem Bundeskanzler und vor allem dem Bundesverteidigungsminister abermals schwere Versäumnisse in der Behandlung der delikaten Personalangelegenheit vorhalten werden.

Im Zentrum des Berichtsentwurfs, der vom Sekretariat des Verteidigungsausschusses für alle Fraktionen gemeinsam abgefaßt wurde, steht eine kritische Würdigung der Arbeit des Verteidigungsministeriums in dieser Sache. Besonders der Militärische Abschirmdienst (MAD) wird dabei ins Visier genommen. Ihm wird vorgehalten, die Informationen (über die angeblich homosexuelle Veranlagung des Generals, aus der eine Sicherheitsgefährdung für seinen Umgang mit Geheimmaterial zu folgern gewesen sei und zur vorzeitigen Entlassung führten) seien in „vorschriftswidriger Weise gewonnen, fehlerhaft bearbeitet, mangelhaft bewertet und unrichtig dargestellt worden". Die Rede ist weiter von „Beflissenheit" und „Wichtigtuerei" bestimmter Personen im MAD.

Als „geradezu abenteuerlich" wird in dem Entwurf die Tatsache gewertet, daß Offiziere und höhere Beamte des MAD den nicht abgeschlossenen Fall Kießling zum Gegenstand für eine Darstellung in einem sogenannten Schulungsbericht zur Ausbildung von MAD-Nachwuchs nahmen. Dabei seien Feststellungen, die in dem Fall von besonderer Bedeutung waren, verändert worden. Sie hätten letztlich sogar die Einleitung der Sicherheitsüberprüfung für Kießling bestimmt.

In ihrem ersten Urteilsentwurf halten die SPD-Vertreter des Verteidigungsausschusses Minister Wörner vor, er habe die ihm über den General vorgetragenen Erkenntnisse nur mangelhaft überprüft und so seine Sorgfaltspflicht verletzt.

Im Januar, als er Ermittlungen gegen Kießling durchführen ließ und sich selbst daran beteiligte, habe er seine verfassungsmäßige Pflicht, die Würde des Generals zu achten und zu schützen, gröblich verletzt. Die Union hingegen sieht diese Vorwürfe als überzogen an. Wörner habe nach bestem Wissen und Gewissen seine Pflicht getan.

Gegen weitere „Nachrüstung"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, hat der Ansicht des Staatssekretärs im US-Verteidigungsministerium, Richard Perle, widersprochen, in Westeuropa könnten über die geplanten 572 nuklearen Mittelstreckensysteme hinaus auch weitere Atomraketen stationiert werden. Im Deutschlandfunk erklärte der General, in dieser Richtung gebe es keine NATO-Planung und keinerlei offizielle Einlassung. Wenn Perle das tatsächlich gesagt habe, sei es seine persönliche Meinung gewesen.

Altenburg konkretisierte, eine zusätzliche Nachrüstung sei nicht vorgesehen. Der politische Zweck sei erfüllt. Mit der begonnenen Stationierung von Pershing 2-Raketen und Marschflugkörpern sei das politische Ziel der Neutralisierung der sowjetischen SS 20-Raketen erreicht.

Der Generalinspekteur äußerte sich auch zur Bundeswehrplanung und sagte, eine Reduzierung der deutschen Streitkräfte auf 400 000 Mann als Folge des „Pillenknicks" sei nicht vorstellbar. Der Negativeffekt in der Allianz sei zu groß. Darüber hinaus bezeichnete es Altenburg aber als „sozial nicht verträglich", der Forderung des europäischen NATO-Oberbefehlshabers, des US-Generals Rogers, zu folgen, die jährlichen Verteidigungsausgaben im Bündnis um vier Prozent real zu erhöhen. Dies sei eine unrealistische Vorstellung. Dennoch meinte auch Altenburg, daß die Forderung von Rogers nach Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeiten angemessen sei. Damit werde man „von nuklearen Optionen" unabhängiger. Eine Steigerung der realen Verteidigungsaufwendungen hielt der Generalinspekteur deshalb für erforderlich. In einem Vortrag in Bad Salzuflen erklärte Altenburg, die NATO-Strategie der Abschreckung werde wahrscheinlich nie auf Nuklearwaffen verzichten können. Das Wissen zu ihrer Herstellung werde nie verschwinden. Erst Nuklearwaffen ließen dem potentiellen Gegner das Risiko eines Angriffs als für ihn untragbar erscheinen.



Schulreform soll Moskaus Herrschaftsmonopol sichern

Alijew: Die Menschen müssen der Partei ergeben sein

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Moskau hat sich ein Jahrhundertwerk vorgenommen: Die gründliche Reform des Schulwesens. Wie immer hält sich die Parteiführung zugute, der Motor der Erneuerung zu sein. Sie will den Prozeß auch „unablässig unter Kontrolle" halten. Geht es ihr doch darum ihr Herrschaftsmonopol mit pädagogischen Mitteln ideologisch abzusichern.

Andere Ziele der Reform treten dahinter zurück, sind aber eng damit verbunden. Das gilt vor allem für die beträchtliche Ausweitung des Arbeitsunterrichts.

Von erstrangiger Bedeutung sei jedoch die „Herausbildung der wissenschaftlichen marxistisch-leninistischen Weltanschauung bei den Jungen und Mädchen", referierte Politbüromitglied Gaidar Alijew im April vor dem Obersten Sowjet. Die kommunistische Erziehung müsse die Menschen so formen, daß sie „der Partei und dem Volk grenzenlos ergeben" sind.

Diesem Idealergebnis entspricht die sowjetische Jugend immer weniger. Um dem Mangel abzuhelfen, der auf längere Sicht die Grundlagen des Regimes gefährdet, beauftragte die Parteiführung soeben die Schulen, „den Unterricht in gesellschaftspolitischen Fächern zu vervollkommnen". Der Ukas des Zentralkomitees kündigte die Neugestaltung des „gesellschaftswissenschaftlichen" Unterrichts in allen Mittelschulen an, die von 1987 an wirksam werden soll. Gleichzeitig sei allgemeine Geschichte nach marxistischen Gesichtspunkten so zu lehren, daß sich am Ende eine enge Verbindung mit dem Spezialfach „Geschichte der Sowjetunion" ergibt. Theoretisch gab es diesen Zusammenhang schon immer.

Kommunistische Ideale

Die neuen ideologischen Anstrengungen gelten vor allem der politischen Moral junger Sowjetmenschen. Der Katalog der Parteiforderungen an die Schule zeigt an, wo die Erziehung bisher versagt hat: Verlangt wird die Vermittlung kommunistischer Ideale, das „Gefühl" der Schüler für sozialistischen Internationalismus bei gleichzeitigem „Stolz" auf das eigene Land, die Bereitschaft zu Arbeit und Verteidigung des Vaterlandes, „Unversöhnlichkeit" gegenüber bürgerlicher Moral und Ideologie, sowie als Kehrseite der Medaille die feste Überzeugung, daß die sowjetische Lebensweise der westlichen überlegen sei. Hilfsweise soll auch der Literatur- und Geographieunterricht in den Dienst dieser Ziele gestellt werden.

Bevor sich die Partei dazu entschloß, die Erziehungseinrichtungen des Staates zum verstärkten Kampf an der ideologischen Front aufzurufen, hatten die Spezialisten für innere und äußere Sicherheit bereits Alarm geschlagen. Die Miliz unter Führung des Innenministers Fedortschuk, eines verdienten KGB-Praktikers, und der Stab der politischen Hauptverwaltung der Armee riefen in einer parallel geführten Pressekampagne gemeinsam nach Maßnahmen, um der Vielfalt jugendlicher Verderbnis entgegenzutreten. In beiden Bereichen wurde schon zu organisatorischer Selbsthilfe gegriffen, wobei sich vor allem die Politoffiziere als berufene Erzieher der Nation empfahlen.

Vorbereitung zum Militär

Von ihnen kamen auch konkrete Forderungen zur „Militär-Patriotischen Erziehung" in den Schulen, die von der Partei jetzt voll übernommen wurden. Diese Erziehung sei, so heißt es im Beschluß des ZK, „entschieden zu verbessern", ebenso die Vorbereitung der Schüler zum Dienst in den Streitkräften. Das soll sowohl geistig wie physisch geschehen, wobei ausdrücklich von militärischem Wissen und entsprechenden Fähigkeiten die Rede ist. Aber auch hier spielen moralische Qualitäten wieder die Hauptrolle, denn die Schulen haben vor allem für die Bereitschaft zur Verteidigung sozialistischer Errungenschaften zu sorgen.

Für den Vielvölkerstaat Sowjetunion, in dem der Anteil des russischen „Staatsvolkes" ständig zurückgeht, während sich nichtslawische Nationalitäten kräftig vermehren, ist die Verbreitung der russischen Sprache ein wichtiges Politikum geworden. Besonders in den asiatischen Republiken, wo sich der Bevölkerungsüberschuß konzentriert, wird sie von relativ vielen Menschen nicht beherrscht. Durch die Schulreform will Moskau auch auf diesem Felde, nicht zuletzt im Interesse der Armee, Boden zurückgewinnen: In den „nationalen Schulen" der Unionsrepubliken, wird der Russisch-Unterricht künftig um zwei bis drei Wochenstunden erhöht. Bei den Siebenjährigen in der zweiten Klasse beginnend bis zum Ende der Schulzeit.

So werde gesichert, hatte Gaidar Alijew vor dem Obersten Sowjet erklärt, „daß jeder Schulabgänger Russisch vollkommen beherrscht". Der Kaukasier aus Baku, vom Parteichef Aserbeidschans zum ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten in Moskau aufgestiegen und somit selbst ein überzeugendes Beispiel gelungener Anpassung, pries das Russische als „Sprache der Freundschaft und der Brüderlichkeit", von der die Menschen aller Nationalitäten „an die Reichtümer der Weltzivilisation herangeführt" würden.

„DDR" droht mit Haftstrafen

-dpa, Berlin

Wehrdienstverweigerer in der „DDR" müssen nach Angaben der „Arbeitsgemeinschaft 13. August" ihre Haftstrafen von durchschnittlich 18 bis 24 Monaten vollständig verbüßen. Auch angesichts der jüngsten „Aussiedlungswelle" gebe es keine Milde für sie, berichtete die Arbeitsgemeinschaft gestern in Berlin. Um die zunehmende Zahl von derzeit 1200 Wehrdienstverweigerern nicht offenkundig werden zu lassen, verteile die „DDR" diese jungen Männer auf nahezu alle Haftanstalten in Mitteldeutschland. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft steigt in der „DDR" auch die Zahl von „Waffenverweigerern", die ihren regulären Wehrdienst ohne Waffe ableisten. Gegenwärtig seien es etwa 2000.

Noch ohne Harmonie

Mk.- Wenn die Bürger wüßten, so ein häufig gehörtes Urteil auf der Ministerratstagung der Europäischen Verkehrsminister (CEMT) in Oslo, mit welchen Problemen die Politiker sich auf solchen Tagungen herumschlagen müssen, sie würden noch mehr den Respekt verlieren.

Von einem Europa, frei von Behinderungen kann nicht die Rede sein: Resolutionen mögen nützlich sein. Es dauert jedoch seine Zeit bis Zustände hergestellt werden, die nicht nur auf Kopfschütteln stoßen. Das Ärgernis „Autobahngebühren", das, wenn es auf den Kern reduziert wird, nur ein Ausfluß der mangelnden Harmonisierung in Europa ist, wird für die Politiker noch lange ein Grund für Tagungen sein.

Denn die Finanzierung der Straßen erfolgt aus sehr unterschiedlichen Quellen. Es wird sowohl die Kfz- als auch die Mineralölsteuer herangezogen. Bei der Kfz-Steuer für einen Lastzug von 38 Tonnen liegt die Belastung im Jahr in Großbritannien bei rund 11 000 DM, die Bundesrepublik folgt mit 9400 DM an zweiter Stelle. In Frankreich sind es nur 400 DM. Die Steuerbelastung eines Liter Diesels liegt zwischen 72 Pfennig in der Schweiz und zwei Pfennig in Italien.

Dieses ist nur eine ökonomische Größe für das, was den Verkehrsfluß in Europa behindert. Hinzu kommen die Unterschiede im Gesundheitsrecht allein schon bei den Vorstellungen, was Freizügigkeit bedeuten soll. Für die Bürger ist dieses häufig unverständlich. Obwohl sich die Politiker sicherlich noch lange bemühen müssen, einen gemeinsamen Nenner in Europa zu finden.

Fernwärme

Wz.- Für den weiteren Ausbau der Fernwärme sprechen vor allem drei Gründe: Energiesparen, Ölsubstitution und Verringerung der Schadstoffbelastung der Umwelt. Vor diesem Hintergrund erscheint der Anteil der Fernwärme am Wärmemarkt mit fünf Prozent nicht eben hoch. Besonders in Ballungsgebieten - aber auch nur dort - bietet die Fernwärme günstige Voraussetzungen für die Realisierung energiepolitischer Ziele von Ländern und Gemeinden. Was jedoch den Aufbau eines Fernwärmenetzes behindert, sind die hohen Anlaufkosten. Daher ist es konsequent, wenn hier das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem Gutachten Subventionen als gerechtfertigt unterstellt. Es fordert vor allem „angebotsorientierte direkte Investitionshilfen" und in der Anlaufphase sogar flankierende Anreize für die Nachfrager. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß nach der Anlaufphase der Wettbewerb den Preis bestimmen muß, nicht die Subvention. Dies scheint bei allen bisher diskutierten Plänen aber nicht gesichert.

Abgespeckte Chemie

Von JOACHIM WEBER

Die Vorstände strahlten stolz, die Börse reagierte schon vorab mit Freuden-Kursen, und die Aktionärsvertreter werden in den Hauptversammlungen wahre Lobeshymnen schmettern: Nach einer Durststrecke von zwei Jahren, die sich in den Ergebnissen eigentlich nur 1982 voll auswirkte, hat die deutsche Großchemie 1983 wieder „klotzig" verdient.

BASF und Hoechst erreichten zwar nicht ganz ihr Glanz- und Glorienjahr 1979 (zumal für ähnliche Gewinne um gut ein Drittel höhere Umsätze nötig waren), Bayer dagegen übertraf den eigenen Rekord von 1980. Bei allen dreien aber war die Erleichterung nach dem Vorjahres-Einbruch deutlich zu spüren.

Ob die Chemie-Vorstände wirklich Anlaß zum Aufatmen haben oder ob die Erholung nur ein Zwischenhoch bleibt, wagt indessen noch niemand zu sagen. Aus gutem Grund: Die Erfolgszahlen von 1983 hatten vielfältige Quellen, von denen einige schon bald wieder versiegt sein dürften.

Der wohl wichtigste Ertragsfaktor bei allen drei Gesellschaften war die günstige Mengenkonjunktur, die nach dem Vorjahresdesaster wieder für vernünftige Auslastungsquoten von 80 Prozent und mehr sorgte. Das ist speziell für die kontinuierlichen Massenproduktionen der Chemie von Bedeutung: Unterhalb einer bestimmten Auslastung (in der Regel um die 75 Prozent) sind diese Prozesse nicht mehr wirtschaftlich zu fahren – die Rentabilitätskurve macht einen Knick und geht steil bergab.

So stimmt es zuversichtlich, daß fürs erste Quartal 1984 durchweg Auslastungen von 85 Prozent gemeldet werden. Doch es scheint gar nicht so sicher, daß damit schon alles ausgestanden ist. Denn die freudeerregende Mengenkonjunktur wird von einem Element mitbestimmt, dessen „Haltbarkeit" völlig unberechenbar ist: der Auffüllung der fast auf Null heruntergefahrenen Kunden-Läger.

Alle drei Chemie-Riesen haben diesen „Pipeline"-Effekt beobachtet. Ist die Pipeline erst einmal wieder gefüllt – und wann sie es ist, hängt letztlich nur von der subjektiven Zukunftseinschätzung der Chemie-Abnehmer ab –, dann fallen wertvolle Absatzprozente weg, die derzeit noch über den verbrauchsbestimmten Bedarf hinaus das Bild verschönern. Vorläufige Prognose der Chemie-Bosse: Bis zur Sommerpause reicht's.

Ein zweiter Ertragsfaktor des Jahres 1983 war der Rückgang der Rohölpreise und damit auch der Kosten für wichtige Chemie-Vorprodukte. Seit dem letzten Quartal 1983 ziehen die Ölnotierungen jedoch wieder an. Wenn die Chemie-Vorstände trotz der verschiedenen „Mitnahme-Effekte" in den Gewinnrechnungen des vergangenen Jahres auch in die Zukunft recht zuversichtlich blicken, dann liegt das nicht nur an den wieder gestärkten Finanzpolstern. Auch andere Hausaufgaben haben sie in den vergangenen Jahren mit (erzwungener) Hingabe angepackt: die strukturellen Fehlentwicklungen, die besonders nach der zweiten Ölpreis-Krise 1979 offenkundig wurden.

Worum es ging, macht das Beispiel der Massenkunststoffe besonders anschaulich. Fast ausschließlich vom Rohstoff Öl abhängig, stiegen ihre Preise 1979/80 teilweise um 50 Prozent und mehr. Die Folge: Die Anwender, zuvor sehr großzügig im Umgang mit den Billig-Werkstoffen, begannen zu sparen. Die Chemie geriet in ihre „Krise der großen Töpfe". Mehrere hunderttausend Jahrestonnen an Kapazitäten wurden stillgelegt, das Geschäft mit gewinnträchtigen „Spezialitäten" wurde verstärkt und die Struktur der neuen Marktsituation anzupassen versucht.

Auch an der Schraube der internen Leistungsfähigkeit wurde gedreht. Seit dem Krisenjahr 1979 stieg die Produktivität (Umsatz je Mitarbeiter) preisbereinigt zwischen 16 (BASF) und 26 (Bayer) Prozent (Hoechst: 17 Prozent). Und nach dem Schrecken der Jahre 1981/82 reichten die Leistungssteigerungen 1983 (bei stagnierenden Preisen) von den 2,2 Prozent der BASF (nur wegen der hauseigenen Preiseinbußen so niedrig) über knapp acht Prozent bei Hoechst bis zu zehn Prozent bei Bayer, zum zweiten (bei Hoechst zum dritten) Mal begleitet von einem Personalabbau.

So präsentieren sich die Chemie-Riesen deutlich abgespeckt und mit Strukturen, die den veränderten Zukunftsaussichten schon zu einem guten Teil angepaßt sind. Ob ihre Verfassung schon ausreicht, wird sich spätestens dann zeigen, wenn es das nächste Mal bergab geht.

HANDEL / Die Warenhäuser warten noch auf den erhofften Aufschwung

Enttäuschung über den Verlauf der Diskussion zur Entbürokratisierung

HANNA GIESKES, Köln

„Aus der Erholung im Handel ist noch nicht der erhoffte Aufschwung geworden." Heinrich W. Heyer, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG), mußte gestern in Köln einräumen, daß die Umsatzentwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres „nicht allzu günstig" verlaufen ist. Denoch kann er sich nicht vorstellen, „daß die Sache nun gänzlich umkippt".

Die Warenhausunternehmen, die einen Anteil von gut zehn Prozent am Umsatz des gesamten institutionellen Einzelhandels von rund 448 Milliarden Mark haben, mußten von Januar bis April 1984 Umsatzeinbußen zwischen zwei und 2,5 Prozent hinnehmen. Der gesamte Einzelhandel einschließlich Kraftfahrzeuge, Brenn- und Kraftstoffe sowie Apotheken kam im selben Zeitraum auf ein Plus zwischen drei und 3,5 Prozent. Heyer erklärt das mit der die Kauflust dämpfenden tarifpolitischen Situation: „Solche Entwicklungen sind immer da besonders spürbar, wo die Masse der Käufer hingeht." Er sei überzeugt davon, daß auch die Warenhäuser im Verlauf dieses Jahres wieder aufholen werden.

„Sehr enttäuscht" ist der Präsident des Kölner Handelsverbandes über den Verlauf der „Entbürokratisierungs-Debatte". Man habe auf die Befreiung von hemmenden Vorschriften gehofft, im Baurecht etwa und vor allem im Lebensmittelrecht, wo ein Händler heutzutage über 200 Gesetze und Verordnungen zu beachten hat. Und „wie ein Blitz aus heiterem Himmel" sei die von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vorgeschlagene Aufhebung des Sonderveranstaltungsrechts, des Rechts der Aus- und Räumungsverkäufe sowie des Rabattgesetzes auf den deutschen Handel hereingebrochen. Heyer kann sich nicht vorstellen, daß eine Suspendierung dieser Vorschriften irgend jemandem nützen wird, „auch nicht dem Verraucher, der dann zu Preisvergleichen überhaupt nicht mehr in der Lage wäre".

Gleichermaßen ablehnend steht die Bundesarbeitsgemeinschaft den Vorschlägen von Bundesfamilienminister Heiner Geißler für eine Lockerung des Ladenschlußgesetzes gegenüber. Auf diese Weise würden lediglich Kosten erhöht, „die letztlich der Verbraucher tragen muß". Arbeitsmarktpolitische Effekte hält Heyer für unwahrscheinlich, da schon heute rund 30 Prozent der Arbeitskräfte im Einzelhandel Teilzeitkräfte seien. Die Behauptung, damit werde ein Beitrag zur Entbürokratisierung geleistet, sei „politischer Etikettenschwindel": Bei einer flexibleren Gestaltung nehme die Zahl der Streitfälle zu, „mit denen sich dann Gewerbeaufsicht und Gerichte beschäftigen müssen".

Verwundert zeigt man sich bei der BAG über den jüngsten Vorstoß der Mittelstandsvereinigung der CDU in Sachen „Novellierung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb". Die Verbände des Handels und der Industrie, die sich zur Zeit sehr eindringlich darum bemühen, über eine Fortschreibung der Gemeinsamen Erklärung zur Sicherung des Leistungswettbewerbs von 1975 die ärgsten Wettbewerbsverzerrungen freiwillig auszumerzen, sehen sich damit „keineswegs unterstützt". Sie hatten bisher damit gerechnet, daß die Mittelstandsvereinigung bis zum Ende der Sommerpause abwarten und einen Entwurf nur dann präsentieren werde, wenn die freiwilligen Anstrengungen scheiterten. Seit einigen Tagen liegt dieser Entwurf nun auf dem Tisch, „und damit werden unsere sämtlichen Mühen negiert", klagt der BAG-Präsident.

Stolz ist die Organisation darauf, daß es den Mittel- und Großbetrieben des Einzelhandels gelungen ist, ihr Angebot an Ausbildungsplätzen in diesem Jahr um acht Prozent von 12 000 auf 13 000 zu erhöhen. Dies sei um so beachtlicher, „als unsere Mitgliedsfirmen schon im Vorjahr deutlich mehr Auszubildende eingestellt hatten, zum Teil über 25 Prozent". Heyer teilte mit, daß er zu der am Freitag in München beginnenden Mitgliederversammlung seines Verbandes noch einmal aufgerufen habe, die Zahl der Ausbildungsplätze weiter zu erhöhen: „Die ersten Ergebnisse sind ermutigend."

RENTENVERSICHERUNG

Nur geringer Spielraum zur Schließung von Lücken

HEINZ HECK, Bonn

Die Rentenversicherung verzeichnet in diesem Jahr trotz umfangreicher Konsolidierungsmaßnahmen mit rund 13 Milliarden Mark oder 1,2 Monatsausgaben einen „Rücklagen-Tiefststand". Daher besteht nach Meinung des Bonner Instituts Finanzen und Steuern „nicht mehr der geringste Spielraum zur Schließung von Finanzierungslücken aufgrund unerwarteter konjunkturbedingter Defizite".

Erst recht seien für leistungsverbessernde Maßnahmen, wie etwa die vom Bundesverfassungsgericht bis 1984 verlangte Gleichstellung von Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung, „keine finanziellen Reserven vorhanden", heißt es in einer jetzt veröffentlichten Untersuchung. „Die Ausgaben des Bundes im Bereich der sozialen Sicherung", die sich kritisch mit den bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen auseinandersetzt.

Das Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung könne ein finanzielles Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung „längerfristig nicht sicherstellen". Hinzu kommt, daß die Einsparungen des Bundes bei der gesetzlichen Rentenversicherung „zum überwiegenden Teil auf Einnahmeerhöhungen durch Ausweitung der Beitragspflicht" beruhten; bei der Arbeitslosenversicherung seien sie nur zu knapp zwei Dritteln auf Leistungskürzungen zurückzuführen, der Rest auf Beitragserhöhungen. Das Fazit: „Diese schwerpunktmäßige Konsolidierung über eine die Leistungsbereitschaft weiter schwächende Erhöhung der Abgabenbelastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wirkt im derzeitigen Verlauf einer verhaltenen wirtschaftlichen Erholungsphase den konjunkturellen Erfordernissen entgegen."

Kritisiert wird ferner, daß - zum Beispiel mit der Ausdehnung des Mutterschaftsurlaubs auf alle Mütter ab 1987 - nicht nur die vielbeklagte Gießkannenpolitik fortgesetzt, sondern zugleich die Gelegenheit zur Bereinigung einer bisher als sozialpolitisch unausgewogen geltenden Transferleistung versäumt worden sei.

Immerhin wird anerkannt, daß sich die Bundesregierung seit Amtsantritt im Herbst 1982 um einen Rückgang des Sozialausgabenanteils an den Bundesausgaben bemüht. Der Planung zufolge soll dieser Anteil von knapp 33 Prozent in diesem Jahr (84 Milliarden Mark Sozialausgaben bei 257 Milliarden Mark Etatvolumen) auf rund 30 Prozent 1987 (84 gegenüber 281 Milliarden) zurückgeführt werden. Allerdings wittert das Institut vor allem mit Blick auf die den Berechnungen zugrunde liegenden hohen Zuwachsraten der durchschnittlichen Bruttoentgelte „nicht unerhebliche Haushaltsrisiken".

Das gilt allerdings nicht für die Zahlungen an Arbeitslose. Hier wird in naher Zukunft nicht mit unerwarteten Mehrausgaben gerechnet.

AUF EIN WORT

„Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, wo die Ursachen von Preissteigerungen liegen. Die derzeitige Teuerungsrate könnte bei strikter Beseitigung aller Einfuhrhindernisse deutlich gesenkt werden."

Gerd C. Kade, Präsident der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e. V., Köln FOTO: PRINT

Wohnungsmarkt normalisiert

AP, Bonn

Auf dem Wohnungsmarkt der Bundesrepublik zeichnet sich zunehmend ein „Normalisierungsprozeß" ab. Zu diesem Ergebnis kamen die Spitzenverbände der Wohnungswirtschaft bei einem Gespräch mit Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) in Bonn, teilte ein Sprecher des Ministeriums mit. Hinweise auf leerstehende Wohnungen und Schwierigkeiten von Vermietern, einen Mieter zu finden, werteten die Experten als Hinweis darauf, daß es „in weiten Teilen der Bundesrepublik ausgeglichene Mietwohnungsmärkte" gibt. Schneider meinte jedoch, es sei verfehlt, aus dem teilweisen Überangebot ein allgemeines „Leerstandsproblem" zu machen.

JAPAN

Deutsche Industrie wünscht ein Frühinformtions-System

HEINZ HECK, Bonn

Die deutsche Industrie hat angesichts des wachsenden Wettbewerbsdrucks aus Japan einen „erheblichen Informationsbedarf" über die dortige Entwicklung, vor allem in Wissenschaft und Technik. Jedoch stellen Sprache und Schrift selbst für deutsche Großunternehmen eine nur schwer zu überwindende Hürde dar. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat daher etwa vor Jahresfrist das Ostasien-Institut mit einer Untersuchung beauftragt. Die Ergebnisse einer Umfrage bei 15 Unternehmen der Elektrotechnik/Elektronik, des Maschinenbaus und der Chemie liegen jetzt vor.

Fast alle Unternehmen befürworten die Einrichtung eines Frühinformationssystems, das rechtzeitig, benutzerorientiert und kontinuierlich alle für ein Unternehmen wichtigen Informationen aus und über Japan aufbereitet und in verdichteter Form den Unternehmen als Entscheidungshilfe liefert.

Angesichts des übereinstimmenden Interesses der befragten Unternehmen wird in der Studie vorgeschlagen, die Frühinformation mit einem Modellversuch zum Themenkomplex „Materialforschung und Werkstoffentwicklung in Japan" zu beginnen. Diese periodische Berichterstattung sollte Stand, Entwicklungsrichtung und -dynamik auf diesem Gebiet identifizieren, analysieren und bewerten, vor allem auch mit Blick auf voraussichtliche Auswirkungen auf Westeuropa (Konkurrenzdruck durch Substitution herkömmlicher Werkstoffe oder die Einführung neuer Fertigungsverfahren). Ein weiterer Modellversuch sollte der Biotechnologie gelten.

IFO-KONJUNKTURTEST

Auftragsbestand am Bau wieder auf Rezessionsniveau

dpa/VWD, München

Das Bauhauptgewerbe der Bundesrepublik beurteilt seine Situation erneut deutlich ungünstiger. Wie das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, in seinem Konjunkturtest April schreibt, lag der saisonbereinigte Auftragsbestand mit einer Reichweite von nur noch 2,1 Monaten wieder auf dem Rezessionsniveau von April 1982. Der Auslastungsgrad entsprach mit gut 54 Prozent dem vergleichbaren Vorjahreswert. Der Preisanstieg hat sich verlangsamt, auch für die nächsten Monate rechnen die Unternehmen mit nur geringen Preissteigerungen.

Trotz eines Produktionsanstiegs hat sich die Reichweite der Auftragsbestände im Straßenbau im April gegenüber März von zwei auf 2,1 Monate und im sonstigen Tiefbau von 2,4 auf 2,5 Monate verlängert. Im Hochbau verstärkte sich die seit Frühjahr 1983 anhaltende Verschlechterung des Geschäftsklimas in den ersten Monaten 1984. Die Reichweite der Auftragsbestände hat sich deutlich verkürzt. Am größten war der Rückgang im Wohnungsbau von 2,9 Monaten im April 1983 auf 2,1 Monate im April 1984. Im öffentlichen Hochbau wurde mit 1,5 Monaten der niedrigste April-Auftragsbestand seit Einführung des Ifo-Konjunkturtests im Jahr 1958 erreicht.

Rund 70 Prozent der Hochbau-Unternehmen bezeichneten ihre Auftragsbestände als zu klein. Auch im Fertigteilhochbau hat sich die Geschäftslage erneut verschlechtert. Zwar wurde die Produktion wieder ausgeweitet, der Auslastungsgrad der Geräte lag mit 67 Prozent jedoch immer noch unter dem Vorjahreswert von 70 Prozent. Der Auftragsbestand ging auf 3,5 (3,9) Monate zurück.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

DIW: Fernwärme weiter förderungswürdig

Berlin (VWD) – Den Ausbau der Fernwärme hält das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) trotz hoher Anlaufkosten aus gesamtwirtschaftlicher Sicht weiterhin für förderungswürdig. Das DIW erklärt, daß ein Haupthemmnis für den Ausbau der Fernwärme der oft bis zu zehn Jahren dauernde Zeitraum sei, der bis zur wirtschaftlichen Auslastung des Netzes vergehen könne. Aus diesem Grund biete weniger der Fernwärmeausbau durch Anschlußverdichtung in bereits versorgten Gebieten als vielmehr die Erschließung neuer Versorgungsgebiete Probleme.

Existenzgründungen

Bonn (dpa/VWD) – Der Deutsche Industrie- und Handestag hat ein Ansparmodell für Existenzgründer vorgeschlagen, das über eine Prämie, wie es vom Prämiensparen her bekannt ist, junge Menschen dazu bringen soll, Unternehmen zu gründen. Dieses Programm könnte das bis 1986 laufende Eigenkapitalhilfeprogramm der Bundesregierung ablösen. Im Zuge des Ansparmodells sollen die Kreditinstitute, bei denen die Existenzgründungssparverträge abgeschlossen werden, dem Jungunternehmer darüber hinaus entsprechende Darlehen für die Existenzgründung gewähren. Auch öffentliche Kreditprogramme wären denkbar, meint der DIHT.

Mehr Selbsthilfe

Bonn (dpa/VWD) – Für mehr Qualität und Effizienz bei der Entwicklungshilfe hat sich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmar Köhler (CDU), ausgesprochen. Nachdem bei der Quantität keine großen Sprünge mehr möglich seien, sollte die Frage, wie gemeinsam mit den Entwicklungsländern für mehr Wirksamkeit gesorgt werden könne, nicht als Unheil bedauert, sondern als Herausforderung angenommen werden, sagte Köhler. Die Menschen in der Dritten Welt brauchten vor allem mehr Spielraum, um sich selbst zu helfen, mehr Zugang zu Ausbildung, Beratung und Kredit, mehr Chancen, um sich selbst zu ernähren und um eigene Arbeitsplätze zu schaffen.

Zinsentwicklung negativ

Bonn (AP) – Der Arbeitskampf und die hohen US-Zinsen haben nach Meinung der Hypothekenbanken die Zins-Aussichten auf dem deutschen Kapitalmarkt verdüstert. In einer Erklärung des Verbandes deutscher Hypothekenbanken heißt es, die Effektivzinsen für festverzinsliche Wertpapiere mit zehnjähriger Laufzeit lägen bereits wieder bei 8,30 Prozent. Die Zinsen würden sogar noch weiter steigen, wenn es nicht rasch zu einem Abschluß der „völlig unzeitgemäßen verteilungspolitischen Auseinandersetzungen" komme.

Privatisierung geplant

London (dpa/VWD) – Die zum staatlichen Automobilkonzern BL (ehemals British Leyland) gehörende Jaguar Cars Ltd soll bis zum Ende des Jahres privatisiert werden, teilte Handels- und Industrieminister Norman Tebbit im Unterhaus mit. Die Nobelmarke Jaguar hat im vergangenen Jahr erstmals wieder Rekordverkaufsergebnisse verbucht. Von den 29 100 insgesamt verkauften Autos ging der Löwenanteil von 22 150 Fahrzeugen im Wert von 430 Millionen Pfund (1,7 Mrd. DM) ins Ausland.

Umschuldung gefährdet

Washington (VWD) – Nachdem die Gespräche mit dem IWF gescheitert sind, ist es fraglich, ob es in absehbarer Zeit zu einer Umschuldung der nigerianischen Handelsverbindlichkeiten kommen wird. Wie aus Bankenkreisen in Washington weiter verlautet, sei gegenwärtig nicht klar, ob die Gespräche mit dem IWF als endgültig abgebrochen zu betrachten seien.

EUROPÄISCHE VERKEHRSMINISTER

An den Grenzen künftig nur noch Stichproben?

HANS-J. MAHNKE, Oslo

Alle bedeutenden Grenzübergänge in Europa sollen in Zukunft auch für Lkw 24 Stunden am Tag geöffnet haben. Andere Übergänge sollen dem Bedarf angepaßt werden, sie sollen zumindest zwölf Stunden betriebsbereit sein. Dies steht in einer Resolution, die jetzt der Ministerrat der Europäischen Verkehrsminister (CEMT) auf seiner Tagung in Oslo beschlossen hat.

Überdies sprechen sich die Minister, die aus 19 europäischen Staaten kamen, dafür aus, daß an den Grenzen nur noch Stichproben gemacht werden und daß die Dokumente gegenseitig anerkannt werden sollen. Ferner könnten verstärkt Kontrollen in das Hinterland verlegt werden, zum Beispiel bei Stellen, die wie Kühlhäuser dafür geeignet sind. Der Zweck: Der Verkehrsfluß in Europa soll beschleunigt werden.

Wie schwer das ist, zeigte sich an dem Disput zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Österreich. Die EG will als Regellastwagen den 40-Tonner einführen. Die Österreicher wollen ein solches Fahrzeug auf ihren Straßen nicht dulden, sie bleiben bei dem 38-Tonner. Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat daraufhin sofort Verhandlungen zwischen der EG und Österreich angeregt. Er verwies dabei auf den Umstand, daß auch die Bundesrepublik ein großes Transitland ist.

Über die Aufstockung des multilateralen CEMT-Kontingents soll erst im Herbst entschieden werden. Die Bundesregierung setzt sich noch für weitere Untersuchungen ein, sie fordert auch eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen.

US-KONJUNKTUR / Die Preissteigerung hat sich wieder beschleunigt

Nur Nahrungsmittel bleiben stabil

H.-A. SIEBERT, Washington

„Wo ist die Inflation?", fragte kürzlich US-Finanzminister Donald Regan, als er die restriktive Geldpolitik des Federal Reserve Board kritisierte. Die Antwort gab jetzt das Arbeitsministerium in Washington: Sie stecke immer noch im System und habe sich sogar beschleunigt. Haushaltsdefizite, die sechs Prozent des Bruttosozialprodukts übersteigen, wirkten bei zunehmender Erschöpfung brachliegender Ressourcen preistreibend.

Nach Angaben des Ministeriums erhöhten sich die US-Verbraucherpreise im April um 0,5 Prozent, verglichen mit 0,2 und 0,4 Prozent in den beiden Vormonaten sowie durchschnittlichen 4,3 Prozent im ersten Quartal 1984. Wenn dieses Teuerungstempo in den kommenden elf Monaten anhält, würde die Jahresrate sechs Prozent betragen, gegenüber 4,5 Prozent seit April 1983.

Namhafte Institute in den USA sind pessimistischer. So sagt das Forschungszentrum für internationale Konjunkturzyklen an der New Yorker Columbia-Universität, das die Beschäftigungstrends, die Rohstoffpreise und die Kreditnachfrage mißt, für Ende dieses Jahres und Anfang 1985 Inflationsraten von acht oder neun auf Jahresbasis voraus. Andere unterstellen siebenprozentige Teuerungsschübe, wobei eine Explosion der Importpreise nach einem Rutsch des Dollarkurses nicht berücksichtigt ist.

Bei einer Korrektur des überbewerteten Dollars könne aber auch dies eintreten: Zur Zeit zwingt die ausländische Konkurrenz einfuhrempfindliche amerikanische Unternehmen, eine vorsichtige Preispolitik zu betreiben. Sie würden sonst völlig aus ihrem Markt verdrängt. Die Firmen ziehen aber sofort mit, wenn sich ausländische Waren in den USA über den Dollar verteuern. Es entstehe also ein doppelter Effekt.

Amerikas Verbraucherpreisindex erreichte im April 308,8 (1967 = 100) Punkte. Das heißt, ein bestimmter Warenkorb hat sich in den vergangenen 17 Jahren um 209 Prozent verteuert. Am schnellsten stiegen die Preise im Berichtsmonat für Unterhaltung (0,8) sowie Wohnung und Transport (jeweils 0,6 Prozent). Nicht bewegt haben sich die Nahrungsmittelpreise, eine Folge des im Frühjahr üblichen großen Angebots.

Der Preisauftrieb vollzieht sich derzeit schneller als in den „Spitzenjahren" 1970/73. Damals stieg die Teuerungsrate in 36 Monaten von 4,3 auf 7,1 Prozent. Weil die Bestellungen von Rüstungsgüter und Flugzeugen stark gesunken sind, mißt das US-Handelsministerium dem Rückgang der Fertigwaren-Aufträge im März um 6,4 Prozent konjunkturell keine große Bedeutung bei.

USA

Reagan gegen höhere Steuern

sbt. Washington

In den USA werden die Steuern nur dann erhöht, wenn auf der Ausgabenseite nichts mehr zu streichen ist und andere Einnahmequellen nicht zu erschließen sind. Das erklärte Präsident Ronald Reagan in einer Pressekonferenz in Washington. Bis zu einer Anhebung der Steuern sei es aber noch ein weiter Weg, weil der Staat sich immer noch ein zu großes Stück aus dem Wirtschaftskuchen herausbreche.

In Schutz nahm Reagan die US-Notenbank, deren Geldpolitik von anderen Mitgliedern der Administration attrackiert worden ist. Die Geldversorgung entspreche dem angestrebten Ziel, betonte er. Die Frage, ob Amerika angesichts steigender Zinsen und sinkender Aktienkurse auf eine Rezession zusteuere, beantwortete der Präsident mit einem glatten Nein. Als unnötig bezeichnete er die jüngsten Zinserhöhungen, sie würden bald korrigiert.

Laut Reagan werden die US-Haushaltsdefizite für die kommenden Jahre von den Fachleuten überschätzt. Er ließ keinen Zweifel daran, daß er ähnlich auch auf dem Londoner Wirtschaftsgipfel argumentieren wird. Trotz der schweren Krise, in der die Continental Illinois National Bank and Trust Co. in Chicago steckt, hält Reagan das amerikanische Bankensystem für nicht gefährdet.

Efta: Enger mit der EG

dpa/VWD, Visby

Die sieben Länder der Europäischen Freihandelszone (Efta) haben eine engere Zusammenarbeit mit der EG beschlossen. Der Ministerrat der Efta erklärte in Visby/Schweden, daß der EG-Kommission in Brüssel entsprechende Vorschläge unterbreitet werden sollen. Nach der ersten gemeinsamen Sitzung der Ministerräte von Efta und EG im vergangenen Monat in Luxemburg seien nun gute Voraussetzungen für eine erweiterte gemeinsame Arbeit beider Gemeinschaften geschaffen worden, meinte der schwedische Außenhandelsminister Mats Hellström in Visby. Am 1. Januar 1984 seien die letzten Zollschranken zwischen EG und Efta gefallen. Die 17 Länder bildeten nun mit 300 Millionen Menschen das größte geschlossene Freihandelsgebiet der Welt. Der Efta-Ministerrat hat ein Arbeitsprogramm angenommen, das sich im wesentlichen auf die am Montag vorgelegten Empfehlungen des ratgebenden Komitees stützt.

NAMEN

Heinz Hilsbecher, geschäftsführender Gesellschafter von Telefonbau und Normalzeit (TN), wird am 25. Mai 60 Jahre alt.

Werner Schulz (40), bisher stellvertretendes Vorstandsmitglied der Norddeutschen Hypotheken- und Wechselbank AG, Hamburg, ist mit Wirkung vom 1. Juli zum ordentlichen Vorstandsmitglied ernannt worden.

Dr. Hans Christian Schroeder Hohenwarth, bisher Geschäftsinhaber der BHF-Bank, wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Bank gewählt. Er löst in dieser Funktion **Dr. Hans Georg Gotheiner** ab, der ebenso wie **Horst Elfe** aus dem Aufsichtsrat ausscheidet. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde außerdem **Karl Heinz Busacker**, Vorstandsmitglied der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie GmbH.

WELLA / Bereits im ersten Quartal ein Umsatzplus von 16 Prozent – Anhebung der Dividende möglich

In diesem Jahr weiterhin auf Wachstumskurs

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Wella AG, die weltweit zu den führenden Unternehmen der Haarkosmetik gehört, will auch in diesem Jahr auf Wachstumskurs bleiben. Vorstandsvorsitzender Karl Heinz Krutzki erwartet für die AG – überwiegend in Deutschland aktiv – für das ganze Jahr rund zehn Prozent Umsatzplus, in der Gruppe rechnet er mit einem Wachstum von 8 bis 9 Prozent. Beim Gewinn werde der Zuwachs darüber liegen.

Bereits das erste Quartal dieses Jahres brachte dem Darmstädter Haar- und Körperpflegeunternehmen ein Plus von 16,2 Prozent gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres beim Umsatz und von 18,1 Prozent beim Gewinn vor Steuern. In der Gruppe wuchs der Umsatz um 11,5 Prozent, der Gewinn um 13,5 Prozent.

Weltweit ist Wella in rund 145 Ländern vertreten (Krutzki: „Es gibt kein Land, in dem Wella-Produkte nicht zu kaufen sind") und unterhält 72 eigene Gesellschaften. Regional sei Indien der einzige „weiße Fleck" auf der Wella-Landkarte. Erhebliches Wachstumspotential sieht das Unternehmen in den USA und im pazifischen Raum. Dort wurde inzwischen, ausgehend von der erfolgreichen japanischen Tochter, ein dichtes Netz an Beteiligungs- und eigenen Unternehmen geknüpft und mit eigenen Produktionsstätten eine solide Basis gelegt. Weitere Möglichkeiten zuzulegen werden weltweit vor allem noch im Endverbrauchergeschäft und in Sachen Körperpflege gesehen.

In diesem für Wella noch recht jungen Bereich (der Anteil am Umsatz dürfte in diesem Jahr rund 5 Prozent erreichen) ist die AG im vergangenen Jahr mit einer Ausweitung um 140 Prozent gerade in der Bundesrepublik deutlich vorangekommen; bei Technik und Service wurden 50 Prozent zugelegt. Die Pflege dieses Arbeitsgebietes hat für Wella einen hohen Stellenwert. Denn oft erweise sich die Einrichtung eines ersten Friseursalons als „Eintrittskarte" für das weitere Geschäft. So auch in der Volksrepublik China, wo ein Joint-venture bereits im ersten Rumpfgeschäftsjahr einen „kleinen Gewinn" brachte.

Insgesamt trugen die Regionen Asien, Pazifik und Afrika im vergangenen Jahr 267 (i. V. 224) Mill. DM zu Wella-Weltumsatz bei; auf Europa (ohne Deutschland) entfallen 477 (439) Mill. DM, auf Amerika 278 (300) Mill. DM, auf die Bundesrepublik 470 (422) Mill. DM. Der Rückgang im Amerika-Geschäft geht dabei auf das Konto von Kursveränderungen in Lateinamerika, wo aber, wie Krutzki betonte, alle Beteiligungen mit Gewinn arbeiten. Nach Sparten liegt der Schwerpunkt mit einem Umsatzanteil von 86 (85) Prozent nach wie vor bei der Haarpflege.

Während 1983 in der Bundesrepublik das Geschäft deutlich stärker als der Markt und auch als das Weltgeschäft wuchs, zog bei der Gewinnentwicklung das Ausland davon, wie die auf 4,1 (3,9) Prozent gestiegene Weltumsatzrendite zeigt. Der Cash-flow für die Gruppe wird mit 13,2 Prozent vom Umsatz angegeben und liegt hiermit erheblich über dem Durchschnitt deutscher Industrieunternehmen; der Jahresüberschuß in der Gruppe stieg um gut 12 Prozent auf 58,2 (52) Mill. DM.

Deutlich signalisiert auch der auf 112 Mill. DM Grundkapital vergleichbar gemachte Gewinn pro 30-DM-Aktie (nach DVFA) von 33 (30) DM erzielte Ertragsverbesserung. Die Aktionäre werden daran mit einer unveränderten Dividende von 14 Prozent für die bei den Familieneigentümern liegenden Stammaktien und 16 Prozent für die breit gestreuten Vorzugsaktien (27,1 Mill. DM des Grundkapitals) partizipieren. Bei der Vorlage des Geschäftsberichts bekräftigte Krutzki den Willen zur „gewinnorientierten Dividende". Im Klartext: Wenn die Wella-Planungen für 1984 aufgehen, steht eine Dividendenanhebung ins Haus.

Kürzer treten wird das Unternehmen mit weltweit 9850 (9964) Mitarbeitern (davon 2830 in Deutschland) in diesem Jahr mit den Investitionen, für die 1983 weltweit 32 Mill. DM für Sach- und 57 Mill. DM für Finanzanlagen aufgewendet wurden. Mit einem hohen *Liquiditätspolster* von rund 200 Mill. DM (rund 25 Prozent der Bilanzsumme) im Rücken hält die AG freilich weiter nach passenden Beteiligungen Ausschau.

Wella AG	1983	±%
Weltumsatz (Mill. DM)	1416	+ 7
AG	430	+ 12,3
dav. Export (%)	14,4	(15,4)
Brutto-Cash-flow AG [1])	32,5	+ 16,9
Jahresüberschuß	16,2	+ 12,5
Umsatzrendite (%)	3,8	(3,7)

[1]) nach Angaben der Verwaltung

CHEMISCHE HÜLS / Ertrag zum Sanieren der Düngemittel-Sparte genutzt

Massenware nun im Aufschwung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Schwächer als anderes, aber gleichfalls deutlich hat der im zweiten Halbjahr 1983 einsetzende Aufschwung der Chemiekonjunktur auch die petrochemische Massenware erfaßt. Die Chemische Werke Hüls AG, Marl, im Gruppenumsatz Nummer fünf unter den großen deutschen Chemieunternehmen und in diesem Quintett mit ihrem Geschäft immer noch am meisten vom Schicksal der besonders konjunkturreagiblen Massenware abhängig, hätte schon 1983 den aufkeimenden Aufschwung nutzen können, um nach zwei dividendenlosen Vorjahren das Aktienkapital von 480 Mill. DM mit 10 Prozent Dividende zu bedienen. Doch Konzernmutter Veba, die dem Riesenheer ihrer Aktionäre für 1983 ohnehin eine stabile Dividende von 7,50 DM versprochen hat, brauchte den Chemieertrag nicht. Hüls durfte ihn zum Großreinemachen in der Problemsparte Düngemittel benutzen.

Prof. Carl Heinrich Krauch, Vorstandschef der so großzügig behandelten Veba-Tochter, verspricht schon jetzt den Dank dafür auf 1984: Mindestens 10 Prozent Dividende werde die Mutter wohl bekommen. Das ist kein Propheten-Übermut. Denn die Ertragsbesserung, 1983 vornehmlich noch aus Erfolgen der mehrjährigen Strukturbesserungs-Programme und einem bei zäher Erlöserholung um 5,9 Prozent gestiegenen AG-Mengenabsatz gespeist, wird nun auch vom beträchtlichen Anstieg der bisherigen Kellerpreise für die Massenware beflügelt.

Sinnfälligstes Indiz: Im ersten Tertial 1984 stiegen bei der Hüls AG der Mengenabsatz um 3 Prozent auf 1,3 Mill. t und der Umsatz um 19 Prozent auf 1,8 Mrd. DM. Zumal die große PVC-Kunststoffpalette, mit der Hüls zu den größten europäischen Produzenten gehört, kam nun mit „noch nicht voll ausreichender" Preiserholung um ein Drittel gegenüber dem vor Jahresfrist registrierten Stand wieder in die schwarzen Zahlen. Die Ammoniak/Düngemittel-Sparte, deren Betriebe 1983 nach Vollabschreibung der Bilanzwerte an die Veba Öl AG zwecks rohstoffgünstigerem Betrieb verpachtet wurden (aus ähnlichem Grund wurde der 50-Prozent-Anteil an 50 Mill. DM Kapital der Gewerkschaft Victor „unter Buchwert" an den Partner BASF verkauft), lebt nun wenigstens mit Halbierung ihrer horrenden 1983er Verluste (fast dreimal so hoch wie der 1982er Verlust von 25 Mill. DM) und wartet „nur noch" auf Marktbelebung für den Rest der Verlustbewältigung.

Abseits dieses Sparten-Problems sieht der Hüls-Chef das Unternehmen in Kostenreduzierung (nun nicht mehr mit Personalabbau) und Produktinnovation auf hoffnungsreichem Wege. Bei den Energiekosten habe man schon 1983 etwa die Hälfte des Weges zu nur noch 10 (statt 15) Prozent des Umsatzes erreicht. „Höherwertiges und Serviceorientiertes" im Produktfächer bringe nun doch schon 40 Prozent vom AG-Umsatz oder die Hälfte mehr als vor zwei Jahren. Bei 1984 leicht steigenden Sachinvestitionen und Anstieg des Forschungsaufwands (1983: etwa 170 Mill. DM) soll der Vormarsch zu „intelligenten Produkten" die Basis künftigen Ertragserfolgs bringen.

Hüls-Gruppe	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	5828	+ 2,4
Auslandsanteil (%)	46,2	(45,5)
Sachinvestitionen	293	+ 7,4
Hüls-AG		
Beschäftigte	15 968	- 6,8
Umsatz	5160	+ 3,1
Exportquote (%)	43,4	(43,7)
Sachinvestitionen	247	+ 6,6
Netto-Cash-flow	115	115,5
Jahresüberschuß	-	-

VEREINIGTE PAPIERWERKE / Marktanteile an „weiße Ware" verloren

1984 ausgeglichenes Ergebnis erhofft

DANKWARD SEITZ, München

Auf den ersten Blick scheint das Bekenntnis der Vereinigten Papierwerke Schickedanz & Co., Nürnberg, zum Markenartikel (Tempo, Camelia, Lavex, Moltex) ungebrochen. Vor dem Hintergrund des harten Wettbewerbs innerhalb der Branche und der weiterhin vorgedrungenen „weißen Ware" wird das Unternehmen, so Verwaltungsratsvorsitzender Wolfgang Bühler, künftig die Forschung und Entwicklung solcher Produkte noch stärker forcieren, um die führende Marktposition festigen und noch ausbauen zu können.

Doch so überzeugend wie in früheren Jahren klingt dies nicht mehr. Denn nach Ansicht von Gottfried Beecker, seit Anfang Februar 1984 neuer Vorstandsvorsitzender, hat man in den letzten Jahren „das Feld der weißen Ware anderen Herstellern zu lange überlassen". So soll die Mitte 1983 begonnene Produktion dieser Namenlosen in allen Sparten erweitert werden. „Zweigleisigkeit" lautet jetzt die Devise.

Ausgelöst wurde dieser Gesinnungswandel ganz offensichtlich dadurch, daß die Vereinigten Papierwerke 1983 teils deutliche Marktanteile an die Namenlosen verloren haben. Die Folge: Erstmals seit Jahren verzeichnete die Gruppe 1983/84 (31. 1.) einen Rückgang beim Außenumsatz von 4,0 (plus 0,7) Prozent auf 1,07 Mrd. DM. Die Auslandsgruppe steuerte dazu 277,9 Mill. DM (kursbereinigt plus 2,4 Prozent bei).

Die Inlandsgruppe kam hingegen auf einen Außenumsatz von 795,2 Mill. DM, was ein Minus von 3 Prozent bedeutet. Bemerkenswert ist dabei, daß die Papierhygiene GmbH, die Produkte im mittleren Preissegment und „weiße Ware" vertreibt, ein recht beachtliches Umsatzplus von 53 Prozent auf 76,6 Mill. DM erzielte. Eine leichte Einbuße von einem Prozent auf 86,6 Mill. DM ergab sich zudem im Verpackungsbereich. Die Tochter Chemische Union GmbH hatte ein Umsatzplus von 8 Prozent auf 81,7 Mill. DM.

Kosteneinsparungen in allen Bereichen des Unternehmens – unter anderem wurde auch die Belegschaft auf 5450 (6100) Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt abgebaut – führten trotz erheblicher Preissteigerungen bei Rohstoffen noch dazu, daß das Betriebsergebnis auf rund 2,1 (0,4) Mill. DM verbessert werden konnte. Im Auslandsgeschäft mußten dabei nach Angaben von Bühler noch einmal Verluste hingenommen werden.

Daß insgesamt ein Bilanzverlust von 29,6 Mill. DM nach einem Überschuß von 0,4 Mill. DM im Vorjahr verblieb, wird mit einigen Sondermaßnahmen (Pensionsrückstellungen) sowie mit der Ausnutzung aller steuerlichen Möglichkeiten begründet. Noch im Januar wurde daher das Grundkapital um 19 Mill. DM aufgestockt. Nach Verrechnung des Verlusts steht es noch mit 93,7 (106,3) Mill. DM zu Buche. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme (376,7 nach 395,0 Mill. DM) reduzierte sich auf 24,9 (26,9) Prozent.

Wenn auch das laufende Geschäftsjahr unverändert schwierig bleiben wird, so rechnet Bühler dennoch damit, daß es mit weiteren Kosteneinsparungen gelingen wird, ein wenigstens annähernd ausgeglichenes Ergebnis erreichen zu können.

Hapag Lloyd nun ohne Verlust

DW. Hamburg

Die Hapag-Lloyd AG, Hamburg/Bremen, legt für 1983 ein ausgeglichenes Bilanzergebnis vor. Es war jedoch erforderlich, so das Unternehmen, im Anschluß an die Aufsichtsratssitzung, Erträge in Höhe von 60 Mill. DM aus der Kapitelherabsetzung einzusetzen, die auf der letzten Hauptversammlung beschlossen worden war. Außerdem wurden 85 Mill. DM aus den im Rahmen der letzten Kapitalerhöhung um 60 Mill. DM erhöhten Rücklagen entnommen. Das Jahresergebnis enthält insgesamt 47,1 Mill. DM Zuschüsse der Großaktionäre, die der Gesellschaft im Rahmen des 1982 beschlossenen Restrukturierungsprogramms zur Verfügung gestellt wurden.

Sollte in der Entwicklung des laufenden Jahres die bisherige Tendenz anhalten, erwartet der Vorstand „eine nicht unwesentliche Ergebnisverbesserung" gegenüber dem Vorjahr. Großaktionäre sind die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Veritas Vermögensverwaltungsgesellschaft (Allianz-Versicherung und Münchner Rückversicherung) mit jeweils über 25 Prozent. Die Hauptversammlung von Hapag-Lloyd AG findet am 4. Juli in Bremen statt.

Veba: Höherer Quartalsüberschuß

dpa/VWD, Düsseldorf

Die Veba AG, Düsseldorf, größtes deutsches Industrieunternehmen, erhöhte im 1. Quartal 1984 den Konzernüberschuß gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 56 Mill. auf 119 Mill. DM. Zur Ergebnisverbesserung haben alle wichtigen Unternehmensbereiche beigetragen, heißt es in dem gestern veröffentlichten Zwischenbericht.

Der Konzernumsatz übertraf mit 12,77 Mrd. DM das Vorjahresergebnis um 5,5 Prozent. Der Anstieg war vor allem auf die Absatzsteigerung in der Elektrizitätswirtschaft, im Mineralöl- und im Chemiebereich zurückzuführen. Die Stromabgabe wuchs um 9,8 Prozent. Der Absatz von Mineralölprodukten stieg um 10,9 und der von petrochemischen Produkten um 17,9 Prozent. Die Konzernbelegschaft war Ende März mit 76 421 Personen um ein Prozent geringer als vor einem Jahr. Die Investitionen verringerten sich um 189 Mill. auf 332 Mill. DM, nachdem die Nachrüstung im Kernkraftwerk Würgassen sowie verschiedene Projekte zur Energie- und Rohstoffeinsparung bei der Chemie abgeschlossen wurden.

DG BANK / Abgabe von DG-Hyp-Aktien kein Thema

Vorsorge erneut verstärkt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Eine Reduzierung der hundertprozentigen Beteiligung an der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank, der mit 26,4 Mrd. DM größten privaten Hypothekenbank und größten Konzerntochter der DG Bank, Frankfurt, käme nur als Ultima ratio in Frage, wenn im Zuge der KWG-Novellierung die Hypothekenbanken in die Konsolidierung einbezogen werden sollten. Denn bei einer Abgabe von DG-Hyp-Aktien (Aktienkapital 140 Mill. DM) an genossenschaftliche Institute oder über die Börse würde der Fiskus zuviel kassieren, sagte DG-Bank-Vorstandsvorsitzender Helmut Guthard, der eine Kapitalerhöhung seiner Bank als die einfachere, wenn auch sehr teure Lösungsmöglichkeit bezeichnete. Im übrigen sei bei Problemen mit dem KWG-Grundsatz I, der künftig das Konzernkreditvolumen auf das 18fache des Kapitals der Mutter begrenzen soll, eine Verlagerung von Geschäften auf die regionalen Zentralbanken, die im Grundsatz I noch Spielraum haben, als Alternative denkbar.

Nach der vorjährigen kräftigen Ausweitung des Kreditgeschäfts um 22,9 Prozent bei der DG Bank, wozu vor allem das von ihr refinanzierte Mittelstands-Sonderprogramm beitrug, und einer Steigerung des Konzernkreditvolumens um 15,7 Prozent auf 62,3 Mrd. DM läuft das Kreditgeschäft in diesem Jahr einstweilen verhalten. Aber der Vorstand rechnet mit einer konjunkturbedingten Zunahme vor allem im kurz- und mittelfristigen Bereich.

Stärken will das Spitzeninstitut der Genossenschaftsbanken ihre internationalen Aktivitäten im kapitalunabhängigen Geschäft. So soll gemeinsam mit deutschen Genossenschaftsbanken und europäischen Schwesterinstituten in New York eine Brokerfirma gegründet werden, da sich, wie Guthard sagte, das Interesse der Wertpapierkundschaft aller drei Stufen des Verbundes am US-Markt sehr verstärkt habe. Ferner soll eine „Merchant Bank" die Aktivitäten der Filiale Singapur um das Wertpapiergeschäft, die Vermögensverwaltung, die Anlage- und Finanzberatung sowie Exportfinanzierungen für deutsche Kunden ergänzen, eine Strategie, die mit der Ungewißheit über das Schicksal Hongkongs im Zusammenhang gesehen werden muß.

Nach einem ertragsmäßig sehr guten Geschäftsjahr 1983, in dem das Teilbetriebsergebnis (Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Verwaltungsaufwand und Afa) bei der DG Bank um rund 90 Prozent auf 337 Mill. DM und im Konzern um 103 Prozent auf 432 Mill. DM gestiegen ist – die Bank profitierte bei ihrem hohen von 6,9 auf 7,4 Mrd. DM aufgestockten Rentenbestand vom Rückgang der Geldmarktzinsen –, haben sich die Ertragszuwachsraten in diesem Jahr normalisiert. Für das Teilbetriebsergebnis im ersten Jahresdrittel nannte Guthard ein Plus von rund vier Prozent bei der Bank und von neun Prozent im Konzern.

Aus dem '83er Ergebnis wurde die Vorsorge, vor allem gegen Länderrisiken, nochmals verstärkt. Erstmals bildete die DG Bank auch für die Länderrisiken ihrer Auslandstöchter in Luxemburg und Hongkong über deren eigene Vorsorge hinaus Rückstellungen, von denen sie hofft, daß der Fiskus sie anerkennt. Die ungedeckten Engagements in Umschuldungsländern bezifferte der Vorstand auf 2,3 Mrd. DM, wovon knapp ein Viertel wertberichtigt sei.

REIDEMEISTER & ULRICH / Trend zu Qualität

Stattliche Absatzsteigerung

W. WESSENDORF, Bremen

Reidemeister & Ulrich, traditionell auf edle Weine aus Frankreich, Italien und Spanien spezialisiertes Importhaus in Bremen, hat im Geschäftsjahr 1983 stattliche Steigerungen verzeichnet. Der Absatz von Bordeaux-Hochgewächsen stieg um 20 Prozent, klassischer roter Burgunder legte um 25, weißer Burgunder um 60 und italienischer Spitzenwein um 20 Prozent zu. „Es hat sich für uns ausgezahlt, daß wir unsere kompromißlose Qualitätspolitik unbeirrt fortgesetzt haben", erklärten die Inhaber Heinz und Michael Bömers.

Der deutliche Trend zu den höheren Qualitäten habe sich auch in diesem Jahr fortgesetzt, die Polarisierung gegenüber Billigweinen zugenommen. Die Umsatzsteigerung sei allerdings auch auf die Verstärkung der Verkaufsorganisation zurückzuführen. „Am Kampf um Marktanteile billiger Massenweine beteiligen wir uns seit 15 Jahren nicht mehr", erklärte Heinz Bömers. Dennoch habe der Verdrängungswettbewerb im mittleren Preisbereich insbesonders beim französischen Landwein Einbußen gebracht: nach jahrelangen hohen zweistelligen Steigerungen ein Minus von 20 Prozent. Andere Weine dieser mittleren Preiskategorie, wie Edelzwicker, Beaujolais und Côtes du Rhône blieben in ihrem Absatz nahezu konstant.

Insgesamt lag der Weinumsatz bei 42 Mill. DM, genau auf Vorjahreshöhe mit deutlich stärkerem Gewicht der höheren Kreszenzen. Im schwierigen Weinmarkt 1983 geben die Inhaber diesem Ergebnis die Note „befriedigend". Für den Firmenverband R & U einschließlich Roland-Markenimport bedeutet das einen Gesamtumsatz von 81 Mill. DM nach 80 Mill. DM im Vorjahr. Bömers: „Für 1984 peilen wir ein deutlicheres Plus an."

Den größten Posten des Umlaufvermögens bilden, wie schon in den Vorjahren, die Vorräte mit gut 14 Mill. DM. Wiederum sei es gelungen, so die Inhaber, die Dispositionsbestände zu senken, während das Lager hochwertiger Bordeaux-Weine leicht aufgestockt wurde. Gewichtig seien die Forderungen mit insgesamt gut 40 Prozent Anteil von der Bilanzsumme – knapp 33 Mill. DM –, während das gesamte Anlagevermögen sich auf nur zirka 13 Prozent beläuft. Mit rund 60 Prozent Eigenkapital sei das Unternehmen konservativ finanziert. Der Personalbestand von rund 150 Mitarbeitern soll im Laufe der Zeit aus Rationalisierungsgründen leicht abgebaut werden. Bömers: „Das liegt auch mit an der Randlage Bremens in der EG."

GEBR. SINN / Produktivität und Ertrag verbessert

Wachstum auch mit Zukauf

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Nachgerade traditionell entwickelt sich das Kölner Textil-Einzelhandelsunternehmen Westdeutsche Handelsgesellschaft Gebr. Sinn AG besser als der Durchschnitt seiner Branche. Eine neuerdings besonders beachtliche Entwicklung, da etwa zwei Drittel der Sinn-Kundschaft in Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit an Ruhr und Saar zu Hause ist. Für 1983 zeigte das Familienunternehmen mit unverändert 17 Filialen, 51 043 (50 870) qm Verkaufsfläche und 2235 (2277) Beschäftigten eine Umsatzsteigerung um 9,2 Prozent auf 419 Mill. DM. Das erste Tertial 1984 brachte ein weiteres Plus von 6,7 Prozent, woraus für das volle Jahr im alten Sinn-Bereich 8 Prozent werden sollen.

Deutlich stärker als der Umsatz besserte sich 1983 die Produktivität auf Umsatzleistungen von 8200 (7550) DM je Quadratmeter Verkaufsfläche und 210 000 (189 000) DM je Mitarbeiter im Einzelhandel. Den Lohn daraus signalisieren Steigerungen im Netto-Cash-flow auf 14,6 (12,4) Mill. DM, im DVFA-Nettoergebnis auf 15,95 (11,45) DM je Aktie (ohne Steuergutschrift) und schließlich auch im Jahresüberschuß auf 5,6 (4,1) Mill. DM. Die Dividende für die etwa 250 Personen große Eigentümerfamilie von 23,6 Mill. DM Aktienkapital wird auf 6 (5) DM erhöht. Daneben reicht es noch zur Rücklagenstärkung um 3,3 (2,4) Mill. auf 22,2 Mill. DM.

Zufrieden ist der Vorstand mit diesem Erfolg aber noch nicht. Die Umsatzrendite von nun 1,3 (1,1) Prozent sei zumal angesichts der hohen (wenngleich bisher glücklich bestandenen) Risiken im Modegeschäft immer noch beklagenswert mager. In früheren Jahren mit weniger hartem Wettbewerb lag sie bei diesem alten Familienunternehmen immerhin zwischen 1,8 und 2 Prozent. Wenigstens 1,5 bis 1,7 Prozent gelten heute für den Vorstand als erstrebenswertes Ziel.

Auf dem Weg dahin liegt freilich nun erst einmal eine Hürde. Um ein Fünftel auf 550 Mill. DM Umsatzvolumen (1984er Erwartung) vergrößert die Sinn AG ihre Einzelhandelsaktivitäten durch pachtweise Übernahme der drei (Ruhrgebiet-) Filialen der Familie Weiser per 1. Juli 1984. Diese Häuser hatten 1983 rund 80 Mill. DM Umsatz mit 620 Beschäftigten. In der ersten Phase der Übernahme dieser Häuser rechne man mit „Ergebnisbelastungen", bis diese „entwicklungsfähigen" Filialen voll auf Sinn-Kurs getrimmt sind.

Wachstum durch Zukauf statt durch eigene Investitionen in neue Verkaufsflächen soll auch für die Zukunft die Strategie bleiben. Konkrete Pläne dazu hat man vorerst nicht – obwohl die stattliche Liquidität von 30 Prozent des Konzern-Bilanzvolumens von 146 Mill. DM tatendurstig machen könnte. Doch zunächst einmal soll der Weiser-Fall verdaut werden. Die eigenen Sachinvestitionen wurden 1983 mit 5,9 (12,3) Mill. DM sehr niedrig gehalten. Die Eigenkapitalquote blieb mit 32,4 (35,1) Prozent des Konzern-Bilanzvolumens und Überdeckung des Anlagevermögens beruhigend hoch.

Einschließlich der eigenen Einkaufsgesellschaft, die 19 weitere Unternehmen mit 51 Filialen zu ihrer Kundschaft zählt, hat der Sinn-Konzern seinen Fremdumsatz 1983 um 11,9 Prozent auf 495 Mill. DM gesteigert.

DEUTSCHE UNILEVER / Leichte Aufwärtstendenzen bei Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs

Seit drei Jahren anhaltender Rückgang gestoppt

JAN BRECH, Hamburg

Das wirtschaftliche Umfeld mit stagnierenden Märkten bei Nahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs ist für die Deutsche Unilever GmbH, Hamburg, 1983 schwierig geblieben und auch in den ersten Monaten dieses Jahres setzen sich Aufwärtstendenzen nur zögernd durch. Immerhin registriert der Vorsitzende der Geschäftsführung, Jürgen Schrader, aber erste positive Ansätze. Das große Markenartikelgeschäft, das 60 Prozent des Umsatzes von Unilever ausmacht, hat im 1. Quartal sowohl mengen- als auch wertmäßig leicht zugenommen und im Industrie- und Dienstleistungsgeschäft wird die allgemeine Wirtschaftsbelebung nun auch bei Unilever spürbar. Das gilt vor allem für die Bereiche Chemie, Verpackung und Transport.

Die augenblickliche Schwäche einiger Märkte ist für Schrader ohnehin kein Grund, die langfristigen Zukunftschancen des Unternehmens in Zweifel zu ziehen. Unilever, so betont er, habe eine gesunde finanzielle Basis, starke Marken, das Potential und den Willen, das Geschäft auf den schwierigen Märkten voranzubringen. Im Mittelpunkt der Unternehmensstrategie bleibe der Ausbau der Marktpositionen und die Schaffung zusätzlicher Teilmärkte durch neue Produkte.

Als dritte strategische Maßnahme nennt Schrader externes Wachstum durch Zukäufe oder Kooperationen. Das gelte in erster Linie für solche Bereiche, in denen Unilever bereits über eigenes Know-how verfüge. Konkrete Verhandlungen gibt es nach Angaben von Schrader nicht, wohl aber habe man in bestimmten Fällen Interesse angemeldet.

Im Berichtsjahr 1983 waren die Anzeichen einer Trendwende bei Unilever noch schwach. Der Umsatz blieb nahezu unverändert, wobei Schrader mit Blick auf die Entwicklung in diesem Jahr positiv wertet, daß dem schwachen Start im ersten Halbjahr 1983 mit einem Umsatzminus von 3 Prozent, ein Wachstum von 2 Prozent in der zweiten Jahreshälfte folgte.

Leichte Verbesserungen erreichte Unilever im Ergebnis. Der Jahresüberschuß stieg um fast 9 Prozent, ebenso der Netto-Gewinn (86 Mill. DM). Auch wenn die Rendite mit 1,2 Prozent mager blieb, glaubt Schrader, daß der seit drei Jahren anhaltende Rückgang gestoppt sein dürfte. Die Anstrengungen zur Verbesserung der Kostenstruktur zeige erste Auswirkungen. Die Fortschritte in der Ertragskonsolidierung wären im übrigen noch deutlicher zu erkennen, hätte Unilever nicht die Pensionsrückstellungen um fast 80 Mill. DM erhöht und mit Auflösungen saldiert, netto 80 Mill. DM Preissteigerungsrücklagen gebildet. Diese Vorsorge ist angesichts der kritischen Preisentwicklung bei den Rohstoffen notwendig gewesen.

Das Ertragsgerüst mit den starken Pfeilern Ölmühlengeschäft, Margarine, Fett und Öle sowie Eiskrem und Tiefkühlkost ist nach den Worten von Schrader in allen Verstrebungen gefestigt worden. Dies gilt, obwohl Problembereiche nach wie vor vorhanden sind. Die Hochseefischerei-Flotte, die 1984 um einen weiteren Frischfischtrawler verkleinert wird, kommt nur schwer aus den roten Zahlen, und belastet das ingesamt positive und 1983 sogar verbesserte Ergebnis der Nordsee-Gruppe.

Deutsche Unilever	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	9311	+ 0,1
davon		
Lebensmittel	4506	+ 1,7
Eis, Tiefkühlkost	1286	- 1,4
Fisch, Fischprod.	983	+ 0,9
Waschmittel, Seife Körperpflegemittel	831	+ 1,6
Papier, Verpackung Kunststoff	620	- 0,3
Sonstiges (Chemie Transport, Schiff.)	1065	- 5,8
Belegschaft	30 724	- 5,0
Jahresüberschuß	101	+ 8,6
in % vom Umsatz	1,2	(1,1)
Investitionen	246	+ 13,4
Abschreibungen	274	+ 4,6

DEUTSCHE SHELL / Nur noch 15 Mark Verlust pro Tonne Mineralölprodukt

Stattliches Ergebnis auch für 1984

JAN BRECH, Hamburg

Mit einem Verlust von durchschnittlich 15 DM pro Tonne Mineralölprodukt hat die Deutsche Shell AG, Hamburg, in den ersten Monaten dieses Jahres gearbeitet. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1983 ist das eine Verbesserung um rund 10 DM je Tonne. Auch wenn der Vorstandsvorsitzende Hans-Georg Pohl für das zweite Quartal bereits wieder eine Verschlechterung der Mineralölerträge voraussagt, dürfte die Shell für das ganze Jahr 1984 mit einem stattlichen Ergebnis aufwarten. Die Erträge in der eigenen Rohöl- und Erdgasförderung bleiben gut, das Chemiegeschäft läuft gegenwärtig glänzend und die anderen Bereiche arbeiten von Ausnahmen abgesehen mit Gewinn. Zudem stehen bei Shell noch rund 800 Mill. DM Sonderposten mit Rücklagenanteil in der Bilanz, von denen ein erheblicher Teil im Jahr 1984 aufgelöst werden muß.

Bereits im Berichtsjahr 1983 hat sich der Ölkonzern, der am deutschen Markt mit 12,5 Prozent beteiligt ist, finanziell kräftig erholt. Der Netto-Gewinn ist um mehr als das Zweieinhalbfache gestiegen, an die Mutter werden mit 340 Mill. DM (gleich 34 Prozent) 220 Mill. DM mehr Dividende gezahlt.

Das positive Ergebnis ist entscheidend von drei Faktoren bestimmt. Einmal löste die Shell 166 Mill. DM Preissteigerungsrücklagen auf, wodurch das Ergebnis um netto 90 Mill. DM aufgebessert wurde. Zum anderen brachte das Chemiegeschäft 75 Mill. DM Gewinn, nachdem 1982 noch rosa Zahlen geschrieben worden waren, verließen die Tanker die Verlustzone und sprudelten aus der eigenen Öl- und Gasförderung 350 Mill. DM. Dieser Betrag liegt zwar unter dem des Vorjahres (400 Mill. DM), reicht aber noch immer aus, um Shells Position im Kreis der besser verdienenden Branchenmitglieder zu festigen.

Zur Ertragsverbesserung hat schließlich auch das Mineralölgeschäft beigetragen, in dem die Verluste wesentlich abgebaut worden sind. Nach Angaben des Finanzchefs Klaus Walther Müller erreichte der bilanzielle Verlust 446 (504) Mill. DM oder 30,98 (35,30) DM je Tonne. Läßt man Bestandseffekte außer acht, die sich 1983 mit 76 Mill. DM Bestandsverlusten bemerkbar machen, ist das betriebswirtschaftliche Ergebnis um etwa 10 DM je Tonne verbessert worden.

Für Pohl ist dieses Ergebnis noch immer völlig unbefriedigend. Unternehmenspolitisches Ziel bleibe, das Mineralölgeschäft wieder auf gesunde Beine zu stellen. Shell werde konsequent fortfahren, die eigene Versorgung noch flexibler zu gestalten und die Kosten in Verarbeitung und Vertrieb weiter zu senken. In der Vorsorgepolitik etwa wird in diesem Jahr die Erhöhung des Spotanteils auf 75 Prozent angestrebt. Zum weiteren Kapazitätsabbau ist die Stillegung der Rohölverarbeitung im Werk Monheim für 1985 geplant und für 1986 die Stillegung der Ölverarbeitung und Schmierstoffproduktion in der Gemeinschaftsraffinierie Deurag-Nerag Misburg (50 Prozent Esso). Im Gegenzug nimmt die Shell in der Hamburger Raffinerie einen neuen Schmieröltreater Ende dieses Jahres in Betrieb.

Durchgreifende Verbesserungen im Ölgeschäft setzten, so Pohl, aber auch höhere Preise voraus. Die zahlreichen Versuche der letzten Zeit stimmen allerdings wenig zuversichtlich. Pohl räumt ein, daß der immer schärfer werdende Wettbewerb nicht nur von Rotterdam ausgehe, sondern hausgemachte Züge trage.

Die Anpassung der Shell an die veränderten Marktbedingungen, die in den letzten drei Jahren fast 1 Mrd. DM an Investitionen erfordert hat, soll weitergehen, auch wenn das Unternehmen in der Investitionspolitik auf absehbare Zeit nur noch „mit angezogener Handbremse fahren" will. Denn nicht alle großen Investitionen hätten sich bislang bezahlt gemacht.

Deutsche Shell	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	23 650	+ 0,6
Absatz		
Mineralöl (Mill. t)	14,4	+ 0,7
Erdgas (Mrd. cbm)	7,9	+ 1,3
Belegschaft	4362	– 5,4
Jahresüberschuß	344	+177,0
in % vom Nettoumsatz	1,7	(0,6)
Sachinvestitionen	440	– 21,0
Netto-Cash-flow	477	+ 60,0
in % der Investitionen	108,4	(53,5)

DAIMLER-BENZ / Durch Streik Umsatzverlust von 120 Millionen Mark täglich

Weiter auf stetigem Wachstumskurs

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Auch das Handicap eines rückwärts fahrenden Nutzfahrzeug-Geschäfts hat das ertragsstärkste deutsche Unternehmen, den Stuttgarter Daimler-Benz-Konzern, 1983 nicht hindern können, insgesamt auf stetigem Wachstumskurs zu bleiben. Der Pkw-Sektor präsentierte sich als alleiniger Träger des Wachstums. Damit zeigten sich einmal mehr die strukturellen Vorteile der breiten Produktionspalette mit den mannigfachen Ausgleichsmöglichkeiten, wozu auch die weltweite Streuung der Absatzmärkte und Produktionsstandorte beiträgt.

„Es wurde uns in mancher Hinsicht viel abverlangt", resümiert Werner Breitschwerdt, der seit Dezember letzten Jahres als Nachfolger des verstorbenen Gerhard Prinz amtierende Vorstandsvorsitzende, und fügt bescheiden hinzu, daß das Unternehmen mit dem Erreichten insgesamt recht zufrieden sein könne. Breitschwerdt, der keinen Zweifel an der auf Kontinuität ausgerichteten Unternehmenspolitik läßt, macht indessen auch keinen Hehl aus seinen Sorgen. Sie gelten den durch den Arbeitskampf in der Metallindustrie verursachten Schäden. Denn die Produktion des Unternehmens in seinen inländischen Werken ist weitgehend zum Erliegen gekommen.

Für die gesamte deutsche Volkswirtschaft bedeute der Arbeitskampf in der Metallindustrie, daß das mühsam aufgezogene Pflänzchen Konjunkturaufschwung mit Füßen getreten werde, erklärte Breitschwerdt und fügte hinzu, daß ein Ausfall von 2200 Pkw und 600 Nutzfahrzeugen pro Tag für das Unternehmen einen Umsatzverlust von täglich rund 120 Mill. DM bedeute. Außerdem dürfe nicht übersehen werden, daß auch die Zulieferbetriebe von Daimler-Benz täglich einen Umsatz von rund 60 Mill. DM verlören. Marktanteile, die durch den Arbeitskampf in der Bundesrepublik ausländischen Wettbewerbern zufielen, ließen sich – so Breitschwerdt – für die deutsche Autoindustrie nur sehr schwer wieder zurückgewinnen. Alle sollten versuchen, den Arbeitskampf so kurz wie möglich zu halten.

Der Arbeitskampf ist es denn auch, der jede Prognose etwas unsicher macht. Ursprünglich hatte Daimler-Benz in der Pkw-Produktion 1984 eine Steigerung der Stückzahl um annähernd 10 Prozent auf über 520 000 Stück anvisiert. Dieses Ziel kann angesichts des nunmehr eingetretenen täglichen Produktionsausfalls von 2200 Pkw (und 600 Nutzfahrzeugen) nicht mehr erreicht werden. Das gilt auch für das Vorhaben, die inländische Nutzfahrzeug-Produktion auf Vorjahresniveau (173 530 Einheiten) zu halten.

Gerade bei den Nutzfahrzeugen schmerzt der arbeitskampfbedingte Produktionsausfall besonders, weil sich Daimler-Benz insbesondere von der im März vorgestellten neuen Baureihe leichter Lkw nachhaltige Schubkräfte versprach. Während der Nutzfahrzeugabsatz im laufenden Jahr vor allem wegen der abgeschwächten Nachfrage aus Übersee weiterhin zäh verläuft, verfügt das Unternehmen bei Pkw über gut gefüllte Auftragsbücher.

Coupés haben Lieferzeiten bis zum Ende des Jahres, Fahrzeuge der S-Klasse bis September/Oktober. Beim Kompaktklasse-Modell 190 (hier können nach dem zu Jahresbeginn erfolgten Serienanlauf im Bremer Werk in Kombination mit dem Pkw-Werk Sindelfingen in diesem Jahr über 200 000 Stück produziert werden) gelinge es nur teilweise, die Lieferzeiten ganz niedrig zu halten. In den ersten vier Monaten dieses Jahres hatte die Pkw-Produktion um über 10 Prozent zugenommen. Die Neuzulassungen am Inlandsmarkt stiegen um 8 Prozent. Dabei folgte einem „Absatzloch" im März eine Steigerung der Zulassungen im April um 18 Prozent.

Im stark vom Wachstumstempo des Pkw-Bereichs geprägten Geschäftsjahr 1983 hat Daimler-Benz den Konzernumsatz, der um 2,8 Prozent zunahm, erstmals über die Marke von 40 Mrd. DM hochgefahren. Da der Zuwachs ausschließlich im Inland erzielt wurde, verringerte sich der Auslandsanteil auf 62,1 (65,8) Prozent. Während die Pkw-Sparte im Umsatz um 12,2 Prozent auf 21 Mrd. DM hochschnellte, schrumpfte der Nutzfahrzeug-Umsatz um 6,4 Prozent auf 17,7 Mrd. DM. Im Pkw-Sektor, in dem (neben der neuen Kompaktklasse 190) die Modelle der S- und Sonderklasse stark gefragt waren, blieb das Verhältnis Inland zu Export mit 50:50 in etwa ausgeglichen.

Obwohl die Nutzfahrzeugproduktion der Marktlage entsprechend gedrosselt wurde, gelang es Daimler-Benz, die Beschäftigung in all seinen elf inländischen Werken zu sichern und sogar noch über 2000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Eine weitere Aufstockung der Belegschaft in der AG sei vorgesehen. Unter den Auslandsbeteiligungen bereitet die US-Tochter Freightliner, die ihre Produktion um 55 Prozent auf 12 000 Schwer-Lkw steigerte, besondere Freude, denn sie schrieb erstmals schwarze Zahlen. Auch die Töchter in Argentinien und Brasilien haben positive Ergebnisse vorgelegt.

Dem glänzenden Gesamtergebnis, das das des Vorjahres in beinahe gewohnter Weise erneut übertrifft, gibt Finanzchef Edzard Reuter das Prädikat „insgesamt erfreulich". Hauptertragsquelle war das Pkw-Geschäft, doch trug auch – ohne daß dies quantifiziert wurde – der Nutzfahrzeugsektor bei. „Rot gesprenkelt" ist hierin allerdings die Omnibus-Sparte. Die Stärke des US-Dollars kam dem Ergebnis zugute. Der positive Zinssaldo kletterte im Konzern auf 1315 (895) Mill. DM, worin freilich ein inflationär aufgeblähter Zinsüberschuß von über 800 Mill. DM der brasilianischen Tochter enthalten ist.

Bei der Bewertung unternehmerischer Risiken wurde die Meßlatte erneut sehr hoch angesetzt, wie auch bei den Pensionrückstellungen vorbildlich verfahren wurde. Aus dem um 7,2 Prozent auf 988 Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß wird erneut eine Dividende von 21 Prozent (im Vorjahr gab es zusätzlich 2 Prozent Bonus) auf ein inzwischen auf 1699 Mill. DM erhöhtes Aktienkapital ausgeschüttet. Die Dividendensumme steigt auf 355 (350) Mill. DM. (Hauptversammlung am 4. Juli).

Die Investitionen wurden wiederum voll aus dem Cash-flow finanziert. Im Inland sind rund 3 Milliarden DM in Sachanlagen investiert worden, an dieser Größenordnung werde man auch 1984 festhalten.

Daimler-Benz-Konzern	1983	±%
Produktion (Stück)		
Pkw	476 183	+ 3,9
Nutzfahrzeuge	226 393	– 9,5
Umsatz (Mill. DM)	40 005	+ 2,8
dav. Ausl.anteil (%)	62,1	(65,8)
Beschäftigte	184 877	– 0,4
Jahresüberschuß (Mill. DM)	988	+ 7,2
in % des Umsatzes	2,5	(2,4)
Nettogewinn [1])	1964	+ 3,0
Investitionen	3567	– 1,6
Abschreibungen	2574	+ 13,2
Cash flow [2])	4421	+ 11,4

[1])Gewinn je Aktie im Konzern (adjustiert): 57,90 (56,65) DM (nach Angaben der Verwaltung); [2]) Dividende plus Erhöhung langfristiger Rückstellungen plus Zuweisung zu Rücklagen plus Gesamtabschreibungen.

ITALIEN

Staatsbetriebe mit hohem Verlust

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Mit einem Umsatz von zusammen 84 000 Milliarden Lire (rund 140 Milliarden DM) erlitten die von den Staatsholdings IRI, ENI und Efim kontrollierten italienischen Unternehmen im Jahre 1983 einen Verlust von 5392 Milliarden Lire, umgerechnet beinahe neun Milliarden DM. Umsatzstärkste Gruppe war der Energiekonzern ENI mit 44 331 Milliarden Lire, gefolgt von IRI mit 36 000 Milliarden Lire und Efim mit 3854 Milliarden Lire. Das Verlust-Umsatz-Verhältnis betrug im Durchschnitt 6,4 Prozent.

Weit über diesem Durchschnitt lag die Efim-Gruppe mit 20 Prozent. In diesem Fall wurde der Verlust (770 Milliarden Lire) zur Hälfte durch den Aluminiumbereich verursacht. Trotz im Gange befindlicher Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen wird dieser Konzernzweig eine starke Verlustquelle bleiben. Als strategischer Industriebereich wird er auch in Zukunft Staatszuschüsse zum Verlustausgleich erhalten.

Bei ENI (Verlust 1369 Milliarden Lire, Anteil vom Umsatz drei Prozent) sind die Verlustbringer in erster Linie die Chemie und der Bergbau. Im Falle des Bergbaus gilt dasselbe wie bei der Aluminiumindustrie. Dagegen soll die Chemie in drei bis vier Jahren durch Ausbau der Fein- und Sekundärchemie wenigstens zum Bilanzausgleich gebracht werden.

Größte Verlustquelle der IRI-Gruppe mit einem Anteil von beinahe Dreiviertel an dem Konzernverlust von 3253 Milliarden Lire (Verlust-Umsatz-Verhältnis neun Prozent) ist die Stahlindustrie. Es folgen die Werften, der Elektroanlagebau (Ansaldo) und die Automobilindustrie (Alfa Romeo).

Die italienischen Staatsunternehmen beschäftigen insgesamt rund 700 000 Personen, nicht ganz drei Prozent aller Erwerbstätigen des Landes. Ihr Anteil am gesamten Investitionsvolumen beläuft sich dagegen auf 12 Prozent, der Anteil an der Produktion der verarbeitenden Industrie auf 15 Prozent. Der Energiekonzern ENI deckt derzeit noch etwa 40 Prozent des Erdgasbedarfs mit sinkender Tendenz. Der Rest stammt aus Importen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Breitenbach im Konkurs

Siegen (VWD) – Die Walzen- und Stahlgießerei Ed. Breitenbach GmbH, Siegen, hat in der vergangenen Woche Konkursantrag gestellt. Von der Insolvenz sind rund 400 Arbeitnehmer betroffen. Als Grund für das Scheitern des Unternehmens wird ein starker Auftragsrückgang in Verbindung mit einem weiteren Preisverfall beim Stahlguß genannt.

Kooperation mit Japanern

München (sz.) – Einen Kooperationsvertrag hat jetzt die Zahnräderfabrik Renk AG, Augsburg mit der japanischen UEDA Gear Manufacturing Co. Ltd., Osaka, abgeschlossen. UEDA, ein bedeutender Zulieferant von Getriebeteilen und Antriebselementen, wird mit Zulieferungen von Renk Industriegetriebe montieren und teilweise fertigen. Renk erhofft sich von dieser Zusammenarbeit eine wesentliche Absatzsteigerung in den fernöstlichen Märkten, die von Japan aus bedient werden sollen.

Walbusch optimistisch

Düsseldorf (Py.) – Die Walbusch Walter Busch GmbH & Co., Solingen, Spezialversandhaus für Herrenbekleidung, erwartet für 1984 einen Umsatz von 60 Mill. DM (plus 17 Prozent), nachdem die letzten Jahre nie ohne zum Teil zweistellige Zuwachsraten abgeschlossen wurden. Das Unternehmen zählt rund 250 000 Kunden. Das Schwergewicht des Angebots liegt bei Oberhemden und Oberbekleidung.

Knoll-Gruppe erfolgreich

Ludwigshafen (VWD) – Ein Umsatzziel von 1 Mrd. DM hat sich die Pharma-Gruppe Knoll für 1984 gesteckt. 1983 erreichte das Weltgeschäft der BASF-Tochter 904 Mill. DM. Zu begründen ist der Umsatzsprung von 250 Mill. DM gegenüber 1982 vor allem mit dem Erwerb der Nordmark-Werke in Hamburg und der französischen Tochtergesellschaft Biosedra. Der Jahresüberschuß wird für 1983 mit 28 (23) Mill. DM und der Bilanzgewinn mit 26 (14) Mill. angegeben. Die Knoll-Gruppe beschäftigt weltweit über 5300 (4234) Mitarbeiter.

Die Länder wollen wieder mehr Eigenverantwortung

WELT-Gespräch mit Minister Gaddum, Rheinland-Pfalz

HEINZ HECK, **Bonn**

Johann Wilhelm Gaddum (CDU), rheinland-pfälzischer Minister für Bundesangelegenheiten, ist überzeugt, daß die Bundesregierung den Interessen der Länder und Gemeinden verstärkt gerecht werden will. Dabei spiele sicherlich auch eine Rolle, daß sowohl der Kanzler wie der Finanzminister früher einmal Ministerpräsidenten deutscher Länder gewesen seien.

Diese grundsätzliche Bereitschaft schließe natürlich nicht aus, daß in ganz konkreten Punkten Meinungsverschiedenheiten auszutragen seien, die sich „ganz einfach aus der Aufgabenstellung ergeben", erklärte er in einem Gespräch mit der WELT. So sei es „nicht ungewöhnlich", wenn Bund und Länder unterschiedlicher Meinung hinsichtlich der politischen Prioritäten bestimmter Sparmaßnahmen seien.

Viel wichtiger sei, daß beide Seiten gegenseitigen Respekt vor den von der jeweils anderen Gebietskörperschaft wahrzunehmenden unterschiedlichen Aufgaben und deren Auswirkungen bezeigen.

Stichwort Mischfinanzierung. Der Bundeskanzler habe in seiner Regierungserklärung am 4. Mai den Abbau dieses umstrittenen Tatbestandes angekündigt und beispielhaft an das Krankenhausfinanzierungsgesetz erinnert. Dabei stelle sich die Frage: „Wieweit verzichtet der Bund jetzt auf rechtliche Regelungen und überträgt sie wieder den Ländern?" Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel habe in seiner Regierungserklärung vom 30. Mai ausdrücklich diese Frage aufgegriffen und gefordert, daß der Abbau der zahlreichen Mischfinanzierungen nach Artikel 104 Grundgesetz der Stärkung der Eigenständigkeit der Länder dienen soll. „Da geht es also nicht nur ums Geld, sondern um die Gesetzgebungskompetenzen", resümiert Gaddum.

Die Länder seien durchaus in der Lage, verantwortlich zu entscheiden über die Förderung der Krankenhäuser, der psychiatrischen Versorgung, des sozialen Wohnungsbaus und des Städtebaus unter vollem Ausgleich der dann freiwerdenden Bundesmittel. Gaddum rechnet damit, daß die Länder künftig stärker den Anspruch erheben werden, diese Aufgaben wieder in Eigenverantwortung zu entscheiden.

Damit verbunden sei auch die Entscheidung über die Mittel, „die der Bund bisher hier eingesetzt und mit denen er gesteuert hat". Der Bund könne sich nicht um alles kümmern, was ihm ungenügend geregelt erscheine. Wenn ein Bundespolitiker der Meinung sei, daß Länder bestimmten Aufgaben nicht gerecht würden, so könne er sie deshalb „politisch angreifen", aber nicht die Konsequenz daraus ziehen, die Aufgabe nach Bonn zu verlagern. Die Länder hätten mehr Selbstbewußtsein entwickelt und erwarteten von der Bundesregierung „eine größere Respektierung ihres Entscheidungsspielraums".

Gaddum erinnert daran, daß man nicht nur die Länderregierungen, sondern auch die Länderparlamente mit ihrem Haushaltsrecht und ihrem Gestaltungseinfluß auf den Haushalt berücksichtigen müsse. Diese hätten zu entscheiden, ob bestimmte Mittel zum Beispiel in die Psychiatrie oder im den kommunalen Finanzausgleich gesteckt werden. „Da kann man zwar unterschiedlicher Meinung sein, ob dies oder jenes jetzt dringlicher ist. Aber wenn man Föderalismus ernst nimmt, muß man sich auch die Freiheit nehmen, gegebenenfalls Dinge anders zu entscheiden als andere staatliche Ebenen."

Das Risiko von Fehlentscheidungen veranschlagt Gaddum gering: „Wenn beim Bund etwas schiefläuft, dann läuft es für alle Länder schief. Wenn bei den Ländern etwas schiefläuft, läuft es in einem oder zwei Ländern schief." Die Chance, daß es insgesamt besser geht, sei bei der dezentralen Entscheidungsstruktur jedenfalls größer.

Natürlich müsse man bei der Rückübertragung der Kompetenzen auf die Länder Ungleichheiten in Kauf nehmen. Hier sieht Gaddum „das eigentliche politische Problem". Zwar werde niemand daran denken, zum Beispiel das Mietrecht – „das ist unstreitig Bundessache" – auf die Länder zu übertragen. Doch zum Beispiel die Förderung des Wohnungsbaus sei heute besser Ländersache. Der Grund: Hamburg hat andere Wohnungsprobleme als Flächenländer wie Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg. So habe Vogel in seiner Regierungserklärung Wohnungsbauförderung neben der Krankenhausfinanzierung in diesem Zusammenhang angesprochen.

Gaddum plädiert für Verhandlungen über die Mischfinanzierungstatbestände insgesamt. „Jedes Auseinanderpflücken des bisherigen Rechtszustandes bedeutet auch Verschiebungen zwischen den Ländern, da die Leistungen des Bundes nach ganz bestimmten Kriterien an die einzelnen Länder gegangen sind." Wenn der Bund Mischfinanzierungstatbestände auflöse, habe er keine Handhabe, den Ländern das Geld nach dem bisherigen Schlüssel zu geben. Er müsse sich vielmehr nach den Kriterien der Steuerverteilung (zum Beispiel über den Verteilungsschlüssel für die Umsatzsteuer) richten. Das könnte „zu einer unterschiedlich gewichteten Behandlung einzelner Länder führen". Durch Einbeziehung mehrerer Tatbestände gleichzeitig ließen sich möglicherweise solche Unterschiede einebnen.

Reiseziel Nummer eins

Berlin verzeichnet fünf Prozent mehr Übernachtungen

dpa, **Wiesbaden**

Berlin war im vergangenen Jahr offensichtlich das Reiseziel Nummer eins für Inländer und Ausländer. Wie aus der am Dienstag in Wiesbaden vorgelegten Übersicht des Statistischen Bundeamts hervorgeht, hatte Berlin als einziges Bundesland einen Zuwachs der Gästeübernachtungen von fünf Prozent im Vergleich zu 1982. Alle anderen Länder in der Bundesrepublik verzeichneten im Kalenderjahr einen Rückgang.

Vom Rückgang am stärksten betroffen war das Saarland mit minus elf Prozent. Hessen und Nordrhein-Westfalen folgten mit minus fünf Prozent, Niedersachsen und Baden-Württemberg mit jeweils minus vier Prozent und Schleswig-Holstein mit minus zwei Prozent sowie Rheinland-Pfalz, das zwar in allen Übernachtungsmöglichkeiten, einschließlich Privatzimmern, ein Plus von 2,9 Prozent verzeichnete, hatte um ein Prozent weniger Gäste in Hotels.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik 190,8 Millionen Gästeübernachtungen in Hotels und Pensionen gezählt. Das waren drei Prozent weniger als 1982. Zahlenmäßig mit 169,2 Millionen Übernachtungen am stärksten, jedoch um drei Prozent weniger, besuchten deutsche Gäste die in der Bundesstatistik aufgeführten „Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten".



In Baden-Württemberg gibt es 3000 ehrenamtliche Ordnungshüter. Sie werden vorwiegend am Wochenende eingesetzt. Die Motivation ist vor allem die Freude am Polizeidienst. FOTO: DW.

Feierabend-Polizist – Eine Hilfe oder eine Gefahr für den Bürger?

RENÉ GRALLA, **Bonn/Stuttgart**

Professoren und Hilfsarbeiter gehören der Truppe an. Wenn bei ihnen am Wochenende das Telefon klingelt, ziehen sie die Uniform über und werden zu Polizisten auf Zeit. Baden-Württembergs Gesetz über den Freiwilligen Polizeidienst macht es möglich: Seit zwanzig Jahren unterstützen ehrenamtliche Ordnungshüter die Berufspolizei im Südwest-Staat.

Erfinder dieser Einrichtung war einst Hans Filbinger, seinerzeit Innenminister in Stuttgart. Weil in Baden-Württemberg die Beamten fehlten, aber kein Geld für neue Planstellen da war, sollten „Feierabend-Polizisten" die Personallücke schließen.

Dieser Anlaß ist heute allerdings nicht mehr gegeben: In den letzten zehn Jahren wurde die Zahl der Berufspolizisten von 16 000 auf 22 000 Mann angehoben. Gleichzeitig steht eine Schlange von Bewerbern um die wenigen offenen Stellen an. 1982 wollten in Baden-Württemberg 3147 junge Leute Polizist werden, aber nur 674 Bewerber wurden eingestellt.

Der SPD-Opposition im Stuttgarter Landtag ist der Freiwillige Polizeidienst deswegen ein Dorn im Auge. Sie möchte die Mittel für die Hobby-Gendarmen lieber zur Finanzierung neuer Ausbildungskapazitäten bei der Berufspolizei verwenden. Ähnlich wird in Kreisen der Polizeigewerkschaft gedacht.

Sechs Millionen Mark für 3000 Freiwillige

Diese Forderung weist jedoch der leitende Polizeidirektor im Stuttgarter Innenministerium, Horst Kraft, mit einer Gegenrechnung zurück. Nach seinen Angaben würden die Mittel, die heute für die Freiwilligen ausgegeben werden, nur wenige aktive neue Stellen schaffen. 1983 seien sechs Millionen Mark für die 3000 Freiwilligen im Haushalt vorgesehen, also 2000 Mark pro Kopf. Ein hauptberuflicher Beamter koste das Land dagegen zwischen 40 000 und 50 000 Mark.

Die Polizeigewerkschaft zieht aber auch die fachliche Qualifikation der Kollegen auf Zeit in Zweifel. Die Freiwilligen werden in einem sechswöchigen Kursus, der die Ausbildung an der Waffe umfaßt, auf ihren Dienst vorbereitet. Danach dürfen sie zum Beispiel den Verkehr regeln oder Streife fahren. Bewaffnet sind sie mit Dienstpistolen, unter Umständen sogar mit Maschinenpistolen.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft, Walter Holweck, befürchtet daher: „Die Bürger könnten denken, der Polizeiberuf sei eine Tätigkeit, für die man im Schnellverfahren – sprich: sechs Wochen – ausgebildet werden könne."

Den Einwand läßt jedoch Polizeidirektor Kraft nicht gelten: „Die Freiwilligen sollen ja kein vollwertiger Ersatz für Beamte sein, sondern im Bedarfsfall die Polizei nur unterstützen." Der Pressesprecher der Polizei Stuttgart, Herbert Gaißmayer, kann im übrigen nur positive Erfahrungen mit den Amateur-Polizisten vermelden: „Die Männer sind alle sehr motiviert." Und selbst Gewerkschaftsmann Holweck muß einräumen, daß es bisher keine Zwischenfälle mit zum Beispiel schießwütigen Hilfswilligen gab.

Die CDU-Regierungspartei steht ohnehin aus grundsätzlichen Erwägungen hinter der Freiwilligen-Truppe. „Wir messen ehrenamtlichem Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen große Bedeutung zu – so auch hier", sagt Manfred Erhardt, Geschäftsführer der Landtagsfraktion. Schließlich denkt man neuerdings in Stuttgart intensiv darüber nach, „wie in der Bevölkerung ehrenamtliches Engagement noch verstärkt werden kann", so der CDU-Fraktionsvorsitzende Erwin Teufel vor einiger Zeit auf einem Hearing im Landtag.

Immerhin: Von 4000 Hilfspolizisten im Jahre 1974 ist die Zahl auf knapp 3000 geschrumpft. Polizeidirektor Kraft versichert jedoch, daß dahinter nicht die Absicht steckt, den Freiwilligen Polizeidienst langsam auszudünnen. Obwohl der eigentliche Zweck des Korps, die Verstärkung der Berufspolizei, heute weggefallen sei, erfülle es nun eine wichtige neue Funktion: „Es gibt den Bürgern Einblick in den Alltag der Polizei und verbessert so das Verhältnis zwischen Polizei und Bürgern." Es sei einfach nur schwierig, genügend Interessenten für den Dienst nach Feierabend zu finden.

Die Entlohnung ist nämlich karg. Die Freiwilligen erhalten eine Vergütung von 5,85 Mark pro Stunde. So spielt bei dem einen oder anderen wohl eher die Freude daran, eine Uniform tragen zu dürfen, eine Rolle, wenn er sich meldet.

Die Bewerber dürfen nicht vorbestraft sein

Eine Vorliebe für Koppel und Dienstmütze genügt aber nicht als Voraussetzung, um nach Feierabend Polizist spielen zu dürfen. Die Bewerber (Mindestalter 18 Jahre) müssen laut Gesetz „einen guten Ruf" haben, das heißt, sie dürfen nicht vorbestraft sein. Vergleichbare Anforderungen werden an die Mitglieder der Freiwilligen Polizeireserve West-Berlins gestellt, das einzige Bundesland, das eine ähnliche Einrichtung wie Baden-Württemberg besitzt. Allerdings übt das 3100 Mann starke Westberliner Korps im Gegensatz zu Stuttgarts Truppe keine normalen Polizeifunktionen aus, sondern soll nur in einem eventuellen Krisenfall öffentliche Einrichtungen schützen.

Die meisten Männer, die nach Feierabend für Ordnung sorgen, erfüllen sich damit einen nicht verwirklichten Berufswunsch. Das gilt auch für Karl Adolf aus Gerlingen (Kreis Ludwigsburg), der eigentlich Polizist werden wollte, aber dann bei der Landesversicherungsanstalt landete. Der 46jährige Kontoführer ist mit Leib und Seele Polizist für Stunden: „Der Dienst macht mir sehr viel Freude. Ich möchte ihn nicht missen. Er ist Teil meines Lebens."

Karl Adolf will deswegen möglichst lange Dienst für die Allgemeinheit tun. Nach einer Gesetzesnovelle vom 1. August darf er allerdings nur noch bis zum 60. Lebensjahr die Uniform aus dem Schrank holen. Gut ein Prozent der Freiwilligen, nämlich 34 Mann, muß daher in diesem Jahr unfreiwillig die Dienstmütze abgeben. Die Neuregelung war überfällig: Für die Berufspolizei gilt die Altersgrenze schon seit 1962.

„Zuviel Angst und nicht genug Selbstvertrauen"

Wie Auslandskorrespondenten die Deutschen sehen

HELGA MÜHLE, **Bonn**

„Deutschland ist ein Land, in dem man immer Angst hat. Die Deutschen haben einfach noch nicht genügend Selbstvertrauen und sind zu abhängig von den Reaktionen des Auslands", sagt Michael Binyon, Korrespondent der britischen Tageszeitung „The Times". Der Libanese Hamdi Kamal, Vertreter der Arab Press Agency, ergänzt: „Jeder deutsche Bürger ist 15mal gegen alles mögliche versichert. Es wird ein regelrechtes Angstgeschäft betrieben. Und wieso? Den Deutschen geht es doch gut."

Zwei Zitate ausländischer Korrespondenten in Bonn; sicher nicht repräsentativ, aber vielleicht typisch. Fünf Auslandskorrespondenten haben sich im Gespräch mit der WELT über die deutsche Jugend, ihre Ausbildung und ihr Engagement bei der Friedensbewegung geäußert.

Der Brite Michael Binyon, der nach mehrjähriger Korrespondententätigkeit in Moskau erst seit neun Monaten im Bonner Pressehaus tätig ist, schüttelt den Kopf: „Man kann zwar alles über Deutschland und die Deutschen wissen, aber ich verstehe sie dennoch nicht. Es ist sehr schwierig, so etwas wie eine deutsche Identität klar zu erkennen, und wenn, so findet man sie am ehesten bei der jungen Generation. Bei ihnen ist zumindest eins greifbar: daß sie danach streben, anders zu sein als ihre Väter. Sie suchen nach einer neuen deutschen Identität, nicht nach dem veralteten Deutschtum." Für Binyon sind die jungen Leute „engagiert, offen und bei weitem gelassener als die alte Generation", die, so Binyon, „zu fleißig und vielleicht auch zu materialistisch ist".

Der Journalist David Witzthum von der israelischen Fernseh- und Rundfunkanstalt wünscht sich einen besseren Dialog zwischen den beiden Generationen. Gleichzeitig lobt er die junge Demokratie seines Gastlandes. „Die Deutschen haben eine gut funktionierende Demokratie, auf die sie wirklich stolz sein können. Sie ist eine der besten in Europa. In allen Interessensverbänden spielt der demokratische Prozeß mit Recht eine wichtige Rolle, in den Parteien, Wissenschaftsverbänden, in der Justiz und auch in den Medien. Warum aber wird die Jugend nicht mehr einbezogen?" Witzthum vergleicht mit seinem Land, wo die jungen Leute dem Machtzentrum ebenso fern stünden, aber doch mehr in den Interessenverbänden integriert seien. Als das hierzulande der Fall ist.

Großes Desinteresse an der Politik

Es besteht ein großes Desinteresse an der Politik bei der schweigenden Mehrheit der Jugend", meint der Korrespondent des „Figaro", Jean-Paul Picaper, seit 20 Jahren in Bonn. Der Journalist, der als Lehrer an der Bonner Universität besonders engen Kontakt zur Jugend pflegt, bewertet dies positiv. „Zuviel Politisierung tut nicht gut." Picaper verteidigt das Recht, unpolitisch zu sein. Und darin, daß die Jugend das Recht wahrnimmt, sieht er eine „Trendwende". Vor allem die Ideologisierung an den Hochschulen in den letzten 15 bis 20 Jahren löst bei ihm auch heute noch Ärger und Mißbilligung aus: „Wie konnte man effektiv studieren, wenn der Lehrbetrieb durch stetige Politisierung und Demonstrationen gestört wurde? Außerdem wurde zu viel reformiert. Der Universitätsabschluß galt auf einmal als höchstes Lebensziel, was unweigerlich zur Folge hatte, daß auch diejenigen studierten, die nicht dazu berufen waren." Überhaupt, die neue Intellektualisierung des Menschen, erklärt der Franzose, gefährde nicht nur das Glück des einzelnen Menschen, sondern auch die deutsche Nation.

Nationales Bewußtsein als Grundhaltung

„Bezeichnenderweise sind es vornehmlich die Intellektuellen, die wenig Bereitschaft zeigen, ihr Land zu verteidigen, aber dafür anführend in der ‚Friedensbewegung' mitwirken. Dabei, so Picaper, läge „dieser sowie allen linksradikalen Bewegungen ein unausgesprochener nationaler Bolschewismus zugrunde, der sich mit Friedensparolen und moralischen Appellen verbrämt". Offensichtlich bezweifelt der Franzose, daß wirklich die Sehnsucht nach Frieden Hunderttausende auf die Straßen treibt.

Seiner Meinung nach denkt die Mehrheit der Bevölkerung nämlich anders. Bei den jungen Rekruten und vielen anderen Jugendlichen, vornehmlich bei Hauptschülern, komme das Gerede von der „Friedensbewegung" nicht an. Sie wissen, „daß die Argumentation dieser Bewegung dem, der wirklich für den Frieden eintreten will, unlogisch erscheint. Eine antiamerikanische, gar nationale Emotion beherrscht weite Teile unserer Jugend, denn wenn es um die Stationierung nationaler Atomwaffen ginge, wäre die deutsche ‚Friedensbewegung' nicht so stark", fügt Picaper hinzu.

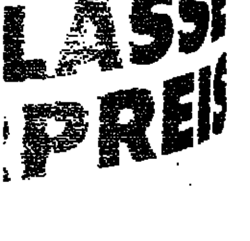
Der junge Korrespondent der amerikanischen Zeitung „Washington Post", William Drozdiak, spricht deshalb von einer antiamerikanischen Haltung, die er allerdings als eine allgemeine Unwissenheit und Gleichgültigkeit verstanden wissen will. Er spricht von einer „gänzlichen Ignoranz seitens der deutschen Jugend".

Ein nationales Bewußtsein als Grundhaltung, die nicht einmal neu ist, älter auch als ein halbes Jahrhundert, entdeckt Pietro Sormani vom „Corriere della Sera", ebenfalls nicht nur bei den in der „Friedensbewegung" engagierten, sondern bei allen deutschen Politikern. „Zwischen Petra Kelly und Bundeskanzler Kohl besteht weniger Unterschied als zwischen Kohl und Thatcher."

Den Konservativen und die grüne Abgeordnete verbindet nach Sormani dasselbe in der deutschen Romantik begründete Deutschtum. Mit Kohl sei die deutsche Frage zwar wieder ein Thema geworden, aber selbst tief verwurzelt im Denken Petra Kellys und des SPD-Abgeordneten Oskar Lafontaine spüre er die Liebe zum eigenen Land und zur eigenen Kultur. Eine spezifisch „German quality".

Fragt man einen deutschen Bürger selbst, was er für eine kennzeichnende Eigenschaft der Deutschen hält, so wird er sich wahrscheinlich der typisch deutschen Fleißigkeit rühmen. Überrascht wird er sein, von einem Mann, der Deutschland gut kennt, zu hören: „Der einzelne Deutsche ist nicht fleißig, nur das System ist so gut organisiert." Dessen braucht der Deutsche sich freilich nicht zu schämen.

Der israelische Korrespondent Witzthum meint: „Die Deutschen arbeiten weniger, und es ist auch gut so, daß sie die Arbeit nicht mehr für das Wichtigste im Leben halten." Wie sagt Picaper vom Figaro? „Man sollte sich ein bißchen mehr auf Gott und das Schicksal verlassen."



Danksagung

Statt Karten

Herzlich danken wir allen, die unseres Lieben

Dr. Theol. Josef Le Trung Thanh

gedachten und ihm durch Wort, Schrift, Blumen-, Kranz- und Meßspenden, den Besuch der Heiligen Messe sowie das Geleit zur letzten Ruhestätte die Ehre erwiesen haben.

Unser besonderer Dank gilt dem gesamten Klerus, vor allem dem Hochwürdigsten Herrn Prälaten Schläfke, dem Hochwürdigen Herrn Stadtdechant Mgrs. Franssen, dem Hochwürdigen Herrn Dechant Pilligrath für die tröstenden Worte und die Gestaltung der Trauerfeier.

Diakon Hans-Peter Olligschläger
Pfarrgemeinde St. Cyriakus
Neuss-Grimlinghausen

Sr. Oberin Paola Hülswitt A. D. J. C.
St.-Josef-Altenheim
Neuss-Grimlinghausen

Die Brüder
Dr. Truong Van Thuc
Kinderkrankenhaus
7980 Ravensburg/Württ.

Dr. Nguyen Viet Hung
und Familie
New Jersey/USA

Das Sechswochenamt wird gehalten am Donnerstag, dem 31. Mai 1984, um 10 Uhr in der Pfarrkirche St. Cyriakus zu Neuss-Grimlinghausen.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Elly Bindert
geb. Bartels

* 28. März 1898 † 19. Mai 1984

Nach einem erfüllten Leben ist unser Mudding sanft entschlafen.

Erich Bindert und Frau Maria geb. Sippell
Ursula Collmann geb. Bindert und Franca
Detlef Bindert und Frau Christine geb. Bogdanowicz
Regine Bindert und Martin Dichgans

Cecilienallee 33, 4000 Düsseldorf 30

Auf Wunsch der Verstorbenen findet die Beisetzung in aller Stille statt.

FINANZANZEIGEN

COMMERZBANK
AKTIENGESELLSCHAFT
– Wertpapier-Kenn-Nummer: 803 200 –

Angebot zum Bezug der 8% Optionsschuldverschreibungen von 1984

Aufgrund der in der ordentlichen Hauptversammlung der Commerzbank Aktiengesellschaft vom 18. Mai 1984 erteilten Ermächtigung hat der Vorstand die Ausgabe einer Optionsanleihe im Gesamtnennbetrag von DM 300.000.000,– beschlossen. Die Optionsschuldverschreibungen werden den Aktionären im Verhältnis 3:1 zum Ausgabekurs von 120% börsenumsatzsteuerfrei zum Bezug angeboten.

Die Optionsanleihe hat folgende Ausstattung:

Stückelung:
Die Anleihe ist eingeteilt in auf den Inhaber lautende, untereinander gleichberechtigte Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 500,– und DM 5.000,–.

Verzinsung:
Die Teilschuldverschreibungen sind vom 15. Juni 1984 an mit 8% jährlich zu verzinsen. Die Zinsen sind nachträglich am 15. Juni eines jeden Jahres, erstmalig am 15. Juni 1985, zur Zahlung fällig.

Laufzeit:
Die Laufzeit der Anleihe beträgt 5 Jahre.

Tilgung:
Die Teilschuldverschreibungen werden am 15. Juni 1989 zur Rückzahlung zum Nennbetrag fällig.

Kündigung:
Die Teilschuldverschreibungen können von den Anleihegläubigern und der Anleiheschuldnerin nicht gekündigt werden.

Optionsscheine:
Jeder Teilschuldverschreibung im Nennbetrag von DM 500,– sind zwei Inhaber-Optionsscheine mit Berechtigung zum Bezug von einer und drei, also insgesamt vier Inhaberaktien im Nennbetrag von je DM 50,–, und jeder Teilschuldverschreibung im Nennbetrag von DM 5.000,– ist ein Inhaber-Optionsschein mit Berechtigung zum Bezug von vierzig Inhaberaktien im Nennbetrag von je DM 50,– der Commerzbank Aktiengesellschaft beigefügt. Die Optionsscheine können jederzeit von den Teilschuldverschreibungen abgesondert und einzeln übertragen werden; im Falle der Absonderung sind alle Optionsscheine von der jeweiligen Teilschuldverschreibung abzusondern.

Optionsrecht:
Die Inhaber der Optionsscheine sind berechtigt, die auf den Optionsscheinen angegebene Anzahl von Inhaberaktien der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Optionspreis von DM 140,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– zu beziehen. Aktien, die aufgrund des Optionsrechts erworben werden, sind für das Geschäftsjahr der Commerzbank Aktiengesellschaft gewinnanteilberechtigt, in dem die Optionserklärung wirksam wird.

Optionsfrist:
Das Optionsrecht kann vom 1. August 1984 bis zum 15. Juni 1989 ausgeübt werden. Ausgenommen ist jedoch vor Hauptversammlungen der Commerzbank Aktiengesellschaft jeweils der Zeitraum von dem Tag, an dem die Einberufung einer Hauptversammlung im Bundesanzeiger bekanntgemacht wird, bis zum Tag der Hauptversammlung sowie der Zeitraum von einem Monat vor dem Ende des Geschäftsjahres der Commerzbank Aktiengesellschaft.

Ausübung der Option:
Zur Ausübung des Optionsrechts muß der Inhaber des Optionsscheins eine schriftliche Erklärung unter Benutzung der bei den Annahmestellen erhältlichen Vordrucke gegenüber der Commerzbank Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M., als Optionsstelle abgeben. Annahmestellen sind die nachstehend als Bezugsstellen aufgeführten Banken. Bei Abgabe der Optionserklärung ist der Optionspreis zu zahlen und der Optionsschein mit allen noch nicht zur Verwendung aufgerufenen Legitimationsscheinen einzureichen. *Die Optionserklärung ist bindend. Voraussetzung für* das Wirksamwerden der Optionserklärung ist der Eingang des Optionspreises und des Optionsscheins bei der Commerzbank Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M., als Optionsstelle. Erklärungen, die der Optionsstelle in dem Zeitraum, in dem die Option ausgeschlossen ist, zugehen, werden zum nächstfolgenden Tag, an dem die Ausübung des Optionsrechts wieder zulässig ist, berücksichtigt. Die aufgrund der Ausübung des Optionsrechts auszugebenden Aktien werden bei der vermittelnden Annahmestelle alsbald nach Wirksamwerden der Optionserklärung zur Verfügung gestellt.

Verwässerungsschutz:
Sofern die Commerzbank Aktiengesellschaft bis zum 15. Juni 1989 unter Einräumung eines Bezugsrechts an ihre Aktionäre ihr Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien erhöht oder neue Schuldverschreibungen mit einem Wandel- oder Optionsrecht auf Aktien begibt, wird der jeweils geltende Optionspreis um den Betrag ermäßigt, der sich aus dem Durchschnittskurs des den Aktionären gewährten Bezugsrechts an allen Handelstagen an der Frankfurter Wertpapierbörse – aufgerundet oder abgerundet auf volle DM – errechnet. Die Ermäßigung des Optionspreises wird rückwirkend an dem Börsentag wirksam, der dem Tag der Beschlußfassung über die Einräumung eines Bezugsrechts an die Aktionäre folgt. Eine Ermäßigung des Optionspreises entfällt, wenn den Inhabern der Optionsscheine ein Bezugsrecht eingeräumt wird, welches dem den Aktionären eingeräumten Bezugsrecht entspricht.

Bedingtes Kapital:
Zur Sicherung des Optionsrechts besteht ein bedingtes Kapital in Höhe von DM 120.000.000,–.

Wertpapier-Kenn-Nummern:

Teilschuldverschreibungen mit Optionsscheinen:	392 101
Teilschuldverschreibungen ohne Optionsscheine:	392 102
Optionsscheine:	803 204

Wir fordern hiermit unsere Aktionäre auf, ihr Bezugsrecht auf die Optionsschuldverschreibungen zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 30. Mai bis 14. Juni 1984 einschließlich

während der üblichen Schalterstunden bei einer der nachstehend aufgeführten Banken in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) auszuüben:

Commerzbank AG
Berliner Commerzbank AG
von der Heydt-Kersten & Söhne
Bayerische Vereinsbank AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Bank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Delbrück & Co.
Effectenbank-Warburg AG
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank AG
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
J. H. Stein

Die als Bezugsstellen im Ausland tätigen Banken sind im Bundesanzeiger Nr. 98 vom 24. Mai 1984 bekanntgemacht.

Die Ausübung des Bezugsrechts erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 42 der Aktien. Auf je dreißig Aktien im Nennbetrag von DM 50,– kann eine Teilschuldverschreibung im Nennbetrag von DM 500,– mit beigefügten Optionsscheinen zum Kurs von 120% börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden. Der Bezugspreis ist am 14. Juni 1984 ohne Verrechnung von Stückzinsen zu zahlen.

Die Bezugsrechte (Wertpapier-Kenn-Nummer 803 208) auf die Optionsschuldverschreibungen werden in der Zeit vom 30. Mai bis 12. Juni 1984 einschließlich an allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten *nach Möglichkeit zu vermitteln. Für den Bezug wird die übliche* Bankenprovision berechnet; er ist provisionsfrei, sofern er während der Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle unter Einreichung von Gewinnanteilscheinen Nr. 42 erfolgt und weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Bis zur Auslieferung von Einzelurkunden sind die Optionsschuldverschreibungen in Globalurkunden verbrieft, die bei der Frankfurter Kassenverein AG, Frankfurt a. M., hinterlegt sind. Ansprüche auf Auslieferung können erst nach Ausdruck der Einzelurkunden geltend gemacht werden; der Stückedruck ist eingeleitet. Die Bezieher erhalten zunächst Gutschrift auf Girosammeldepotkonto.

Die Einbeziehung der Teilschuldverschreibungen und der Optionsscheine in den geregelten Freiverkehr in Frankfurt a. M. ist beantragt. Die Einführung der Aktien aus der bedingten Kapitalerhöhung an allen deutschen Wertpapierbörsen wird zu gegebener Zeit veranlaßt.

Frankfurt a. M., im Mai 1984 **Der Vorstand**

Standard Elektrik Lorenz AG Stuttgart

– Wertpapier-Kenn-Nummer 661 900 –

Wir laden hiermit die Aktionäre unserer Gesellschaft ein zu der am Freitag, dem 6. Juli 1984, um 10.00 Uhr, in der Schwabenlandhalle Fellbach, Tainer Straße 7, 7012 Fellbach bei Stuttgart, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung.

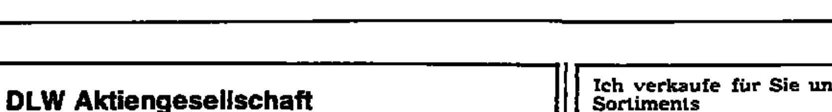
Tagesordnung

1. Vorlage des Jahresabschlusses 1983
2. Gewinnverwendung
3. Entlastung des Vorstands
4. Entlastung des Aufsichtsrats
5. Wahl des Abschlußprüfers für 1984

Der vollständige Wortlaut der Einladung mit den Vorschlägen von Vorstand und/bzw. Aufsichtsrat zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung sowie mit den Voraussetzungen für Teilnahme und Stimmrechtsausübung ist im Bundesanzeiger vom 22. Mai 1984 abgedruckt.

Stuttgart, im Mai 1984
Der Vorstand

Standard Elektrik Lorenz AG SEL



DLW Aktiengesellschaft Bietigheim-Bissingen

Am Montag, dem 9. Juli 1984, um 11.00 Uhr findet im Verwaltungsgebäude der Gesellschaft in Bietigheim-Bissingen die

ordentliche Hauptversammlung

statt, zu der wir unsere Aktionäre hiermit einladen.



Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Bericht des Aufsichtsrats

   Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983
2. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung
3. Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983
4. Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984

Die ausführliche Bekanntmachung der Tagesordnung mit den Vorschlägen zur Beschlußfassung und den Teilnahmebedingungen bitten wir unserer Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 98 vom 24. Mai 1984 zu entnehmen. Letzter Hinterlegungstag ist Montag, der 2. Juli 1984.

Bietigheim-Bissingen, im Mai 1984 Der Vorstand

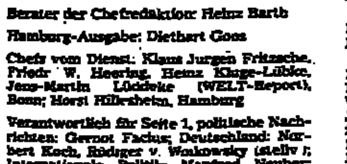
Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos



Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach, Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA, Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer, Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird *auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnements*gebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.





Ein Hilferuf Martschenkos aus Sibirien

Willkür und Grausamkeit gegenüber politischen Gefangenen / Ein offener Brief an den Generalstaatsanwalt

WALTER H. RUEB, Lausanne

Über Willkür, Grausamkeit, Hohn und Spott gegenüber politischen Häftlingen in sowjetischen Straflagern beschwerte sich der politische Gefangene Anatoli Martschenko vom Lager VS-389/35 in Sibirien in einem offenen Brief an den Generalstaatsanwalt der Sowjetunion, A. M. Rekunkov. Unter Lebensgefahr schmuggelten Regimegegner eine Abschrift des Briefes in den Westen.

In dem Brief heißt es: „Genosse Generalstaatsanwalt! Bereits zum vierten Mal informiere ich Sie über Willkür und herabsetzenden Spott, mit dem die Beamten der Strafkolonien die politischen Gefangenen behandeln. Es ist mir bewußt, daß sich andere politische Häftlinge in ähnlichen Fällen an die Staatsanwaltschaft wandten, und als Antwort lediglich bürokratische und ausweichende Briefe erhalten haben, in denen versucht wurde, Willkür und Gesetzlosigkeit zu verschleiern beziehungsweise zu rechtfertigen."

Martschenko schildert sodann mehrere Fälle von schweren Bestrafungen von Gefangenen wegen „Verleumdung der Küche". In Wahrheit hatte sich folgendes zugetragen: „Am 4. Mai 1983 entdeckte der politische Gefangene S. S. Gogui einen Wurm in der Suppe", schreibt Martschenko. „Daraufhin unterrichtete er seine Genossen S. I. Khmar und A. S. Uwarov von dieser Entdeckung und beschwerte sich beim Koch. Dies reichte Lagerleiter Major Ossine, um alle drei Genossen mit 15 Tagen Kerker zu bestrafen und ihnen den Zugang zum Lagergeschäft sowie jeglichen Familienbesuch zu verbieten.

Gogui, Khmar und Uwarov reichten eine Beschwerde gegen Ossine ein. Antwort der Staatsanwaltschaft: Die behauptete schlechte Qualität der Mahlzeiten sei bei einer Untersuchung nicht bestätigt und die drei Genossen deshalb zu Recht bestraft worden.

Am 11. Juli fand der politische Gefangene A. Kolpakhbaev in seinem Blechnapf einen lebenden Wurm. Ich habe es selbst gesehen. Einen Tag darauf fand der politische Gefangene I. S. Kowaliov in seiner Suppe auch einen Wurm. Gemeinsam mit dem diensthabenden Leutnant Volkoff begab er sich in die Küche. Dort fanden sie noch einen Wurm im Essen. Am 19. Juli fand der politische Gefangene A. Y. Schilkov schließlich einen Wurm im Frühstücksnapf.

Reichten die Fälle nicht aus, um eine Überprüfung der Lebensmittel und der Küche anzuordnen und um die ungerechten Strafen der genannten Gefangenen aufzuheben? In Wirklichkeit tat sich nichts!"

Die Staatsanwaltschaft und er selbst machten sich zu Komplizen einer „Beugung der sozialistischen Legalität", warnte Martschenko den Generalstaatsanwalt in seinem Brief. Erschwerend komme hinzu, daß die schlechte Behandlung der politischen Gefangenen in eine Phase des „fortschreitenden Sozialismus" falle. In den Lagern gingen die „Kerkermeister" bei Unterdrückung und Bestrafung von Gefangenen stets nach dem Motto vor: „Gebt uns den Mann, wir werden dann schon einen Vorwand finden, um ihn zu bestrafen. Und selbst wenn der Vorwand falsch ist, müssen die Gefangenen dies erst einmal beweisen."

Martschenko appelliert schließlich an den Generalstaatsanwalt: „Weder der Staat noch die Steuerzahler kommen für den Unterhalt der sowjetischen Gefangenen auf. Nahrung, Kleidung, ja selbst Stacheldraht und Gefängniswärter, werden mit Geld finanziert, das man von unserem Lohn abzieht. Für das Spülwasser, das Suppe genannt wird, muß ein Rubel pro Tag gezahlt werden. Schon deshalb haben wir einen Anspruch auf korrekte Ernährung ohne Beilage von Würmern."

In seinem Brief schreibt Martschenko sogar noch schärfere Worte. Das Lieblingsmotiv bei Strafe und Repression der Lagerinsassen laute: „Hat die Norm nicht erfüllt."

Die Norm müsse erfüllt werden, fährt Martschenko fort, „ohne daß körperliche Handicaps, Erfahrung, Intelligenz und äußere Lebensbedingungen in Erwägung gezogen werden. Zum Beispiel wurde der schwer herzkranke Khmar zu peniblen Dammarbeiten herangezogen. Die Norm nicht erfüllen hat für den Gefangenen Ladenverbot, Besuchsverbot und Gefängnis oder Kerker zur Folge. Es handelt sich hier jedoch nicht einfach um Strafarbeit: die Gefangenen werden systematisch ausgeblutet."

Martschenko enthüllt in seinem Brief schließlich, daß die „mit der schamhaften Bezeichnung 'Institution VS-389/35' versehene Produktion von Fräsen und Gewindebohrern unter anderem nach Ägypten, Pakistan, Indien, aber auch in das sozialistische Frankreich exportiert wird, ohne daß erkenntlich wird, daß es sich um Häftlingsarbeit handelt. Wir wissen, wohin unsere Produktion geht. Aber wissen die Importeure auch, woher sie kommt, wer sie hergestellt hat, und daß wir als Lohn Essen voller Würmer und bei Unterschreiten der Norm Kerker bekommen?"

Pinochet plant Verfassungsänderung

Statt Wahlen für ein Parlament Ernennung der Abgeordneten / Entscheidung durch ein Referendum

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Bauarbeiter zogen in das Gebäude ein, in dem bis zum 12. September 1973 Chiles Kongreß – 120 Abgeordnete und 32 Senatoren – tagte. Gerüchte, daß General Pinochet daran denke, dem Land sein Parlament zurückzugeben, scheinen sich jetzt zu bestätigen. Aber es soll ein Parlament besonderer Art sein – ohne direkte Wahlen. Mit einem Volksentscheid soll über eine Verfassungsänderung entschieden werden, die dem General das Recht gibt, die Mitglieder eines Abgeordnetenhauses zu ernennen.

Andere, die die Strategie der Regierung bestimmen helfen, möchten das Verfahren etwas demokratischer gestalten: Pinochet, so schlagen diese Berater vor, soll die 120 Sitze des Parlaments unter die Regierungsanhänger und die Oppositionsparteien verteilen, denen das Recht gegeben wird, nach ihrem Gutdünken ihre Quoten der Abgeordneten zu ernennen, die dann durch einen Volksentscheid ratifiziert werden würden. Man nennt sogar schon Zahlen: Die Zeitung „Ultimas Noticias" spricht von 30 Abgeordneten für die Christdemokraten, 10 Sozialdemokraten, 10 Sozialisten und 20 Nationalen. Die übrigen 50 würden unter regierungstreuen Gruppen aufgeteilt werden, die mit den Nationalen der Regierung eine Mehrheit geben würden.

Es ist nur ein kosmetischer Unterschied. Im Prinzip will Pinochets Regierung abermals eine lebenswichtige Entscheidung des Landes auf dem Weg einer Volksbefragung durchdrücken, wie er es bei der Annahme der gegenwärtig gültigen Verfassung und seiner Bestätigung im Amt bis zum Jahr 1989 tat. Eine Volksbefragung kann so formuliert werden, daß man mit einem Sieg der Ja-Sager rechnen kann. Der Volksentscheid würde der Regierung die Initiative während der Kampfpause zurückgeben, die entstand, als die demokratischen Oppositionsparteien die Abhaltung monatlicher Protesttage einstellen mußten, weil sie auf den Straßen von den Kommunisten und Allende-Anhängern unterwandert wurden.

Diese blutigen Protesttage hatten jedenfalls einen Erfolg: Sie lockerten die politische Debatte in Chile auf. Das wiederum führte zur Bildung verschiedener Fronten, die sich nun zum Plan eines nicht gewählten Parlaments äußern.

Da ist zunächst die „Demokratische Allianz", der die Oppositionsparteien mit Ausnahme der Kommunisten und anderer Allende-Anhänger angehören und deren stärkste Gruppe die Christdemokraten sind. Ihr Führer Gabriel Valdes sagt, sie werden „nur ein vom Volk gewähltes Parlament annehmen". Manche Beobachter glauben das nicht ganz und meinen, solche Erklärungen seien nur ein taktisches Geplänkel, um Verhandlungen mit Pinochet über die Quotenverteilung im geplanten Parlament einzuleiten und sich ihren starren Widerstand möglichst teuer abkaufen zu lassen. Valdes weist solche Verdächtigungen energisch zurück.

Kommunisten und Allende-Anhänger verschiedener Schattierungen haben sich in der „Nationalversammlung der Demokratischen Volksbewegung" zusammengeschlossen, die zum Generalstreik rufen will, um Chile „Allendes legitimen Erben" zurückzugeben. Die Allendisten rechnen damit, noch einmal Chiles demokratische Kräfte verführen zu könnnen und schlagen die Bildung einer provisorischen Regierung vor, in der alle Kräfte der Opposition vertreten sein sollen.

Von einem Generalstreik sprechen auch die oppositionellen Gewerkschaften, deren „Nationales Kommando der Arbeiter" am 27. März einen nationalen Protest organisiert, weil „die Arbeiter bei der Regierung stets auf taube Ohren stoßen". Deshalb wurde der Plan, die Verfassung von 1981 zu reformieren, noch vor dem Protesttag im März proklamiert, um der Streikbewegung Stoßkraft zu nehmen. Der Generalstreik wird auch in den gefürchteten Unternehmergruppen des Transportwesens diskutiert, die wesentlich zum Sturz Allendes beitrugen. Aber in diesen Kreisen geht es um Pesos, nicht um Pinochet, wie die Worte ihres Sprechers Domingo Durans zeigen: „Wir können nicht erlauben, daß die an der furchtbaren wirtschaftlichen Lage Verantwortlichen sich weiter als die Führer ihrer Mißerfolge betätigen."

Die politisch organisierten Anhänger des Generals versprechen sich von der Ernennung eines Parlaments in erster Linie, daß Chiles Ansehen im Ausland gewinnt, aber auch, daß sich die Opposition in täglichen Debatten im Parlament bei etwaigen künftigen Mißerfolgen in der Verantwortung einbeziehen kann.



Pinochet sucht Sieg per Volksentscheid. FOTO: CAMERA PRESS

Eine andere Dachorganisation ist die „Nationale Einheit" der Politiker, die den Innenminister Onofre Jarpa unterstützen, der aus Chiles politischer Rechten, der nationalen Partei kommt. In diesen Kreisen sehen nur wenige in dem geplanten Parlament einen realistischen Ausweg aus der chilenischen Krise. Die meisten halten ein nicht gewähltes Parlament für einen politischen Irrtum. Die mit der Reorganisation der Nationalen Partei beauftragte Carmen Saenz hat einen anderen Vorschlag: das Parlament von 1973 wieder einzuberufen und den Parteien zu erlauben, inzwischen verstorbene Mitglieder nach ihrem Gutdünken zu ersetzen.

Pinochet hat sich in der Krise des vergangenen Jahres als Überlebenskünstler erwiesen und eine Atempause gewonnen, als die Gewalttätigkeit der nationalen Protesttage viele Chilenen vor dem Gedanken zurückschrecken ließ, das Schicksal ihres Landes abermals den politischen Parteien auszuliefern. Damals scheiterte auch ein Versuch, einen Generalstreik zu proklamieren. Die zweifellos große Unzufriedenheit im Land genügt nicht, einen Regierungswechsel herbeizuführen. Die Mehrheit der Chilenen will von den „legitimen Erben Allendes" nichts wissen. Erst wenn die Parteien eine für alle akzeptable Alternative vortragen, kann man an die Ablösung des Regimes denken. Das aber ist bisher nicht geschehen. (SAD)

Streit um Laval hält an – war er ein Patriot, ein Verräter?

Ein Buch als neuer Versuch einer Rehabilitierung des Premiers der Vichy-Ära

A. GRAF KAGENECK, Paris

Pierre Laval kommt nicht zur Ruhe. Nicht nur, weil sein bescheidenes Grab auf dem Montparnasse-Friedhof in Paris immer wieder von Unbekannten mit Blumen geschmückt, nicht etwa geschändet wird. Mehr noch, weil sein Bild in der Geschichte schwankt wie selten das eines französischen Politikers in diesem Jahrhundert.

War der Ministerpräsident des „französischen Staates" unter Marschall Pétain in der vorübergehenden Hauptstadt Vichy ein Vaterlandsverräter, ein Kollaborateur, der den Sieg Deutschlands wollte, trug er die Schuld für die Judenverfolgungen in Frankreich und damit am Tod von 70 000 Menschen, die nicht aus den deutschen Vernichtungslagern heimkehrten? Oder war er der Mann, der Schlimmeres verhütete und Frankreich vor dem Schicksal bewahrte, zu einer Kolonie Deutschlands zu werden?

Lavals Schwiegersohn, der 77jährige Graf René de Chambrun, hat sein Lebenswerk, das Ansehen seines Schwiegervaters vor der Nachwelt zu verteidigen, jetzt mit einem umfangreichen Buch gekrönt. „Laval vor der Geschichte" ist sein Titel. Als es in Paris erschien, war es sofort vergriffen, wurde zweimal neu aufgelegt und erscheint in Kürze bei Scribner's in New York mit einem Vorwort der Hoover-Stiftung, in der namhafte Historiker zu Worte kommen.

Pierre Laval hat ein bewegtes Leben und einen schändlichen Tod gehabt. Sohn einfacher Bauern aus der Auvergne, stieg er schon vor dem Krieg in der III. Republik zu höchsten Ehren auf. Sozialist und Bürgermeister der „roten" Vorstadt Aubervilliers im Norden von Paris, „Vater" der französischen Sozialversicherung, redegewaltiger Anwalt in Dutzenden von politischen Prozessen, dreimal als Abgeordneter seines ländlichen Wahlkreises in die Nationalversammlung und schließlich in den Senat gewählt, bekleidete er seit 1925 bis zur Volksfront von 1936 mehrere Ministerämter, darunter zweimal zur gleichen Zeit die Ministerpräsidentschaft und das Außenministerium.

Sieger von Verdun wurde „Chef des Staates"

In diese Zeit fallen seine Versuche, zusammen mit dem deutschen Kanzler Brüning eine Entente mit Deutschland herbeizuführen, ehe der bedrohlich anwachsende Nationalsozialismus jenseits des Rheins jede Verständigung unmöglich machen würde. Aber die Zeit war schneller als aller gute Wille auf beiden Seiten.

Das eigentliche Rendezvous mit der Geschichte hatte das Schicksal für den untersetzten dunkelhaarigen Mann mit dem listig-gutmütigen Bauernkopf aber auf den 10. Juli 1940 angesetzt. An diesem Tage stimmte Pierre Laval im Badestädtchen Vichy, wenige Wochen nach der Niederlage Frankreichs, zusammen mit einer Mehrheit von Abgeordneten und Senatoren für das Ende der III. Republik und die Einsetzung des populären Marschalls Philippe Pétain, des Siegers von Verdun, als „Chef des französischen Staates". Laval war der Motor dieses, wie man später sagte, legalen Staatsstreichs. Er ließ sich anschließend sogar als „präsumptiven Erben des Marschalls" einsetzen und übernahm die Präsidentschaft der von Pétain eingesetzten Regierung.

Von diesem Tage an datiert die dramatische Teilung Frankreichs in zwei Lager, die sich bis heute nicht ausgesöhnt haben: Das eine scharte sich um den „Deserteur" Charles de Gaulle in London, der den Krieg an der Seite der Alliierten fortsetzen wollte (de Gaulle: „Frankreich hat eine Schlacht, nicht den Krieg verloren!") und das andere, das sich im Unglück hinter dem greisen „Retter des Vaterlandes" sammelte und versuchte, so gut wie möglich mit dem deutschen Besatzer und dem Diktator in Berlin auszukommen.

Das Wort Kollaboration ist bis heute tabu

Es entstand das bis heute aus dem französischen Sprachschatz verbannte Wort Kollaboration, Zusammenarbeit mit dem Feinde. René de Chambrun weist in seinem Buch nach, daß es nicht, wie später die Anklage im Hochverratsprozeß gegen Laval behauptete, von seinem Schwiegervater erfunden wurde, sondern in Paragraph III des deutsch-französischen Waffenstillstands-Vertrages vom 22. Juni 1940 steht.

„Die französische Regierung wird unmittelbar alle Behörden und Verwaltungsstellen des besetzten Territoriums auffordern, sich den Anordnungen der deutschen militärischen Stellen zu unterwerfen und mit diesen korrekt zusammenzuarbeiten", heißt es da. Aber wie korrekt sollte die Zusammenarbeit sein? Wie weit sollte sie gehen? Etwa bis zur Auslieferung deutscher und französischer Juden an den Besetzer? Zur Überlassung von fast zwei Millionen Kriegsgefangenen und, später, 700 000 „freiwilligen" Arbeitern an die deutsche Rüstungsindustrie, zur Überführung französischer Rüstungsgüter nach Deutschland und gar bis zur Überlassung der französischen Kriegsflotte an den Sieger? War es noch Kollaboration oder bereits Landesverrat, wenn rund 70 000 Franzosen sich freiwillig in deutscher Uniform am „Kampf gegen den Bolschewismus" an der Ostfront beteiligten?

Das alles hat es gegeben. Aber es ist nie geklärt worden, welche präzise Rolle Pierre Laval, zweimal Ministerpräsident unter Pétain und das zweite Mal in den entscheidenden Jahren von 1942 bis 1944, in denen das Kriegsglück sich gegen Deutschland gewendet hatte, bei diesen Vorgängen gespielt hat. Es hat unter seiner und Pétains Mitarbeiterschaft echte Kollaborateure gegeben, die ideologisch dem Nationalsozialismus nahestanden, dessen französische Abart in allen Scheußlichkeiten bis hin zur Judenverfolgung vertraten und den Sieg Deutschlands nicht nur über den Bolschewismus, sondern auch die „Plutokraten" in England und den USA wünschten. Aber Laval hat, wie viele posthume Rechtfertigungen beweisen können, niemals gemeinsame Sache mit den Faschisten gemacht. Er blieb im Herzen ein Demokrat und Republikaner, und er versuchte in zähem täglichem Kampf mit den deutschen Behörden, ja mit Hitler selbst, das Los seiner Landsleute im immer totaler werdenden Krieg gegen einen Gegner zu erleichtern, den die sich abzeichnende Niederlage rasend machte.

René Chambrun, der 1935 Josée Laval, die einzige Tochter des damaligen Ministerpräsidenten, heiratete, hat diesen und viele andere „obskure" Punkte aus dem Leben des Schwiegervaters in seinem Buch erhellt und richtiggestellt, an Hand von unabweisbaren Dokumenten, die ihm unter Bruch der Bestimmungen, wonach Staatsdokumente erst nach 50 Jahren der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürfen, schon 30 Jahre früher überlassen wurden. Aber auch Dutzende von amerikanischen und deutschen Zeugen, darunter der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning in einem Brief vom 3. Januar 1950 an Chambrun, bescheinigen Laval, in guten wie schlechten Tagen ein guter Patriot gewesen zu sein. Und eine Flut von Leserzuschriften zeigt dem Autor, daß sein Buch auf einen unerwartet fruchtbaren Boden in Frankreich gefallen ist.

General de Gaulle verweigerte die Gnade

Für seinen Mut oder seine Schwäche, bis zuletzt und bis zur deutschen Gefangenschaft in Sigmaringen auf seinem Posten an der Seite Pétains ausgehalten zu haben, hat Pierre Laval furchtbar büßen müssen. Nach einer Justiz-Parodie wurde er am 15. Oktober 1945 im Gefängnis von Fresnes bei Paris erschossen, nachdem er vorher vergebens versucht hatte, durch Gift aus dem Leben zu scheiden, um „nicht unter französischen Kugeln fallen" zu müssen. General de Gaulle, der Sieger im ungleichen Duell mit Pétain, hatte vorher jede Gnade verweigert.

„Ich werde aus dieser Welt verschwinden und mit der Erde, die uns alle eines Tages aufnimmt, verschmelzen. Aber meine Seele wird weiterleben und Dich niemals verlassen", schrieb Laval in der Nacht vor seinem Tode an seine Tochter. „Denke nicht daran, mich zu rächen. Aber ich bitte Dich, da Du Dich meiner nicht wirst schämen müssen, die Erinnerung an mich zu verteidigen. Tue es in dem ruhigen Bewußtsein, daß mir Gerechtigkeit widerfahren wird und ich eines Tages wieder einen Platz im Herzen der braven Leute wiederfinden werde." Im Herzen der braven kleinen Leute, aus deren Mitte er stammte und zu denen er, glaubt man den Briefen an René de Chambrun, schon heute als Rehabilitierter zurückgefunden hat.

Puppenhof? Nein, danke!

egw – Manche Volkstumsforscher führen es auf die über ein Jahrzehnt lange Staatstrauer zurück, die von der Kaiserinwitwe Maria Theresia nach dem Tod ihres Gemahls verhängt wurde, daß in Österreich heute kaum so etwas wie „fröhliches Volkstreiben" zu organisieren ist. Wahrscheinlicher ist, daß die seelische Attitüde des Österreichers nicht so zu etwas neigt. Was sich jetzt wieder einmal deutlich gezeigt hat, da man die „Wiener Festwochen" mit einem „turbulenten Treiben auf dem Rathausplatz" einleiten wollte, ohne jedoch die angesammelte Volksmenge zu mehr als ein paar milden Tänzen „motivieren" zu können.

Die Stadtväter hatten sich die köstliche Idee ausgedacht, dreihundert lebensgroße Figuren aus Pappmachée aufzustellen und einige Dichter, so Milo Dor und Sebestyén, ausgestopft um die Pestsäule herumstehen zu lassen. Fremde staunen nun, aber die Einheimischen zucken nur die Achseln. Die Aussicht, daß die Verpuppung ihre natürliche Fortsetzung in einem triumphalen Schmetterlingsflug finden würde, scheint recht gering. Auch ein früherer Versuch, mit einer Art Maskentreiben auf den Straßen gegen den Bau eines Kraftwerks in den Donauauen bei Hainburg zu protestieren, wurde eher als unseriös statt als heiter oder überzeugend empfunden.

Sind sie denn so humorlos, die Wiener? Aber nein, wer würde das behaupten wollen. Man könnte eher sagen: im Gegenteil. Sie haben ein feines Empfinden für das Ungemäße. Mit dem Tod stehen sie auf Du und Du, das zeigen ihre Heurigenlieder, das zeigt unter anderm auch das Lebenswerk des vielverkannten Alexander Lernet-Holenia, der – selbst in seinen leichten Romanen und durchweg in seiner Lyrik – den Gedanken an den Tod um und um wendet. Wien ein Puppenheim? Ach nein.

Bonn: „Jenseits von Gut und Böse" von H. Lange

Fatum im Führerbunker

Am Ende sind vor allem die jungen Zuschauer verblüfft: Man kann sich mit dem Nationalsozialismus also auch auf eine Weise auseinandersetzen, die nicht mit Urteilen, sondern mit Argumenten arbeitet. Der Dramatiker Hartmut Lange, der in Bonn sein hochkarätiges Stück „Jenseits von Gut und Böse oder Die letzten Stunden der Reichskanzlei" selbst – und damit wohl endlich einmal authentisch – inszenierte, läßt einen Kommentator gleichsam leitmotivisch vertiefen: „Die moralisierende Vernunft kann sich der wahnhaften Einbildung, daß sie Maßstab aller Dinge sei, selber nicht entziehen."

Lange geht auf emotionelle Distanz zu diesem Stück Zeitgeschichte. Was sonst hinter berechtigter menschlicher Erschütterung verborgen bleibt, macht er zum Kern der Auseinandersetzung: „Die Unternehmungen Adolf Hitlers werden den Deutschen als Verbrechen angelastet und sind doch nichts weiter als ein Beitrag zur Geschichte des Wahnsinns, der mit der Intellektwerdung des Menschen begann und andauern wird, solange der Intellekt andauert ..."

Das sind ungewöhnliche Perspektiven. Sie verharmlosen das Phänomen Nationalsozialismus keineswegs, im Gegenteil, er wird hier so ernst genommen, wie er leider war. Hitlers letzte Stunden in der Reichskanzlei – zu seiner Kriegstrauung mit Eva Braun (Franziska Grasshoff) sind nicht nur Goebbels (Sieglinde Geiger), seine Frau (Angelika Zielcke) und ein gewisser Dr. Stumpfegger (Markus Burkhard) geladen, sondern auch die angeblichen NS-Väter Nietzsche (Robert Hunger-Bühler), Liszt (Peter Grass) und Wagner, der freilich nicht kommt – diese letzten Stunden enden mit dem Selbstmord des Wahnsinns.

Aber dieser Wahnsinn feiert mit seinem Untergang noch einmal furios sich selber (und gebiert damit schon wieder die Idee für potentielle Nachfolger). Goebbels: „Was ist schon der Sieg? Er ist billig zu haben, wenn man nicht das ganze Verhängnis herausfordern, das Fatum selbst gegen sich herbeizwingen will, gegen das einzig und allein der eigene Untergang siegen kann."

Eine solche schicksalhafte Raserei der Selbstvernichtung, eine solche Sublimierung des Pathologischen, kann nur der Intellekt erzeugen. Er erzeugt aber auch die Position des Friedrich Nietzsche, der sich damit selbst von der Vaterschaft des Nationalsozialismus freispricht: „Wahr ist allein der Wille zum Leben." Der einsame Nietzsche blickt hinunter ins Engadin. Der einsame Hitler (Norbert Hansing) hinauf zu den tödlichen Bombengeschwadern, die zur „Götterdämmerung" sublimiert werden.

Ein schwieriges Stück, ein Lesedrama, dessen Gedankenflügen der Zuschauer im Theater kaum zu folgen vermag. Auch Langes Selbstinszenierung, die Hitler ganz als exemplarischen Fall darstellt, kann das Faktum nicht überspielen, daß die Dramatik der Idee nicht unbedingt die Dramatik des Theaters ist. Immerhin: Lange inszeniert auch die fatale Ästhetisierung der Macht und nicht ihre Karikatur. Da werden dann aufreißende Ambivalenzen sichtbar: Mit Franz Liszt und Richard Wagner stirbt man nicht nur in der Reichskanzlei, mit ihnen sterben ganze Völker. Solches sieht man auf deutschen Bühnen sonst nie.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

George Tabori wird 70

Guru des grausamen Bekennens

Die Garbo hat er noch gekannt, bevor sie sich versteckte. Mit Charles Laughton hat er zusammengearbeitet, er traf Thomas Mann und Brecht, dessen Stücke er für die amerikanische Bühne übersetzte. Und doch hat George Tabori, der heute seinen 70. Geburtstag feiert, wohl lange nicht im Sinn gehabt, zum Theater zu gehen.

Er stammt aus Budapest. Sein Vater, der in Auschwitz ermordet wurde, war Journalist. Als Tabori Anfang der dreißiger Jahre von Berlin über Wien und Prag nach London floh, wollte er dem Vater nacheifern. Zeitweise war er Auslandskorrespondent von Zeitungen, daneben schrieb er zeitkritische Erzählungen.

Doch dann traf er in Amerika 1947 Brecht – und ging zur Bühne. Zunächst schrieb er Stücke („Flucht nach Ägypten", „Des Kaisers neue Kleider"), und er schrieb Drehbücher: u. a. 1952 „Junge Liebende", das mit dem Academy Award ausgezeichnet wurde, und 1953 für Alfred Hitchcock „I confess".

Anfang der sechziger Jahre hatte er in New Orleans auch eine kleine eigene Theatergruppe gegründet, und aus dieser Zeit stammt wohl sein unverbrüchlicher Glaube an den Schauspieler. „Der lebendige Mensch ist das einzige", sagt er, „was die Bühne dem Film und dem Fernsehen entgegensetzen kann. Deshalb bedauere ich, daß der deutsche Schauspieler alles vom Regisseur erwartet."

Seinen Glauben versuchte er von 1975 an in Bremen in die Tat umzusetzen, und zwar in einem „Theaterlabor". Zuvor hatte Tabori in Berlin mit dem Auschwitz-Stück „Kannibalen" und der Vietnam-Collage „Pinkville" Aufsehen erregt. Wer sie sah, weiß freilich, daß von einer Souveränität des Schauspielers darin keine Rede sein konnte. Die Dressurpeitsche eines Regisseurs war ihnen stets anzumerken, eines Regisseurs zudem, der seinen Beruf geradezu als Gurutum auffaßte. Für den „Hungerkünstler" nach Franz Kafka hat Tabori seine Schauspieler sogar wochenlang regelrecht hungern lassen.



Peitsche im Theaterlabor: George Tabori FOTO: ULLSTEIN

Auch seine folgenden Arbeiten hinterließen alle den Eindruck des Gewaltsamen und Unerbittlichen, so die Inszenierung von Becketts „Warten auf Godot" in München oder die „Improvisationen über Shakespeares Shylock", mit dem Tabori wieder als Autor tätig wurde.

Taboris eigene Stücke oder Arrangements sind aber alle das, was Alfred Kerr einst „Eintagsfliegen" nannte: außer „Kannibalen" ist keines je nachgespielt worden. Seine Regietaten haben dagegen ihre deutliche Spur im deutschen Theater hinterlassen. Doch viele werden bedauern, daß Tabori kein kreativer Schreiber und Journalist geblieben ist. Schreiben kann er nämlich sehr witzig und gut, wie einzelne Essays hier und da aufs schönste beweisen.

KATHRIN BERGMANN

Wenders oder Huston, das war bis zuletzt die Frage: Schlußbericht von den Filmfestspielen in Cannes

Durch die Wüste und unter den Vulkan



Ein Mann auf der Suche nach seinem Glück: Harry Dean Stanton als Trevis (rechts) und Hunter Carson als Sohn Hunter in Wim Wenders' neuem Film „Paris, Texas" FOTO: FILMVERLAG DER AUTOREN

Die internationalen Journalisten waren verstimmt: Obwohl der Träger der „Goldenen Palme" längst feststand, wurde die Entscheidung der Jury dennoch nicht bekanntgegeben. „Antenne 2", die Pariser Fernsehstation, hatte sich nämlich das „Exklusivrecht" für die Verkündung des Juryspruchs gesichert. Außerdem durfte das Urteil von den Fernsehleuten nicht vor Mittwoch abend verkündet werden, nicht vor dem Beginn der großen Abschlußgala, die die Veranstalter damit aufzuwerten hofften. So mußten denn zahllose Donnerstagszeitungen ohne Bekanntgabe der Preisträger erscheinen.

Seit Tagen waren an der Croisette freilich nur noch *zwei* Namen im Gespräch gewesen: John Huston und Wim Wenders, der Altmeister und der junge Prophet. Alle Auguren waren überzeugt davon, daß sich nur zwischen diesen beiden das Duell um die Goldene Palme entscheiden konnte.

Huston, der 78jährige Regisseur des „Malteser Falken", des „Moby Dick" und der „African Queen", hat Malcolm Lowrys als unverfilmbar geltenden Roman „Unter dem Vulkan" auf die Leinwand gebracht. Wim Wenders, 38 Jahre alt, Gewinner des Goldenen Löwen von Venedig für „Der Stand der Dinge", lädt in „Paris, Texas" erneut zu einer langen Reise durch Amerika ein.

Weite leere Landschaften, Autofahrten auf endlosen Highways, triste Motels, Imbißbuden, Leuchtreklamen, die ein schier magisches Eigenleben gewinnen, Tankstellen, verloren in die Nacht gesetzt – das alles sah man schon früher bei Wenders, und dennoch hat in dem neuen Streifen all das eine ganz neue Qualität gewonnen. Kameramann Robby Müller hat Bilder und Farben gefunden, die geradezu süchtig machen. Immer wieder wird man an das hyperrealistische Universum des ur-amerikanischen Malers Edward Hopper erinnert.

Im Unterschied zu früheren Wenders-Filmen bleiben hier aber die Menschen nicht mehr auf der Strekke. Sie stehen vielmehr in einem spannungsvollen Kontrast zu Wolkenkratzern, Wüsten und Autostraßen, und das ist nicht zuletzt das Verdienst von Sam Shepard, einem der besten Dramatiker des jungen amerikanischen Theaters, der für Wenders das Drehbuch schrieb.

Die Geschichte, die der Film erzählt, ist sehr einfach und sehr schön. Ein Mann, den man schon tot glaubte, taucht nach Jahren aus der Wüste wieder auf. Das einzige, was er bei sich trägt, ist das Foto eines gottverlassenen Fleckchens Erde namens Paris, das irgendwo in Texas liegt. Dort, so erfahren wir, ist er zwar nicht geboren, aber gezeugt worden. Der Mann, den Harry Dean Stanton mit ungeheurer Eindringlichkeit spielt, hat ein Ziel, auf das er zusteuert wie in Trance: Er sucht seinen achtjährigen Sohn, und er sucht seine Frau, die er aus eigener Schuld, aus übergroßer Eifersucht, verlor.

Schließlich findet er den Sohn tatsächlich, und am Ende findet er auch die Frau (Nastassja Kinski); sie arbeitet in einer Peep-Show in einem Bordell in Houston, wo eine Spiegelwand sie von der Außenwelt trennt. Der Mann sieht die Frau, nicht aber sie ihn. Die Trennung der beiden Menschen ist endgültig.

Auch John Huston erzählt seine Geschichte, die „Unter dem Vulkan" spielt, sehr einfach, obwohl der Roman höchst kompliziert ist. November 1938, der „Tag des Todes" (Allerseelen), im mexikanischen Dörfchen Cuernavaca am Fuße des legendären Vulkans Popocatepetl. An diesem Tag vollendet sich das tragische Schicksal zweier Menschen: des britischen Ex-Konsuls Firmin (Albert Finney) und seiner Frau (Jacqueline Bisset), die ihn verlassen hatte, nun aber zu ihm zurückgekehrt ist. Doch ihre Liebe ist zum Scheitern verurteilt. Denn der Konsul ist ein gebrochener, dem Alkohol verfallener Mann, der seine Selbstzerstörung mit Macht, doch nicht ohne Größe betreibt. Am Abend dieses Tages wird er in einer zwielichtigen Spelunke, in die ein Gringo noch niemals seinen Fuß zu setzen wagte, von kleinen Gaunern ausgeraubt und erschossen, genau wie seine Frau, die nach ihm sucht.

Albert Finney, der unlängst schon in dem Peter-Yates-Film „Ein ungleiches Paar" brillierte, zeigt hier abermals eine Glanzleistung. Huston hat seine Geschichte auf einem Hintergrund von Horror und Magie inszeniert. In jedem Bild ist der Tod gegenwärtig. Der Tanz der Marionetten, der immer wiederkehrt, entlarvt sich als Totentanz. Die Farben des Films sind die Farben verwelkter Blumen auf dem Friedhof von Cuernavaca. „Unter dem Vulkan" ist glänzend in der literarischen Adaption und bietet zwei Stunden spannende Kinounterhaltung. Ein großer Wurf.

Viel esoterischer gab sich der Grieche Theo Angelopoulos in seinem Film „Eine Reise nach Kythera", der in Cannes ebenfalls als Geheimtip galt. Der achtzigjährige Held dieses Films kehrt nach mehr als dreißig Jahren – er lebte im russischen Exil – nach Athen zurück: ein Odysseus unserer Tage, von der alten Heimat verstoßen und zurückgewiesen; nur seine Frau hat auf ihn gewartet, und sie hält auch zu ihm und läßt ihn nicht allein. Auf einem schwimmenden Ponton treiben die beiden aufs Meer hinaus, freiwillig dem Tod entgegen. Eine finstere Schlußapotheose in einem Film voller Traurigkeit und Melancholie.

Emigrantenschicksale, autobiographisch getönt, standen im Mittelpunkt der Arbeiten von Jerzy Skolimowski und Marta Meszaros. Der Pole Skolimowski, der in London lebt und arbeitet, erzählt in „Erfolg ist die beste Rache" ausschließlich von sich selbst. Ein polnischer Regisseur hängt an der alten Heimat, hat sich aber dennoch sehr gut in sein neues Leben integriert. Er wird mit Preisen überhäuft. Wonach er sich aber wirklich sehnt: die Heimkehr mit Glanz – sie gelingt erst, unter grotesken Umständen, seinem Sohn. Mit den rot eingefärbten Haaren eines westlichen Punkie macht der in Warschau Furore. Leider ist der Film mit seinen hektischen Bilderfolgen, dem lärmigen Ton und der übertriebenen Buntheit schwer zu ertragen.

Marta Meszaros, Ungarns Meisterregisseurin, legte in Cannes ein „Intimes Tagebuch" für Ungarns junge Generation vor. Ein Mädchen, das lange im russischen Exil lebte, dessen Vater in Moskau verschwand, kehrt nach Budapest zurück. Es will nach dem Vater fahnden, doch seine Adoptivmutter, eine strenge Parteifunktionärin, hindert es daran. Das Mädchen revoltiert und verläßt das neue „Zuhause", arbeitet in einer Fabrik und wird dort Zeuge willkürlicher Verhaftungen. Erstmals hat sich Marta Meszaros hier auf politische Fragen eingelassen. Ihr „Tagebuch" ist dezidiert antistalinistisch. Es endet freilich schon 1953, was seine politische Brisanz erheblich mindert.

Mit dem Film „Bayan Ko" („Mein Land") des Philippinen Lino Brocka, der früher als Missionar auf einer Lepra-Station gearbeitet hat, bekam das Festival unerwartet noch eine aktuelle politische Note. Brocka hatte sein Opus nämlich Spule für Spule klammheimlich nach Cannes geschafft. Er erzählt von einem jungen Mann aus den Slums von Manila, der, um seine Familie aus dem Elend zu ziehen, zum Verbrecher wird. Nach einem Raubüberfall stirbt er im Kugelhagel der Polizei. „Mein Land", auf ein altes philippinisches Volkslied anspielend, das den Film als Leitmotiv durchzieht, ist eine harte Anklage, darin Jack Golds Sacharow-Film ähnlich. Der allerdings wurde von der Festspielleitung nicht zugelassen. Zweierlei Maß an der Croisette.

DORIS BLUM

„Reflexe": Neuer Plattenzyklus mit alter Musik

Schatzgräber am Werk

Das historisierende Musikinteresse treibt viele Blüten, vor allem auf der Schallplatte, die offenbar gar nicht genug kriegen kann von alter und uralter Musik. Längst ist das Repertoire weit über die Barockmusik rückwärts verlängert worden. Da mußte der Versuch reizen, ein bißchen Systematik in dieses Feld zu bringen, das ja gleichsam auf der Grenze zwischen Musikvergnügen und Musikwissenschaft liegt.

Diesen Versuch hat über die letzten Jahre hin die Plattenfirma EMI mit ihrer Serie „Reflexe – Stationen europäischer Musik" unternommen, zehn dickleibigen Schatullen mit insgesamt sechzig Platten, deren letzte Folgen jüngst erschienen sind. Wer es nicht so enzyklopädisch will, der kann die Platten auch einzeln erwerben, um sich zum Beispiel hoher Gregorianik, den geistlichen Singstücken des Kleinmeisters Leonel Power (Canterbury, vor 1445) oder den festlichen Weihnachtsmusiken Perotins des Großen (Notre Dame, um 1190) zu widmen.

Die Aufnahmen sind überwiegend von Engländern oder unseren kontinentalen Nachbarn eingespielt. Das meiste auf diesen Aufnahmen wirkt überaus sauber, ja, ausgesprochen tonedel, aber leider auch selten zündend, zuweilen sogar pedantisch. Das wäre natürlich gar nicht nötig, denn was die Authentizität des Klangbildes angeht, lassen sich ja heute doch nur noch Näherungswerte erreichen. Also sollte man bei allem hier gewollten Akademismus schon versuchen, diese Musik so zu verlebendigen, daß sie Zugang zum heutigen Hörer findet – oder umgekehrt.

Aber auch das kommt vor. Der Sachse Johann Hermann Schein (1586–1630) sei empfohlen; bei ihm entwickelt das Basler „Ricercar"-Ensemble eine fabelhafte Bläser-Farbdramaturgie zwischen den dreizehn Einzeltiteln. Colin Tilney, als Solocembalist und Organist die britische Korrektheit in Person, traktiert urplötzlich Georg Böhm in einem D-Dur-Capriccio sprühend geistvoll. Bei Claudio Monteverdi setzt es mitten auf einer Plattenseite Gewitterspannung aus heiterem Himmel dank Nigel Rogers' „Chiaroscuro"-Vokalisten. Und die Geigerin des „London Baroque"-Quartetts, Ingrid Seifert, scheut kein Risiko in Tempowahl und Artikulation, um uns mit Kompositionen von Ignaz Franz Biber ein Extravergnügen zu bereiten.

Aufbauend auf diesem Grundstock der alten „Reflexe", die auch weiterhin im Handel bleiben, setzt die EMI ihre Schatzgräbertätigkeit nun in einer neuen Konzeption fort, indessen unter dem bewährten Label. Man verzichtet auf die dicken Sammelkassetten mit ihren unübersichtlichen Begleitbüchern und geht zu Einzelplatten über. Die ersten zehn sind nun heraus. Gleich zweimal kommt Andrew Parrotts Taverner Consort zu Ehren, mit Machauts „Messe de Nostre Dame" und venezianischen Vespermusiken Monteverdis. London Baroque ist diesmal mit Streicherfantasien Purcells vertreten. Das ebenfalls britische Hilliard-Ensemble widmet sich auf seinen beiden Platten Motetten von Dunstable und Vokalmusiken von Desprez. Basel, ein weiteres Zentrum der Pflege alter Musik, wird hier von „Hesperion XX" mit neapolitanischer Renaissancemusik vorgestellt.

Johann Sebastian Bach, sozusagen der Endpunkt des von den „Reflexen" überschauten Zeitraums, bleibt beim Linde-Consort in deutscher Hand: die vier Orchester-Suiten und Bauern- wie Kaffeekantate mit den Sängern Rosemarie Hofmann, Gregory Reinhart und Guy de Mey. Bob van Asperen spielt die Hamburger Cembalokonzerte des Bach-Sohnes Carl Philipp Emanuel, Antony Bailes Lieder und Tänze für Laute.

Das ist also abermals ein hübsches und umfangreiches Paket geworden, das Europa wie in Stichproben nach Zeit und Ort untersucht. Jedenfalls den Teil Europas, der damals schon eine bewußte Kunstmusik in nennenswertem Ausmaß pflegte. Was übrigbleibt, kann man tatsächlich getrost den Musikethnologen überlassen.

HEINRICH v. LÜTTWITZ

Hannover: Das „Nackte" als Thema in der Kunst

Rede übers Strumpfband

Aus dem umständlichen „Kunstmuseum Hannover mit Sammlung Sprengel" ist ohne viel Aufhebens wieder das „Sprengel-Museum" geworden. Mit demselben Understatement versucht man sich jetzt an einem reizvollen Thema der Kunstgeschichte. Die Ausstellung „Nackt in der Kunst des 20. Jahrhunderts" wurde weitgehend aus eigenen Beständen – ergänzt durch Leihgaben der Sammlung Ludwig – aufgebaut. Am Anfang steht die grundlegende Veränderung in der Konzeption des Körpers bei Cézannes großen „Badenden" und einigen seiner Bachanalien.

Die klassische Auffassung des Akts, wie sie sich noch bis zu Courbet und Manet (wenngleich bei der Hetäre „Olympia" schon mit einem stark ironischen Akzent) gehalten hatte, ist damit beendet. Dieser Wandel wird allerdings noch einmal durch die großartigen, an barocke Sinnlichkeit anknüpfenden Akte von Lovis Corinth, in denen das Nackte gefeiert wird, verschleiert. Daran erinnert die Ausstellung mit dem großen Bild „Susanne und die beiden Alten" (1923), das zwar in unser Jahrhundert gehört, aber noch nichts von jener neuen Intellektualisierung des Nackten enthält. Auch Delvaux könnte mit seinem Beitrag noch in den klassischen Horizont gestellt werden. Und bei dem Halbakt von Christian Schad (1929), einer exquisiten Arbeit, scheint uns Ingres zuzuwinken: sicherlich eine besondere Überraschung dieser an Qualitäten reichen Ausstellung.

Dagegen ist da, wo der männliche und der weibliche Akt in strengem fotorealistischem Sinne wieder an die Klassik anzuknüpfen scheint, wie in den Arbeiten von Claudio Bravo (Eva und Adam), trotz einer gewissen Nähe doch der Unterschied zu spüren. Diese herausragenden, großen Zeichnungen (Blei mit Weißhöhung) haben bei aller Dezenz etwas Entblößendes, das der Klassik fernlag. Das wird auch beim Blick auf Adolf Erbslöhs „Akt mit Strumpfband" (1909) deutlich.

Ob nun Fernand Léger mit seinen beiden Frauenakten von 1937 neuartige, spannungsvolle formale Lösungen findet, ob Max Ernst in seinem „Sturz des Engels" (1923) noch einmal Klassisches in komplizierter Verschränkung der Körper aufgreift: Das Zeitalter der Lust, der Freude am Nackten ist unwiderruflich vorbei. Barocke Sinnlichkeit – wie von Rubens bis zu Boucher – hat keinen Kredit mehr: Der Leib, das Nacktsein des Menschen wird Thema eines intellektuellen Diskurses. An ihm sind die Klassiker der Moderne – von Picasso und Munch bis zu Beckmann und Nolde wie auch die bedeutenden Plastiker von Lehmbruck bis zu Bellmer – beteiligt. Die meisten kennzeichnet ein zerebrales Verhältnis zum Körper und zur Nacktheit, die Behandlung des Aktes als ein vorwiegend formales Problem. So bleibt am Ende der Spaß an einer Fülle von Meisterwerken, die als Präludium zu einer umfassenderen Schau mit durchgearbeiteter Struktur dienen könnten (bis 1. Juli; Katalog 25 Mark).

HERBERT ALBRECHT



Gebrochene Sinnlichkeit: „Das Biest" (1902) von Edvard Munch FOTO: KATALOG

JOURNAL

Berliner Philharmoniker mit Karajan gesprächsbereit

dpa, Berlin

Der Vorstand des Berliner Philharmonischen Orchesters hat den Chefdirigenten Herbert von Karajan um ein Gespräch gebeten, „um weitere Mißverständnisse zu vermeiden". Weiter heißt es in dem Telegramm, die Erklärung von Karajans Rechtsanwalt mit dem Vorwurf der „gezielten Intrige" gegen den Intendanten Peter Girth habe das Orchester „sehr bestürzt". Zu Meldungen, wonach Girth ein Angebot habe, als Operndirektor nach Frankfurt zu gehen, sagte dieser, daß er „verschiedene Angebote" erhalten habe, darunter auch eines von den Städtischen Bühnen Frankfurt. Er habe aber „in keinem Fall Vertragsverhandlungen geführt" und stehe „unverändert Karajan und dem Berliner Philharmonischen Orchester zur Verfügung".

Strauss-Gesellschaft in Japan gegründet

DW. Tokio

Eine Richard-Strauss-Gesellschaft ist jetzt in Japan gegründet worden. Schirmherr ist Keizo Saji, der Generaldirektor eines Getränkekonzerns, der über die Suntory-Musik-Stiftung auch bisher Konzerte organisiert und Künstler unterstützt hat. Bei der Gründungsfeier fungierte Wolfgang Sawallisch, von dem die Anregung für die neue Gesellschaft ausgegangen war, am Klavier als Begleiter bei einem Programm mit Violinsonaten und Liedern von Strauss. Die Strauss-Gesellschaft ist die fünfzehnte Vereinigung in Japan, die sich der Förderung eines europäischen Musikers widmet.

Auslandskulturtage mit Spanien-Programm

DW. Dortmund

Im Mittelpunkt der 26. Auslandskulturtage der Stadt Dortmund, die morgen eröffnet werden und bis zum 30. Mai dauern, steht diesmal Spanien. Neben einer Reihe von Konzerten mit populärer spanischer Musik und Vorträgen über das Land werden auch Ausstellungen mit zeitgenössischer Kunst aus Spanien und mit künstlerischen Arbeiten von Spaniern, die in der Bundesrepublik leben, gezeigt.

Mediengewerkschaft vom FDA abgelehnt

dpa, Bonn

Das Präsidium des Freien Deutschen Autorenverbandes (FDA) lehnt entschieden eine Gewerkschaft für Kultur und Medien unter Führung der IG Druck und Papier ab. Der Verband sieht in einer solchen Mediengewerkschaft eine Gefahr für die freie Gesellschaft. Eine Mediengewerkschaft würde sich nicht auf Tarifkämpfe beschränken, sondern politische Machtausübung anstreben. Am Ende könnte eine Knebelung der freien Meinungsäußerung stehen, „wie man sie aus den Tagen der Reichskulturkammer und heute aus totalitären Gesellschaftsordnungen zur Genüge kennt".

Neue deutsche Malerei in Spanien und Portugal

dpa, Madrid

Eine umfangreiche Ausstellung, „Ursprung und Idee: Neue deutsche Malerei" ist im Madrider Palacio de Velazquez eröffnet worden. Die vom Bonner Auswärtigen Amt und dem spanischen Kulturministerium unterstützte Ausstellung zeigt 81 Arbeiten von 17 deutschen Künstlern der jüngeren expressionistisch und abstrakt arbeitenden Generation. Dazu gehören Georg Baselitz, A. R. Penck, Markus Lüpertz, Helmut Middendorf u. a. Die bis zum 29. Juli dauernde Schau wurde speziell für Spanien zusammengestellt und geht möglicherweise danach nach Lissabon.

Erweiterung des Albrecht-Dürer-Hauses

DW. Nürnberg

Die dritte Etage des Dürer-Wohnhauses in Nürnberg, die bisher der Öffentlichkeit nicht zugänglich war, wurde jetzt mit finanzieller Hilfe der Albrecht-Dürer-Haus-Stiftung ausgebaut und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In den Räumen werden Werke zeitgenössischer Künstler gezeigt, die Themen aus Arbeiten Dürers aufnehmen und weiterverarbeiten.

„Philobiblon" jetzt aus Stuttgart

DW. Stuttgart

Mit dem ersten Heft des Jahrgangs 1984 erschien die neue Ausgabe von „Philobiblon", der Vierteljahrsschrift für Buch- und Graphiksammler, jetzt im Stuttgarter Verlag Hauswedell & Co. Sie befaßt sich u. a. mit der Geschichte des Lesezeichens, Anton Kobergers deutscher Bibel oder Fritz Schumacher als Buchkünstler des Jugendstils. Dazu kommen Nachrichten über Messen, Ausstellungen, Antiquariatskataloge, neue Bücher und Privatdrucke. Das Jahresabonnement kostet 72, das Einzelheft 18 Mark.

Oberammergau weist jüdische Kritik zurück

PETER SCHMALZ, München

Nun hat auch die Jubiläums-Passion von Oberammergau ihre Diskussion um angeblich antisemitische Passagen des biblischen Spiels. Mitglieder des „American Jewish Committee" äußerten nach einem Besuch des Passionsspiels ihr Entsetzen über noch immer spürbare „antijüdische Orientierung" der fünfstündigen Aufführung.

Auch der Text von 1984, dem die katholische Kirche bescheinigte, sich an die Richtlinien des II. Vatikanischen Konzils zu halten, ist nach Ansicht des Komitee-Mitglieds Rabbi James Rudin mit grundsätzlichen Fehlern behaftet und verewige „immer noch den bösartigen Mythos, daß die Juden für alle Zeiten an der Kreuzigung Jesu schuldig sind".

Das Spiel konzentriere sich auf die Machenschaften der Juden, ignoriere die Unterdrückung durch die Römer und wasche Pontius Pilatus von jeder Schuld rein. Zwar habe es wohlgemeinte Bemühungen gegeben, das Drama „von eklatanten und bösartigen Stereotypen zu reinigen", dennoch würden die Juden der Zeit Jesu zu einer Karrikatur verunstaltet. Sie werden, so bemängelt die jüdische Delegation, als bösartige Gegenspieler dargestellt, die von zynischen Führern und von einem strengen und rachsüchtigen Gesetz beherrscht werden.

Böser Wille, Feindseligkeit und reinste Manipulation durchdringen das Spiel, rügt Karl Kelman aus New York, Mitglied der AJC-Kommission für überkonfessionelle Angelegenheiten.

Für die Oberammergauer kommt auch diese Attacke nicht unverhofft. Ihnen war schon von amerikanischen Blättern berichtet worden, die auch in diesem Jahr zu einem Boykott der Passion aufgerufen haben. Die Artikel scheinen auch ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Wie Passions-Pressesprecherin Victoria Neumüller berichtete, seien mehr Karten als erwartet zurückgegeben worden.

Zu Unrecht sehen sich die Ammergauer abermals an den Pranger gestellt. Man habe zahlreiche Änderungswünsche im Text angebracht, heißt es im Ort. Zwei Theologie-Professoren und ein Weihbischof hätten sich an die Revision gemacht und dem Spiel im Prolog eine Passage hinzugefügt, die von einseitiger Schuldzuweisung am Tod Christi wegführe: „Fern sei jedes Bemühen, die Schuld bei anderen zu suchen; jeder erkenne sich selbst als schuldig in diesem Geschehen."

Aber nun ist es wohl weniger der Text als die Darstellung, die jetzt das Mißfallen der amerikanischen Juden erregt hat. Es sei etwas anderes, den Text zu lesen, als die Aufführung zu sehen, gab Rabbi Rudin in München zu bedenken, als er von der „überwältigenden Kraft der szenischen Darstellung" sprach. Vor allem die Verurteilungs- und die Kreuzigungsszene werden kritisiert. Kurt Kelman: „Demagogische Aufstachelung".

Doch solche scharfen Worte finden in Oberammergau keinen rechten Anklang mehr. „Wer jetzt noch von antijüdischen Tendenzen spricht, versucht nur den Schnee von gestern aufzuwärmen", meint die Passions-Sprecherin, die ausspricht, was viele am Ort denken: „So ist halt die biblische Geschichte." Auch Spielleiter Hans Maier sieht keinen Spielraum für eine weitere Änderung. Er will keinen Jota mehr ändern.

Lilli Palmer – die schöne kluge Kosmopolitin wird 70



Lilli Palmer heute FOTO: DPA

Der Star im Jahre '58 FOTO: NEUE TERRA

Von CHRISTIAN FERBER

Lilli Palmer hat uns erzählt, ihre Mutter sei sehr schön gewesen, auch mit 70 Jahren. Nun, an Lilli Palmers 70. Geburtstag, dürfen wir feststellen, daß dergleichen sich vererbt – Frau Palmer ist eine Augenweide wie eh und je. So etwas zu sagen, noch dazu am Anfang, kann man sich eigentlich gar nicht so oft erlauben: Das ist nur möglich bei Schauspielern, deren Intelligenz ihrem guten Aussehen entspricht, und die zudem noch gesegnet sind mit zuverlässigem Talent.

Lilli Palmer ist in allen westeuropäischen Ländern ein wenig zu Hause. Geboren wurde sie in Posen. Aufgewachsen ist sie in Berlin, als Tochter eines Arztes. Mit 18 war sie in Darmstadt engagiert, doch gegen Ende der Spielzeit setzte ihr Vater sie in einen Zug, der nach Paris fuhr – die Zukunft für junge jüdische Schauspielerinnen war 1933 auf deutschen Bühnen vorüber. Lilli Palmers Zukunft aber begann nun mit Nachdruck.

Sie hat ihre Chance allenthalben in Europa genutzt, zuverlässig, geschickt und reizvoll, zumeist vor den Filmkameras. Sie war Anne Franks Mutter auf der Leinwand, und die Jokaste in Savilles „König Ödipus". Sie spielt zweite Rollen stets so, daß der Zuschauer oft mit dem Eindruck zurückbleibt, es seien erste Rollen – eine Salondame, die keinen Salon nötig hat. Daran werden auch sieben Jahrzehnte nichts ändern, und auch nicht die Tatsache, daß Frau Palmer sich mit vielerlei Dingen beschäftigt. Das hat sie immer getan, auch als Frau von Rex Harrison im italienischen Mittelmeerhaus, und als Frau des vielseitig interessierten Carlos Thompson am Zürchersee. Sie malt sehr hübsch, und ihre Arbeiten hängen an Wänden, die Noel Coward gehörten oder Sean Connery gehören. Daß sie erfolgreich schreibt, wissen die Leser ihrer Autobiographie in vielen Ländern.

Stets etwas anderes zu unternehmen, das hat die Jubilarin schon vor Jahrzehnten als Rezept empfohlen, um jung zu bleiben. Jedoch, am meisten hat unsereins von ihr auf Leinwand und Bildschirm, so reizvoll oder biestig, und dabei stets so zuverlässig.



Der Star an der Palette FOTO: WINFRIED RABANUS

Was geht beim Absturz im Menschen vor?

Gerichts-Vergleich verhindert Klärung dieser Fragen

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Die ganze Welt schauderte, als am 25. Mai 1979 eine Katastrophenmeldung aus Chicago Schlagzeilen machte: Ein Jumbo-Jet vom Typ DC-10 war unmittelbar nach dem Start abgestürzt. Alle 272 Menschen an Bord fanden dabei den Tod. Es war das größte Unglück in der Geschichte der amerikanischen Luftfahrt.

Gestern, fast auf den Tag genau fünf Jahre danach, wurde ein soeben angelaufener sensationeller Schadenersatzprozeß, den die Erben von vier Opfern gegen die Luftverkehrsgesellschaft American Airlines und den Flugzeughersteller McDonald-Douglas angestrengt hatten, durch einen überraschend erzielten Vergleich beigelegt. Die Anwälte weigerten sich allerdings, die Höhe des Schadenersatzes bekanntzugeben. Damit solle die Präjudizierung vierzig weiterer Klagen verhindert werden.

Die Erben des Ehepaars Stephan und Carolyn Sutton und ihrer beiden Söhne, die alle bei dem Unglück ums Leben kamen, waren die ersten, deren Klage jetzt vor Gericht gekommen war, nachdem in den vergangenen fünf Jahren kein Vergleich erzielt werden konnte. Einen Tag nach Prozeßbeginn hatten sich die Anwälte beider Seiten noch einmal zusammengesetzt und dann binnen 90 Minuten ihre überraschende Einigung erzielt.

Panische Angst beim Sturz

Das Ehepaar Sutton, beide 38 Jahre alt, als sie bei dem Unglück starben, und ihre Söhne, neun und sieben Jahr alt, befanden sich auf dem Flug nach Los Angeles.

In dem Prozeß hatten die Kläger darauf dringen wollen, daß das Gericht bei seiner Entscheidung nicht nur den materiellen Verlust der Erben, sondern auch die panische Angst berücksichtigt, die die Opfer während des Absturzes ausstehen mußten. „Beide Parteien wollten Sachverständige darüber aussagen lassen, was in der Psyche eines Menschen vor sich geht, der sich an Bord eines abstürzenden Flugzeuges befindet", hatte Thomas A. Demetrio, einer der Anwälte, erklärt, Thomas D. Allen, Anwalt von American Airlines, hatte darauf erwidert: „Die beklagte Partei steht auf dem Standpunkt, daß sich alles urplötzlich abspielte." Da die Prozeßparteien die Einzelheiten ihrer Einigung geheimhalten, ist nicht bekannt, ob dieser Aspekt der Klage bei dem Vergleich berücksichtigt wurde.

200 Tonnen Kerosin explodierten

Als die DC-10 am 25. Mai 1979 vom O'Hare-Flughafen in Chicago zum Flug nach Los Angeles startete, löste sich beim Abheben das linke Triebwerk der Maschine von der Tragfläche und stürzte zu Boden. Das Flugzeug stieg noch bis in etwa 150 Meter Höhe, schmierte dann nach links ab und stürzte etwa 400 Meter vor dem Ende der Startbahn mit dem Bug voran zu Boden. Beim Aufschlag explodierte die Maschine. Sie hatte 200 Tonnen Treibstoff an Bord.

Die amerikanische Regierung erließ nach dem Unglück zunächst ein Startverbot für alle Flugzeuge des Typs DC-10. Die Untersuchung ergab, daß einer der Bolzen, mit denen das Triebwerk unter der Tragfläche aufgehängt war, durch Metallermüdung brüchig geworden war. Das Flugzeug war erst zwei Monate vor dem Absturz der jährlichen Generalinspektion unterzogen worden. Nach dem Absturz ordnete die Bundesluftfahrtbehörde an, die Bolzen der Triebwerkaufhängung von Flugzeugen dieses Typs alle zehn Tage oder alle einhundert Flugstunden zu untersuchen. (SAD)

Griechen fühlen sich von Kapitän Plytzanopoulos in ihrer Seefahrer-Ehre verletzt

Stichwort: Blinder Passagier

Der „blinde Passagier" (Stowaway im englischen – von „stowaway" = verstauen) ist für jeden Kapitän ein Alptraum: Kann er sich nicht ausweisen, so wird ihn weltweit keine Einwanderungsbehörde an Land lassen — auch nicht zum Beinevertreten … Er bleibt also Dauergast des Schiffes, besonders des Kapitäns: Dieser nämlich muß sich gegenüber den Behörden verpflichten, seinen „Passagier" nicht von Bord zu lassen.

Jährlich werden, so schätzen die Behörden, etwa 10 000 „Einschleicher" – so die amtsdeutsche Bezeichnung – registriert; allein in Hamburg bis zu 70 Menschen pro Jahr.

Einige „blinde Passagiere" waren jahrelang an Bord „ihres" Schiffes und befuhren alle Weltmeere. Doch von den Zielhäfen haben sie nie mehr als nur die Pier oder die Reede gesehen. Es kam auch schon vor, daß der „Stowaway" mit dem Schiff als lebendes Inventar verkauft und vom neuen Eigentümer übernommen wurde. Hier können nur noch caritative oder diplomatische Maßnahmen helfen, andernfalls bleibt der ungebetene Gast „auf ewig" an Bord.

Jeder „blinde Passagier" macht sich mehrfach strafbar:

Der Erschleichung einer Beförderung, des Hausfriedensbruches, Paßvergehens, der illegalen Einwanderung und des Mundraubs oder Diebstahls.

Der Rücktransport in das Heimatland sowie die Kosten gehen immer zu Lasten der Reederei oder des Schiffseigners.

Daß auch Traumschiffe trotz strenger Gangway-Kontrollen für „Blinde" passierbar sind, beweist der Fall eines Afrikaners, der drei Monate lang an Bord des ehemals unter deutscher Flagge fahrenden Luxusliners „MS Astor" war.

Der „blinde Passagier" wird erstmals 1787 erwähnt – im Bericht eines Stationsmeisters des Thurn- und Taxi'schen Postkutschendienstes …

HEINZ KLUGE-LÜBKE

Psychologen rätseln über „Wahnsinnstat"

E. ANTONARS, Athen

Die Welle der Entrüstung und des Volkszorns hat sich immer noch nicht gelegt: „Wie konnte so etwas überhaupt passieren?", fragen tagtäglich Griechenlands Zeitungen und suchen weiterhin nach überzeugenden Motiven für eine der – so Schiffahrtsminister Katsifaras – „abscheulichsten Greueltaten in der Geschichte der Handelsmarine": Die Besatzung des griechischen Frachters „Garoufallia" (16 000 Tonnen) hatte am 17. März, angeführt von Schiffskapitän Antonis Plytzanopoulos, elf blinde Passagiere, samt und sonders junge Kenianer im Alter von 15 bis 35 Jahren, im Indischen Ozean über Bord geworfen. Die Behörden in Griechenland und Kenia gehen davon aus, daß kein einziger der nur mit Schwimmwesten versehenen Schwarzen überlebt hat, weil es in jenem Gebiet von Haifischen wimmelt.

Dieser „unverzeihliche Massenmord" – so das Athener Blatt „To Ethnos" – hat einen äußerst empfindsamen Nerv der griechischen Gesellschaft getroffen: Griechenland ist von alters her eine Seefahrernation, mehr als 250 000 Familien leben von der Schiffahrt, eine der größten Handelsflotten der Welt trägt die blau-weiße Flagge Griechenlands, Reedernamen wie Onassis, Niarchos, Livanos sind weltweit bekannt.

Nicht zuletzt deshalb hat sich im Land eine Art kollektives Schamgefühl ausgebreitet. „Es geht nicht nur um das Leben der elf blinden Passagieren, die kaltblütig über Bord geworfen wurden. Es geht um den Anstand und die Ehre der griechischen Handelsmarine", konstatierte Athens angesehene Morgenzeitung „Kathimerini". Der Ruf nach einer exemplarischen Bestrafung „dieser Unmenschen", so ein Staatsanwalt, wird immer lauter, kaum jemand plädiert für Nachsicht.

Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß mehr oder weniger alle Besatzunsgmitglieder an dem Verbrechen mitgewirkt haben und nicht lediglich der Kapitän und ein paar Gefolgsleute, wie ursprünglich angenommen. „Sie haben wie eine hysterische Masse gehandelt, mit dem Kapitän an der Spitze", befand ein Athener Psychologe.

Als der Kapitän 36 Stunden nach dem Auftauchen der halbnackten Kenianer Order gab, alle über Bord zu werfen, traf er offenbar kaum auf Widerstand. Drei Matrosen übertünchten auf Anweisung eines Offiziers artig den Schiffsnamen auf den Schwimmwesten mit Farbe, andere fesselten die Schwarzen paarweise aneinander, zwei Offiziere hielten schußbereite Karabiner in der Hand, sogar ein paar jüngere Crew-Angehörige halfen nach heutigen Erkenntnissen anstandslos mit, als es galt, die ungewollten Passagiere auszusetzen.

Selbst Funker Stavros Tsatis, der beim Einlaufen der „Garoufallia" im kretischen Hafen Iraklion zur Hafenpolizei gegangen war, hatte sich nach eigenen Angaben passiv verhalten. Er bestätigte, daß kein Matrose den in einem winzigen Laderaum gefangengehaltenen Negern geholfen habe.

Mit Ausnahme des Kapitäns, der nach wie vor angibt, das Richtige getan zu haben, zeigen die restlichen zehn Mitglieder der Crew – sieben Griechen und drei Pakistani - Reue: „Wir hätten ein bißchen näher ans Festland heranfahren können oder die blinden Passagiere zumindest mit einer Rettungsinsel ausstatten sollen", gibt Vizekapitän Nikos Chronopoulos zu. Die Ermittlungen sollen eindeutig ergeben haben: Von einer Meuterei der Neger, wie der Kapitän behauptet, könne keine Rede sein. Die Schwarzen waren allerdings gereizt, nachdem sie kaum etwas zu essen und trinken bekommen hatten. Die Psychologen werden weiterhin zu erforschen versuchen, was den 43jährigen Schiffskapitän zu seiner Wahnsinnstat veranlaßt haben könnte. (SAD)

Gerammte Straßenschilder werden teuer

dpa, München

Wer mit seinem Fahrzeug öffentliche Schilder zerstört, muß mitunter tief in die eigene Tasche greifen. Nach einer Übersicht des ADAC kostet ein angefahrener Kunststoffpolizist 550 Mark, ein Autobahn-Wegweiser 10 000 Mark und für eine Schilderbrücke muß der Fahrer sogar 60 000 Mark berappen. Wer lediglich einen Fahrspurknopf beschädigt, kommt mit zwei Mark davon, wer eine Parkuhr außer Gefecht setzt, wird mit 600 Mark zur Kasse gebeten. Auch wer einen Baum umfährt, wird nicht nur für die Neupflanzung, sondern auch für das „Pflanz- und Anwuchsrisiko" haftbar gemacht. Nach Erkenntnissen des ADAC macht sich jeder zweite Autofahrer nach einem Crash mit „öffentlichem Eigentum" aus dem Staub. Das wird von der Staatsanwaltschaft als Unfallflucht verfolgt.

Haft für Sterbehilfe

AFP, Eugene

Zu viermal 20 Jahren Haft wurde ein Krankenpfleger in Eugene im US-Bundesstaat Oregon verurteilt. Er hatte bei vier Patienten im Alter zwischen 82 und 89 Jahren durch eine Überdosis Insulin deren Tod herbeigeführt und sich fünf Jahre nach der Tat selbst angezeigt.

Gefährliche Abenteuer

AP, Kassel

Gemeinsame Abenteuerreisen von Betriebsangehörigen stehen nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung, wenn nur ein Teil der Belegschaft an ihr teilnehmen kann. Das Gericht wies die Klage einer Witwe zurück, deren Mann auf einer Flußfahrt in Afrika ums Leben gekommen war.

Berge und Inseln bebten

AFP/dpa, Wien/Athen

Ein Erdbeben der Stärke 3,7 auf der Richterskala ist in der Nacht zum Mittwoch am Semmeringpaß registriert worden. Ein Erdstoß der Stärke fünf ereignete sich nahe der griechischen Insel Kythera.

Henne wird zum Hahn

dpa, Piacenza

Am Rande der norditalienischen Stadt Piacenza hat die Henne „Chicca" allem Anschein nach ihr Geschlecht gewechselt. Seit einigen Wochen legt sie keine Eier, nimmt mehr und mehr das Aussehen eines Hahnes an und weckt die Familie Carini mit kräftigem „kikeriki". Auch hat sie begonnen, den anderen Hennen den Hof zu machen.

Heroin in Polen

dpa, Warschau

Mehr als zehn Kilogramm Heroin hat die polnische Polizei in den letzten Monaten bei insgesamt elf Bürgern Sri Lankas beschlagnahmt. Sie waren im Auftrag eines internationalen Syndikats auf dem Wege nach Westeuropa, um den Stoff in Amsterdam und Palermo zu veräußern.

Plastiktüten-Beute

rtr, Bolton

Ein Bewaffneter zwang einen Bankangestellten in der Kleinstadt Bolton unter Gewaltandrohung die Kasse zu öffnen. Geistesgegenwärtig füllte der Schalterbeamte den bereitgehaltenen Sack blitzschnell mit Plastiktüten, und der Räuber suchte das Weite, ohne sich noch einmal umzudrehen.

Wetten auf „Dallas"-Tat

SAD, London

Gestern abend wurde Bobby Ewing vor Millionen britischer „Dallas"-Zuschauer Opfer eines Mordanschlages. Ein Londoner Wettbüro nimmt seit heute Tips auf den Namen des Meuchlers an. Die Produzenten beruhigten das Publikum: Bobby überlebt.

WETTER: Mäßig warm

Wetterlage: Ein Tief über Norddeutschland beeinflußt mit seinem Ausläufer den Nordwesten Deutschlands, der übrige Bereich verbleibt im Bereich feuchter und mäßig warmer Luft.

Vorhersage für Donnerstag

Nordwesten: Überwiegend stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen, Temperaturen tagsüber 17, nachts 11 Grad. Schwacher Wind aus unterschiedlichen Richtungen.

Übriges Bundesgebiet und Berlin: Wechsel zwischen aufgelockerter und starker Bewölkung und besonders am Nachmittag Schauer, zum Teil auch Gewitter, Tagestemperaturen 16 bis 19, nachts um 8 Grad. Schwacher, in Böen mäßiger Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Am Freitag und auch am Wochenende noch keine Änderung des leicht unbeständigen und mäßig warmen Wetters.

Deutscher Wetterdienst 25. Mai 1984, morgens.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	30°
Bonn	13°	Kopenhagen	13°
Dresden	11°	Las Palmas	20°
Essen	14°	London	15°
Frankfurt	14°	Madrid	12°
Hamburg	11°	Mailand	13°
List/Sylt	13°	Mallorca	19°
München	15°	Moskau	22°
Stuttgart	15°	Nizza	13°
Algier	19°	Oslo	23°
Amsterdam	11°	Paris	14°
Athen	26°	Prag	17°
Barcelona	16°	Rom	17°
Brüssel	13°	Stockholm	16°
Budapest	14°	Tel Aviv	32°
Bukarest	26°	Tunis	17°
Helsinki	14°	Wien	14°
Istanbul	25°	Zürich	12°

* Sonnenaufgang am Freitag: 5.18 Uhr, Untergang: 21.21 Uhr, Mondaufgang: 3.40 Uhr, Untergang: 15.24 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Hanois Ghettos sind für Prag „böhmische Dörfer"

AFP, Prag

Sie sind mehrere Zehntausend, bilden nach den Sowjets die größte Ausländergruppe im Land und sind alles in allem eine wenig durchsichtige Gruppe: die Vietnamesen in der Tschechoslowakei. Unmöglich, den genauen Status dieser „Gastarbeiter" auszumachen, die man mehr oder weniger auf Schritt und Tritt ausmachen kann.

Offiziell zählt diese Kolonie in der CSSR 26 000 Personen, das wäre ein Vietnamese auf 600 Tschechoslowaken; aber selbst Prager Regierungskreise gehen davon aus, daß diese Zahl zu tief gegriffen ist. Wahrscheinlich sind es weit mehr als 40 000.

Eine fremde Welt

Sie haben ihre eigenen Wohnviertel, ihre eigenen Clubs, ihre eigene Fußballmannschaft, ihre eigenen Gewerkschaften und sicherlich auch ihre eigene KP-Zelle, aber darüber schweigen die staatlichen Medien natürlich. Im nordböhmischen Aussig an der Elbe gibt es ein Restaurant, exklusiv für die Gäste aus dem Fernen Osten. Ein zweites soll demnächst in Prag eröffnet werden.

Lange Zeit lautete die amtliche Begründung für die Präsenz der Vietnamesen, sie seien zur „Berufsausbildung" gekommen. Inzwischen sprechen aber auch die Zeitungen immer mehr davon, daß die Vietnamesen weitgehend als einfache Arbeiter beschäftigt sind – beispielsweise seit mehr als zehn Jahren im Pilsener Autowerk Skoda.

Wie die Asiaten angeworben werden, um den chronischen Arbeitskräftemangel in der Tschechoslowakei ausgleichen zu helfen, weiß man nicht; ebenso unbekannt ist, ob sie überhaupt freiwillig gekommen sind. Sicher ist nur, daß die meisten nicht die Arbeit verrichten, für die sie ursprünglich gesucht wurden. So versicherte eine junge Vietnamesin in einem Zeitungsinterview, sie habe in der CSSR eigentlich Medizin studieren und als Ärztin tätig sein wollen, arbeite heute aber als Packerin in einer Bonbonfabrik.

Die Landsleute der jungen Frau werden in praktisch allen Produktionsbereichen der Volksrepublik beschäftigt. So ist den amtlichen Informationen zu entnehmen, daß etwa 4300 von ihnen in der slowakischen Maschinenbau- und Textilindustrie arbeiten, 422 weitere bei der Schuhherstellung in Gottwaldov und 450 in der Stahlindustrie in Mährisch-Ostrau. In der Glasindustrie des mittelböhmischen Sazava stellen die Vietnamesen ein Drittel der Arbeitskräfte.

Ihre Feierabende und Wochenenden verbringen sie in ihren Heimen, wo ihre Gewerkschaftsvertreter Unterhaltungs- und Sportveranstaltungen organisieren. Auch Reisen durch das Gastland oder die benachbarten Ostblockstaaten werden eigens für sie organisiert. Nur die Familienväter haben zweimal im Jahr das Recht, Urlaub in der Heimat zu machen.

Weniger Verdienst?

Auch was sie verdienen, weiß man nicht. Offiziell erhalten sie denselben Monatslohn wie ihre tschechoslowakischen Kollegen – 2000 und 2600 Kronen, umgerechnet zwischen 450 und 550 Mark. Inoffiziell ist man sich sicher, daß die Ausländer diskriminierend weniger bekommen. Die Begründung ist unklar: Angeblich behält die CSSR die Differenz und verrechnet das Geld mit den Kriegsschulden, die Hanoi seit dem Vietnamkrieg in Prag hat. Allerdings soll der vietnamesische Arbeiter später – bei der Heimkehr nach Vietnam – zumindestens einen Teil des Geldes von seiner Regierung zurückerhalten. Doch daran glaubt kaum jemand.

Jeder vietnamesische Gastarbeiter erhält bei seiner Ankunft von den CSSR-Behörden ein Begrüßungsgeld von rund 500 Mark.

Die Asiaten sind in der CSSR unbeliebt. Gemischte Paare sieht man so gut wie nicht auf den Straßen; Mischehen sind offenbar gänzlich unbekannt. Es soll zwischen den Fremden und den Einheimischen immer wieder zu Reibereien kommen.

So soll Prags berühmter „Diebesmarkt", ein beliebter Umschlagplatz für Gebrauchtwaren, inzwischen völlig in der Hand der Vietnamesen sein.

Trotz dieser Vorwürfe gelten die Vietnamesen als die „diskretesten" Gastarbeiter in der Tschechoslowakei. Verglichen mit den Polen beziehungsweise den Kubanern fallen die Asiaten nur selten durch Krach und Schlägereien auf.

ZU GUTER LETZT

„Es ist immer wieder erfrischend, so neue Gedanken zu hören – auch wenn sie bei genauerem Hinsehen so neu gar nicht sind" (Nowottny)

„Achten Sie auf jemanden mit rosa Brieftasche, es könnte sein, daß er bei der Bundesversammlung vertreten war" (Nowottny)

„Nein, das Stimmergebnis kann er noch nicht haben, denn noch immer sehe ich, wie diese merkwürdigen gelben Stimmkarten in die Urne geworfen werden" (Nowottny)

„Helmut Kohl schiebt seinen alten rheinland-pfälzischen Kollegen beiseite, um selber auf dessen Platz zu kommen" (Nowottny über Blüm)

(Begleitende Kommentare in der ARD bei der Übertragung der Wahl des Bundespräsidenten in Bonn)